

Preussische Allgemeine



Nr. 41 · 13. Oktober 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Belgien Das Parlament der Deutschsprachigen wird 50 Jahre alt **Seite 11**



Israel Der Terror der Hamas und seine Förderer in Deutschland **Seite 24**

Die Ampel ist gescheitert

Was die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen für die weitere Entwicklung der politischen Landschaft bedeuten **Seiten 1 und 3**

VON KLAUS KELLE

POLITIK

Die politische Statik des Landes gerät ins Rutschen

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen zeigen, dass sich die deutsche Parteienlandschaft nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft verändern könnte

Im Grunde sind die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern keine Überraschung. Vielleicht die bärenstarken 18,4 Prozent der AfD in Hessen, doch alles andere verlief am Wahlabend wie von den Demoskopern prognostiziert. Zu schlecht war die Vorstellung, die die Ampelregierung unter Kanzler Olaf Scholz in ihren beiden ersten Jahren hingelegt hat. Zu konfus und oft zu entscheidungsschwach agieren ihre führenden Köpfe, und wenn doch etwas entschieden wird, dann am klar ermittelten Willen der Bürger vorbei.

Der Name, der für den Absturz der „Ampel“ steht wie kein anderer, lautet: Nancy Faeser. Eigentlich war die Bundesinnenministerin von ihren hessischen Genossen ins Rennen geschickt worden, um eine einstige sozialdemokratische Hochburg zurückzuerobern. Tatsächlich wirtschafte Frau Faeser ihre Partei an den Wahlurnen rund fünf Prozentpunkte herunter – und fuhr mit 15,1 Prozent das schlechteste Ergebnis der SPD in Hessen überhaupt ein. Was für ein Desaster!

Zum desaströsen Auftreten von Faeser passt, dass sie nun Konsequenzen verweigert. Doch kann eine Spitzenkandidatin, die dermaßen beim Wahlvolk durchfällt, im Anschluss noch einen der wichtigsten Kabinettsposten in Berlin behalten? Das Beispiel von Norbert Röttgen, der 2012 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gescheitert war, dennoch an seinem Posten als Bundesumweltminister hing und kurz darauf aus dem Kabinett entlassen wurde, weist die Antwort.

Die Gründe für den Wahlausgang vom Sonntag sind vielfältig. Die Stärke der CDU in Hessen etwa liegt an der persönlichen Popularität und Solidität des Ministerpräsidenten Boris Rhein. Der Zuwachs von AfD und Freien Wählern liegt indes an der ungelösten Migrationskrise. In Bayern haben beide Parteien zusammen fast ein Drittel der Wählerstimmen erhalten – in

einem Bundesland, in dem die CSU die rechte Flanke über Jahrzehnte erfolgreich abdeckte. Auch das ist vorbei. Zwar haben die Christsozialen den ersten Platz souverän verteidigt, doch kann ihr Anführer Markus Söder angesichts abermaliger Stimmverluste nicht zufrieden sein.

Ruck nach rechts

Ganz klar: Bayern und Hessen belegen, dass Deutschland politisch nach rechts rückt. Und das ist kein Grund zu Missmut, sondern schlichtweg die logische Folge der Politik der „Ampel“ wie auch der inhaltlichen und personellen Enttarnung der CDU unter Angela Merkel. Längst wird die weitgehend ungehinderte Massenmigration nach Europa – und vorzugsweise nach Deutschland – von den meisten Bürgern als ernsteste Bedrohung für unsere Gesellschaft und unsere Art zu leben wahrgenommen. Da sie damit von den etablierten Parteien weitgehend alleingelassen werden, suchen sich immer mehr Menschen alternative Angebote.

Im kommenden Jahr finden drei Landtagswahlen im Osten der Republik und die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wenn sich die Etablierten bis dahin nichts einfallen lassen, um den Zustrom Hunderttausender Zuwanderer zu stoppen, dürften sie dann ihr blaues Wunder erleben. Schon jetzt sind die Migrationskrise und das Versagen der deutschen, aber auch anderer Regierungen EU-weit

das Lebenselixier für rechte Parteien. Der Wahlsieg der Schwedendemokraten im Norden, der Wahlsieg von Giorgia Meloni in Italien – all das sind Folgen gescheiterter Integrationsversuche und grenzenloser Masseneinwanderung, vornehmlich junger Männer aus dem islamischen Kulturkreis, wenn man das so nennen kann. Und die Migrationsfrage wird auch in Deutschland entscheidend dafür sein, ob die Parteien der Mitte künftig noch eine relevante Rolle bei der Führung unseres Landes spielen werden.

Die Alternativen sind da

Das Wahlvolk hat inzwischen genügend Angebote zur Auswahl. Die Freien Wähler, etwa, sind nun auch bundesweit eine Alternative für verzweifelte Konservative, die sich weder für entschlossene „Schwarze“ noch für Putin-begeisterte „Blaue“ entscheiden mögen.

Und da kommt noch mehr. Angeblich wird Sahra Wagenknecht Ende Oktober ihre neue Querfront-Partei gründen, die zwar nicht so heißen soll, aber versuchen wird, Wähler sowohl aus linken wie aus rechten Blasen abzugreifen. Außerdem steht die Ankündigung des Ökonomen Markus Krall im Raum, zur Bundestagswahl 2025 mit einer eigenen Partei anzutreten, die auch koalitionsfähig mit der AfD sein soll. Und dann gibt es da noch das kleine „Bündnis Deutschland“, ebenfalls eine Neugründung im großen Feld

zwischen Union und AfD, das bei seinem ersten Auftritt bei der Bürgerschaftswahl in Bremen mit 9,5 Prozent (zusammen mit der Liste „Bürger in Wut“) gleich Fraktionsstärke erlangte.

All diese neuen politischen Kräfte eröffnen die Perspektive, das traditionelle deutsche Parteiensystem umzukrempeln. Wie schnell das gehen kann, zeigt Italien, wo bei den vergangenen Parlamentswahlen kein Stein auf dem anderen geblieben ist. Jahrzehntelang dominierte dort die „Democrazia Cristiana“ (DC), eine Schwesterpartei der Union, das Geschehen. Auch für die DC waren Wahlergebnisse um die 40 Prozent lange Zeit die Regel. Heute ist sie nur noch Geschichte.

Insofern dürfte das kommende Jahr für Deutschland ein schicksalhaftes werden. Die Wähler im Osten sind deutlich beweglicher als die Westdeutschen. Unter den „Ossis“ interessiert es niemanden mehr, ob eine Partei vom Verfassungsschutz beobachtet wird, wenn sie die richtigen Themen anspricht. Eine Entwicklung, die – siehe Bayern und Hessen – nun auch im Westen Schule macht. Am Wahlabend stellte einer der zu Wort gekommenen Analysten Ergebnisse einer Wählerbefragung in Bayern vor. 95 Prozent der befragten AfD-Wähler sagten demnach, es sei ihnen vollkommen egal, ob die Partei in Teilen rechtsextrem ausgerichtet sei. Sie wählen sie trotzdem, weil die anderen ihre Politik nicht änderten.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Schweden zieht in den Krieg gegen die Bandenkriminalität von Zuwanderern **Seite 6**

Kultur

Osnabrück und Münster gedenken des Westfälischen Friedens von 1648 **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Im südlichen Ostpreußen wurde auf traditionelle Weise der Erntedank gefeiert **Seite 13**

Leben

Wenn Wildschweine unangemeldet in der Nachbarschaft erscheinen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Corona-Impfung Infolge der Pandemie-Maßnahmen ist viel Vertrauen verloren gegangen. Fehlende Aufarbeitung und neue Enthüllungen geben wenig Hoffnung, dass es zurückgewonnen wird

Wen die Kampagne reich gemacht hat

Investoren, Forscher, die öffentliche Hand: Gewaltige Gewinne als „Nebenwirkung“ von Corona

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die COVID-19-Impfstoffe, welche vor einer Infektion mit SARS-CoV-2 oder zumindest schweren beziehungsweise gar tödlichen Krankheitsverläufen schützen sollen, haben sich als wenig wirksam und relativ nebenwirkungsträchtig erwiesen. Dennoch verursachten sie erhebliche Kosten. So hat das Bundesgesundheitsministerium bislang Vakzine im Gesamtwert von 13,1 Milliarden Euro bestellt.

Das wirft die Frage nach den Profiteuren der Impfkampagne auf. Allerdings ist es schwierig, die Höhe der genauen Geldzuflüsse zu bestimmen, denn die Wertschöpfungskette bei den Corona-Präparaten bleibt nach wie vor undurchsichtig. Andererseits sind die Hersteller der Vakzine und deren Zulieferer zumeist Aktiengesellschaften, die Auskünfte über ihre Umsätze und Gewinne geben müssen. Auf dieser Grundlage hat Karsten Montag, ein Experte für Datenmanagement und Abrechnungssysteme, die folgenden Zahlen ermittelt, welche zuerst im unabhängigen Online-Magazin „Multipolar“ veröffentlicht wurden.

Der größte Gewinner der Corona-Impfkampagne in Deutschland ist zweifelsfrei das Unternehmen BioNTech SE mit seinem globalen Hauptsitz an der Goldgrube 12 in Mainz, das am 10. Oktober 2019 an die Börse ging. Wenige Wochen später lag der Kurs der BioNTech-Aktie bei 19,50 Euro und der Wert der Firma bei 4,4 Milliarden Euro. Dem folgte ein rasanter Anstieg von Umsatz und Gewinn infolge des Verkaufs des gemeinsam mit dem US-Pharmakonzern Pfizer entwickelten und vertriebenen Corona-Vakzins Comirnaty alias Tozinameran.

2021 betrug der Jahresumsatz schon knapp 19 Milliarden und der Netto-Gewinn 10,3 Milliarden Euro. Dem folgte 2022 ein Umsatz von 17,3 Milliarden und ein Gewinn von 9,4 Milliarden. Hierdurch kletterte der Aktienkurs von BioNTech zeitweise bis auf 377 Euro und der Unternehmenswert stieg auf 94 Milliarden. Damit lag er deutlich über dem der Volkswagen AG, welche 2022 immerhin der zweitgrößte Autohersteller der Welt war. Und auch nach den Einbußen des Jahres 2023 steht die BioNTech-Aktie noch bei mehr als 100 Euro, weswegen das Unter-

nehmen jetzt etwa 24 Milliarden Euro wert ist.

Die Hauptaktionäre des Biotechnologieunternehmens sind die Zwillingbrüder Andreas und Thomas Strüngmann sowie der BioNTech-Vorstandsvorsitzende Uğur Şahin. Die Strüngmanns, welche bereits 2008 150 Millionen in BioNTech investiert haben, hielten zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlussberichts für 2022 43,3 Prozent der Aktien. Danach folgte Şahin mit 17,4 Prozent.

Die Strüngmann-Brüder hatten 2005 ihr Unternehmen Hexal an Novartis verkauft und dabei 7,5 Milliarden US-Dollar verdient. Mit einem Teil des Geldes erwarben sie Ende 2019 50,3 Prozent der BioNTech-Aktien. Durch den Kursanstieg sowie die Dividendenzahlungen und einige Teilverkäufe erzielten die beiden von 2020 bis 2022 einen Profit von mutmaßlich etwa 16 Milliarden Euro.

Şahin wiederum konnte bis Ende 2022 persönliche Gewinne von um die 5,3 Milliarden Euro verbuchen. Vor die-

sem Hintergrund erscheint sein Vorstandsgehalt, das sich im Geschäftsjahr 2020/21 auf 30,8 Millionen Dollar belief, geradezu bescheiden.

Allein zwei Milliarden für den Bund

An fünfter und sechster Stelle der finanziellen Nutznießer der Corona-Impfkampagne liegen die beiden Pharma- und Chemieunternehmen Merck KGaA und Evonik Industries AG. Diese stellen die Lipid-Hüllen aus Nano-Partikeln her, welche zu den unverzichtbaren Bestandteilen von mRNA-Impfstoffen wie Comirnaty zählen. Obwohl Merck und Evonik keine Auskünfte über die Umsätze und Gewinne beim Verkauf von Einzelposten aus ihrer Produktpalette geben, weisen die offengelegten Daten über „COVID-19-bedingte Umsätze“ darauf hin, dass der Profit bei jeweils einer Milliarde Euro liegen könnte.

Und weil die Unternehmensgewinne stiegen, verzeichneten auch einige Gemeinden beziehungsweise Bundesländer

sowie der Bund ein Plus bei den Steuereinnahmen in Höhe von rund sieben Milliarden Euro.

Der Bund kam dabei auf etwa zwei Milliarden Euro. Davon stammte der Löwenanteil aus der Körperschaftsteuer von BioNTech, welche zur Hälfte an ihn und zur Hälfte an die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen, Berlin, Bayern und Sachsen-Anhalt ging, in denen das Unternehmen 2021 und 2022 präsent war. Wo bei Rheinland-Pfalz hier am allermeisten erhielt, nämlich 1,4 Milliarden.

Gleichzeitig erzielten die Städte Mainz, Marburg und Idar-Oberstein enorme Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer, die BioNTech natürlich ebenfalls zu zahlen hatte: Mainz vereinnahmte allein 2021 1,3 Milliarden Euro, während Marburg 373 Millionen und Idar-Oberstein 250 Millionen kassierten. Deswegen konnte Mainz seine Gewerbesteuerhebesätze 2022 deutlich senken, wodurch die ortsansässigen Betriebe insgesamt fast 380 Millionen Euro sparten.



Die Impfung war weder so wirksam wie versprochen noch nebenwirkungsfrei. Doch das ist längst nicht alles, was kritischen Betrachtern immer noch sauer aufstößt: Corona-Impfung in einer Flensburger Praxis

Foto: pa

DATEN

Warum wir immer noch im Dunkeln tappen

Nach wie vor herrscht hierzulande Unklarheit über die Art und Zahl der Impfschäden beziehungsweise Nebenwirkungen infolge der Verabreichung der Corona-Vakzine sowie mögliche Häufungen unerwünschter Effekte bei verschiedenen Chargen bestimmter Hersteller. Dass diesen dringenden Fragen nicht nachgegangen werden kann, resultiert unter anderem aus den folgenden zwei Gründen.

So ist das für die Sicherheits- und Qualitätskontrollen zuständige Paul-Ehrlich-Institut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel (PEI) hoffnungslos überlastet, wie beispielsweise aus den Aussagen einer früheren PEI-Mitarbeiterin vor dem Brandenburger Corona-Untersuchungsausschuss hervorgeht. Das hat zur Folge, dass die Daten des vom PEI im Dezember 2020 herausgegebenen Anwendungsprogramms SafeVac zur „Erhebung der Verträglichkeit von COVID-19-Impfstoffen“ bis heute nicht ausgewertet wurden, obwohl immerhin Meldungen von 700.000 Teilnehmern vorliegen.

Zudem blieben die Impfdaten der Kassenärztlichen Vereinigungen mit einer genauen Dokumentation samt Angabe zu den Nebenwirkungen auf der Basis des Diagnosecodes nach der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) unbearbeitet. Hier liegt die Ursache weniger beim PEI als in einer notwendigen Überarbeitung der erforderlichen Software aus dem Robert-Koch-Institut, welche in ihrer ursprünglichen Form ungeeignet war, die Datenmengen zu bewältigen. Die Umprogrammierung zieht sich bereits zwei Jahre hin, wie die Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Dietz ergab: „Die Programmierarbeiten haben im 3. Quartal 2021 begonnen und sind noch nicht abgeschlossen.“

Dass weder das RKI und das PEI noch das Lauterbach-Ministerium Anstalten machen, hier auf eine Beschleunigung zu drängen, nährt den Verdacht der bewussten Verschleppung der Corona-Aufarbeitung. W.K.

IMPFSTOFFE

Wissenschaftler monieren massive Verunreinigungen

Die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation werden bei den Vakzinen bis zum 354-Fachen überschritten

Im April dieses Jahres meldete der US-amerikanische Biologe Kevin McKernan, er habe in den Corona-Impfstoffen von BioNTech/Pfizer und Moderna erhebliche DNA-Verunreinigungen gefunden. Daraufhin ließ McKernans Fachkollege Jürgen Kirchner die Untersuchungen im Labor Magdeburg Molecular Detections, das unter der Leitung von Professor Brigitte König steht, anhand von fünf in Deutschland verimpften Chargen des BioNTech-Vakzins wiederholen.

Dabei ergaben sich laut König und Kirchner ebenfalls drastische Überschreitungen des von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgelegten Grenzwertes für DNA-Verunreinigungen von zehn

Nanogramm pro Einzelimpfdosis. Die ermittelten Werte lagen um das 83- bis 354-Fache höher. Außerdem entdeckte man in allen fünf Proben Bakterien-Plasmide, welche gleichermaßen nicht in den Impfstoff gehören und ein Nebenprodukt der Herstellung der Impfstoff-mRNA sind. Die Verunreinigungen erklärt Kirchner mit Vereinfachungen des Produktionsprozesses bei BioNTech/Pfizer zwecks Kosteneinsparung und Erhöhung der Gewinnmarge.

Allerdings bergen sie erhebliche Risiken für die Geimpften. So kann Fremd-DNA in das Genom ihrer Zellen gelangen, was die Gefahr von unerwünschten Mutationen und Krebserkrankungen birgt. Zudem sind starke Entzündungs- oder Auto-

immunreaktionen möglich, welche tatsächlich zu den bekannten Impfnebenwirkungen zählen. Schließlich enthalten die gefundenen Plasmide Gen-Sequenzen, von denen man annimmt, dass sie Antibiotika-Resistenzen auslösen.

Nun kritisieren mehrere Experten wie Jörg Matysik, Professor für analytische Chemie an der Universität Leipzig, das lasche Vorgehen des für Sicherheitsüberprüfungen bei Impfstoffen zuständigen Paul-Ehrlich-Instituts (PEI): Das dem Bundesgesundheitsministerium unterstehende PEI suche gar nicht nach einer Verunreinigung der Impfstoffchargen mit genetischem Material. Darüber hinaus umfasse die „Qualitätskontrolle“

Lauterbach-Ministerium sieht trotz allem keinen weiteren Handlungsbedarf

bei mRNA-Impfstoffen auch keine Überprüfung der Wirksamkeit und Reinheit sowie des Wirkstoffgehaltes. Und bei den anderen Parametern wie dem pH-Wert oder der Größe der Nanopartikel gelten laut Matysik „astronomisch“ große Toleranzspielräume.

Außerdem bemängeln die Fachleute, dass BioNTech die vom PEI untersuchten Proben selbst auswählen durfte. Hierauf aufmerksam gemacht, teilte das Lauterbach-Ministerium mit: „Dem Bundesministerium für Gesundheit liegen keine Hinweise zu möglichen DNA-Verunreinigungen des ... COVID-19-Impfstoffs Comirnaty vor ... Aus hiesiger Sicht besteht daher kein weiterer Handlungsbedarf.“ W.K.

Ein tektonisches Rumoren

Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben die Ampelparteien ein Debakel erlitten. Klar scheint, dass sie sich ein „Weiter so“ auf ihrem bisherigen Kurs nicht mehr leisten können. Doch auch für die Union wirft das Ergebnis Fragen auf

VON WERNER J. PATZELT

Erdbenen in der Natur entstehen, wenn sich die Platten der Erdkruste gegeneinander reiben und Spannungen aufkommen. Nicht anders ist es mit politischen Erdbeben. Ihnen gehen Spannungen zwischen den Denkweisen, Wünschen und Interessen der Bevölkerung sowie den großen Beutegemeinschaften aus der politischen Klasse voraus.

In Demokratien ermöglichen regelmäßige Wahlen ein schrittweises Ausgleichen jener Spannungen. Will die Politikerschaft aber nicht ernst nehmen, was sich in den tieferen Schichten der Gesellschaft aufstaut, dann wird der Wahltag nicht nur zum Zahltag, sondern können manche Parteien in die Bedeutungslosigkeit versinken, andere wie ein Feuerwerkskörper aufstrahlen.

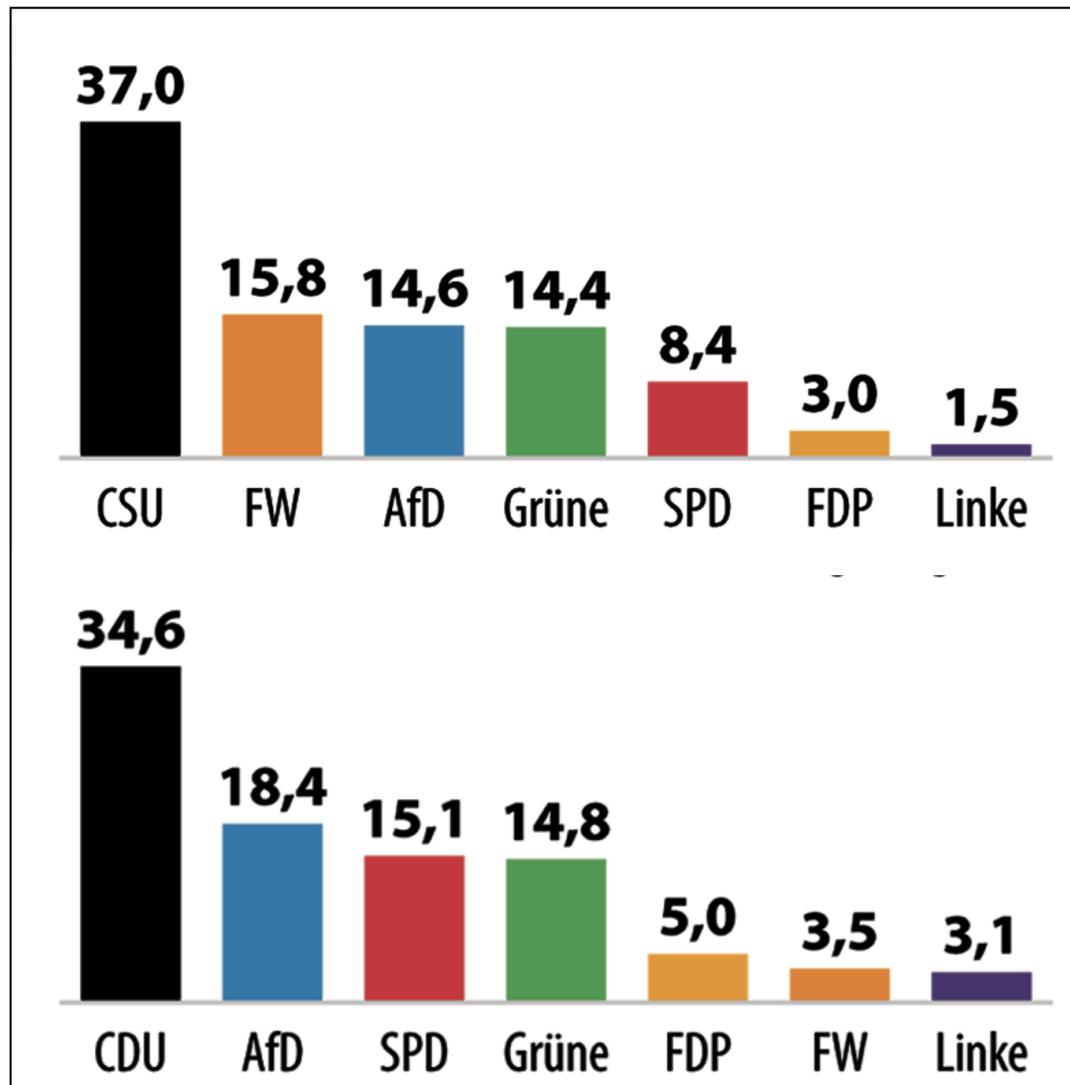
Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern brachten zwar kein politisches Erdbeben. Sie ließen aber erkennen, wie sich ein solches im nächsten Jahr ausnehmen mag, falls unsere Parteien so tun, als hätte es gar kein tektonisches Rumoren gegeben. Immerhin konnten nicht weniger als 13 Millionen Deutsche zur Wahl gehen. Fast drei Viertel der Wahlberechtigten taten das in Bayern, zwei Drittel in Hessen. Mehr als Hessens schwarz-grüne Stetigkeit mobilisierten anscheinend linke Anbräunungsversuche gegenüber dem Chef der Freien Wähler, desgleichen das schnöde, auf Mediengefälligkeit ausgehende Agieren des Ministerpräsidenten.

Nachhaltige Verschiebungen der Verhältnisse

Hessen, lange Zeit ein SPD-regiertes Land, fiel 1999 an eine damals noch ziemlich rechte CDU, weil die SPD sich dort sehr links positionierte. Bis 2013 koalierte Hessens CDU mit der FDP, seither mit den Grünen, und zwar sehr geräuschlos. Die CDU regiert Bayern – darin eine deutsche Ausnahme – schon seit 1946, nur unterbrochen von einer SPD-geführten Vierer-Koalition zwischen 1957 und 1960. Während der jahrzehntelangen CSU-Herrschaft, meist bei absoluter Mehrheit, wurde Bayern umfassend modernisiert. Nur zwischen 2008 und 2013 brauchte es eine Koalition mit der FDP. Die kostete der Partnerpartei aber das parlamentarische Leben.

Anders ging es mit den „Freien Wählern“, dem Partner seit 2018. In Bayern erfolgreich wie nirgendwo sonst, gewannen diese am Sonntag sogar noch hinzu. Zugleich widerfuhr der CSU seit spätestens 2018 ein spektakulärer Machtverlust. Einst toller Wahlergebnisse von 50 plus x Prozent sicher, stürzte sie damals auf rund 37 Prozent ab. Davon erholte sie sich nicht mehr. Gegen Arroganz der Macht samt karrieristischem Parteinachwuchs ist offenbar auch Södersche „Drehhoferi“ kein Heilmittel. Bodenständigkeit und praktische Vernunft als klassische CSU-Tugenden sind derzeit eher bei den Freien Wählern daheim.

Nur auf den ersten Blick brachte der Wahlabend keine Überraschungen. Die Unions-Ministerpräsidenten Bayerns und Hessens können ihre Koalitionen fortsetzen und werden das auch tun – Söder innerhalb des eigenen Lagers mit den ob neuen Selbstbewusstseins zunehmend ungeliebten Freien Wählern, Rhein mit vernünftigen Grünen als CDU-Traumpartnern seit Merkels Zeiten. Zudem hat die CDU in Hessen stark hinzugewonnen, die CSU in Bayern nur wenig verloren. Also kündigt die CSU zwar eine sorgfältige Analyse ihres Wahlergebnisses an, wird dabei aber ebenso kurz springen wie die CDU nach den zu Merkels Spätzeit einsetzenden Wahlniederlagen. Und weil Hessens CDU ihren starken Zuwachs gar in einer Koalition mit den Grünen erzielte, sieht sich die CDU jetzt wieder auf dem Erfolgsweg.



Bilanz einer historischen Verschiebung: Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern (oben) und Hessen (Angaben in Prozent)

Allerdings war Bayerns CSU mit ihrem klaren Nein zur Koalition mit den Grünen nicht minder erfolgreich, agiert freilich in einem – anders als in Hessen – recht konservativen politischen Klima. Jedenfalls wird bis zum absehbaren CDU-Desaster bei den kommenden ostdeutschen Landtagswahlen der CDU-Richtungsstreit wohl nicht entschieden werden. Das wiederum macht alle Bemerkungen über CDU-Kanzlerkandidaten zum müßigen Partygeplauder.

Das Debakel der Ampel

Natürlich war zu erwarten, dass die Parteien der Ampelregierung abgestraft würden. So geschah es auch. In Bayern schrumpften die Grünen deutlich, die Sozialdemokraten gar noch in ihrem ohnehin schon einstelligen Bereich. Die FDP schaffte es gleich gar nicht mehr ins Parlament. Ähnlich ist das Bild in Hessen: Die Grünen verloren am stärksten; auch die SPD sank deutlich ab; und die ebenfalls gerupfte FDP gelangte gerade noch in den Landtag. Die grünen Sonnenblumen sind welk geworden, und der Zauber von Rot-Grün vergeht. Die FDP kämpft einmal mehr ums Überleben.

Etliche Koalitionäre versuchen zwar ihren Schmerz mit dem Hinweis zu lindern, fast noch jede Bundesregierung sei zur Halbzeit sehr unpopulär gewesen. Kleinreden lassen sich die Verluste der Ampelparteien um insgesamt 6,6 Prozent in Bayern, gar um 12,2 Prozent in Hessen, aber auch nicht. Sie sind außerdem Teil der großen bundesweiten Enttäuschung über die Politik der Bundesregierung. In den Ampel-Parteien fordern deshalb viele klare Kurskorrekturen. Ein Großteil des Wahlvolks möchte sogar Neuwahlen. Wie verträgt sich das eigentlich mit der inzwischen beliebten Forderung, die Wahlperiode solle fünf Jahre dauern, damit es mehr Zeit zur nicht durch Wahlkämpfe behelligten parlamentarischen Arbeit gäbe?

Tatsächlich machte die Ampelregierung grobe handwerkliche Fehler, vor allem bei

ihrer oft ideologiegetriebenen und stets hektischen Gesetzgebungsarbeit. Darüber hinaus wirkt vielerlei grün-rote Reformpolitik inzwischen wie aus der Zeit gefallen: die Energie- und Klimapolitik, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, erst recht die übers Treibenlassen kaum hinausgelangte Migrationspolitik. Dabei hat die Ampelregierung – allerdings nur viel entschlossener – fortgesetzt, was bereits unionsgeführte Merkel-Regierungen auf den Weg gebracht hatten. Letzteres wiederum geschah einst unter starkem Druck von SPD, Grünen und jenem Großteil der Journalistenschaft, welcher mit diesen Politiken sympathisierte. Deshalb profitiert die Union nun ohne Distanzierung von Merkel-Fehlern bloß wenig vom Verdruss über die Ampelregierung.

Mehrheiten beim Wahlvolk

Genau hier stauen sich tektonische Spannungen auf. Es nützt nämlich das Scheitern einstiger Lieblingspolitiken von Union, SPD und Grünen vor allem der AfD. Die wurde in Hessen zur zweitstärksten Partei, in Bayern zur drittstärksten mit nur geringem Rückstand auf die – ebenfalls klar rechts der politischen Mitte positionierten – Freien Wähler. Vor SPD und Grünen liegt die AfD stets. In den östlichen Bundesländern mit Wahlen im kommenden Jahr wird sie, ausweislich derzeitiger Umfragen, wohl sogar die CDU überholen.

Nicht-linksgrüne Bevölkerungsmehrheiten gibt es jetzt schon quer über Deutschland. In Bayern summieren sich die Stimmenanteile von CSU, Freien Wählern und AfD auf nicht weniger als 67,4 Prozent, in Hessen auf 56,5 Prozent, zu denen man jeweils noch die Stimmenanteile der FDP zählen kann.

Hingegen ist auf der Linken die einstige ostdeutsche Volkspartei PDS in die Bedeutungslosigkeit versunken, seit sie sich in den Westen ausdehnte und ihren Namen ins Inhaltsleere änderte. Und die SPD erlebt mit den sie oft überholenden Grünen genau das

Schicksal, das bald der CDU mit der AfD blühen mag: Erst lässt man links oder rechts neben sich eine Repräsentationslücke aufreißen; dann nimmt man nicht ernst, was in dieser entsteht; und anschließend setzt man an die Stelle ernsthaften politischen Ringens entweder das Fraternisieren oder das arrogante Ausgrenzen. Ersteres zog die SPD, letzteres die Union zum Nutzen ihrer neuen Rivalen nach unten.

In dieser Lage klammern sich SPD, Grüne und die mit beiden sympathisierenden Medien an den Versuch dauerhaften Verhinderns, dass die nicht-linke Bevölkerungsmehrheit in nicht-linke Parlamentsmehrheiten umgesetzt würde. Eben das unmöglich zu machen, ist ja der Sinn jener heiligen Eide, die man der Union routinemäßig abverlangt: Nie und unter keinerlei Bedingungen werde sie dank Unterstützung durch die AfD solche politischen Entscheidungen herbeiführen, welche zwar die Union, nicht aber die deutsche Linke wünscht. Doch wie soll sich das in den neuen Bundesländern ab 2024 anders als durch Anti-AfD-Allparteienregierungen durchhalten lassen? Die aber werden der AfD sehr nützen, der CDU gewaltig schaden. Wem hilft es eigentlich, wenn im linken Kampf gegen die AfD die um unser Land so verdienstvolle Union ruiniert wird?

Plebiszit gegen die Zuwanderung

Im Übrigen hatte das tektonische Rumoren vom Wochenende einen ganz besonderen Klang. Es war nämlich vor allem die – inzwischen von über zwei Dritteln der Bevölkerung abgelehnte – Migrationspolitik, welche der AfD erneut Wähler zutrieb. Gar aus allen politischen Lagern kamen sie in Bayern und Hessen, die allermeisten von der CSU, den Nichtwählern und – in Hessen – von der CDU. Der Grund ist offensichtlich: Seit einem Jahrzehnt wird es in Deutschland vermieden, die Befürwortung oder Ablehnung der wie alternativlos geduldeten, selbstermächtigten Zuwanderung zum Thema von Wahlkämpfen zu machen. Und weil es dem Wahlvolk so verwehrt blieb, eine klare Entscheidung zur Migrationspolitik selbst zu treffen, dient die Wahl der AfD inzwischen als Quasi-Plebiszit.

Was wären die anzuratenden politischen Konsequenzen aus diesem weiteren Machtaufstieg der AfD? Vor allem gilt es zu begreifen, dass der Aufschwung der AfD keineswegs allein davon kommt, dass „die von der Demokratie überforderten Ostdeutschen“ sich als rechtsradikal erwiesen und deshalb ihre Stimmen der AfD gäben. Denn vor allem spricht die AfD solche Bürger an, die sich Sorgen um Deutschlands Zukunft machen. Und die Zahl derart besorgter Bürger wächst jetzt eben auch in Westdeutschland, wo – anders als im Osten – nach 1945 kein zweiter, durch falsche Politik herbeigeführter Systemzusammenbruch für derlei Gefahren hatte sensibilisieren können.

Unbedingt ist beim Migrations- und Energieproblem zu einer Politik finden, die plausibel sowie durchhaltbar ist. Und nicht zuletzt sollte man nicht mehr auf die AfD starren wie das Kaninchen auf die Schlange, sondern sich mit ihren Positionen ernsthaft auseinandersetzen, also beim Reden über die AfD nicht einfach nur auf Beifall aus dem eigenen Lager ausgeben. Dann könnte man auch mit diskutablen Forderungen auf die AfD zugehen: Trennt Euch von demagogischer Rhetorik, unvernünftigen Positionen und nicht vertrauenswürdigen Personen, wenn ihr politisch mitgestalten wollt!

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden. Er ist Forschungsdirektor am Mathias Corvinus Collegium (MCC) Brüssel. wjpatzelt.de

In dieser Lage klammern sich SPD, Grüne und die mit beiden sympathisierenden Medien an den Versuch dauerhaften Verhinderns, dass die nicht-linke Bevölkerungsmehrheit in nicht-linke Parlamentsmehrheiten umgesetzt würde

● MELDUNGEN

Essstörungen
bei Kindern

Berlin – In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion unter Berufung auf die Krankenhausdiagnosestatistik gab die Bundesregierung bekannt, dass in den Jahren 2018 bis 2021 die Zahl der diagnostizierten Essstörungen wie Magersucht oder Bulimie bei Kindern- und Jugendlichen im stationären Bereich angestiegen ist. Wurden im Jahr 2018 insgesamt 4477 Fälle registriert, so waren es 2021 knapp 7000 Fälle, wobei Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren besonders häufig betroffen waren. Auch der Kinder- und Jugendreport 2022 der DAK verzeichnet im gleichen Zeitraum einen deutlichen Anstieg der Neuerkrankungen von Essstörungen gegenüber dem Zeitraum vor der Pandemie. In dieser Studie sind überwiegend Mädchen von Neuerkrankungen betroffen. Als Grund für die Zunahme von Essstörungen sehen Experten unter anderem, dass die Jugendlichen während der Lockdownphasen der Coronapandemie mehr Zeit hatten, sich mit sozialen Medien zu beschäftigen und ein unrealistisches Körperideal zu entwickeln. **MRK**

Antifa jagt
Kronzeugen

Berlin – Antifa-Aktivistinnen haben einen „Fahndungsaufruf“ veröffentlicht, in dem sie bis zu 10.000 Euro Belohnung für Hinweise auf den Aufenthaltsort sowie Bild- und Videomaterial von Johannes Domhöver aussetzen. Der hatte früher zu der links-terroristischen „Hammerbande“ um die mittlerweile verurteilte Leipziger Studentin Lina Engel gehört und im Prozess vor dem sächsischen Oberlandesgericht gegen seine einstigen Mitstreiter als Kronzeuge ausgesagt. Dadurch gilt Domhöver in der Szene als „Verräter“. Gleichzeitig ist die Aktion eine Reaktion auf die Öffentlichkeitsfahndung des Bundeskriminalamtes im Auftrag des Generalbundesanwaltes und des Landeskriminalamtes Sachsen nach Johann Guntermann. Der Verlobte von Engel soll ebenfalls Mitglied der „Hammerbande“ gewesen sein und wird als äußerst gefährlich beschrieben. In seinem Fall liegt das „Kopfgeld“ „nach Maßgabe der Bedeutung der ... Hinweise“ auch bei bis zu 10.000 Euro. **W.K.**

Böhmermanns
Jahressalär

Berlin – Jan Böhmermann erhält 2023 ein Jahressalär von 651.000 Euro plus Umsatzsteuer. Das enthüllte die „Welt am Sonntag“. 2024 will das ZDF 682.000 Euro überweisen, und für 2025 wurden sogar 713.000 Euro vereinbart. In der Vergangenheit hat Böhmermann immer wieder den Umgang mit Gehührgeldern beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert und beklagt, dass auch er für die „Scheiße“ bezahlen müsse. Zu den nun veröffentlichten Zahlen wollte Böhmermann hingegen keinen Kommentar abgeben. Zum Vergleich: Die Moderatorin Sandra Maischberger kommt auf 795.000 Euro pro Jahr, und Frank Plasberg kassierte zuletzt für seine Mitarbeit bei „Hart aber fair“ 730.000 Euro. **W.K.**



Die beiden Unions-Ministerpräsidenten von Hessen (r.) und Bayern (l.) bleiben wohl im Amt: Boris Rhein (r.) kann besser lachen als Markus Söder, hat seine CDU doch 7,6 Prozentpunkte hinzugewonnen, Söders CSU hingegen 0,2 Punkte verloren **Foto: pa**

LANDTAGSWAHLEN

Erfolge für Rechtsparteien

Die Freien Wähler werden in Bayern, die AfD in Hessen zweitstärkste Kraft

VON PETER ENTINGER

Der große Sieger der Bayerischen Landtagswahl sind Hubert Aiwanger und seine Freien Wähler (FW). Während die große, den Ministerpräsidenten stellende CSU gegenüber der letzten Landtagswahl von 2018 0,2 Prozentpunkte verloren hat, hat deren Juniorpartner in der Regierung des Freistaates mit 15,8 Prozent der Wählerstimmen zusätzliche 4,2 Prozentpunkte hinzugewonnen und stellt nun mit 37 statt bislang 27 Landtagsabgeordnete die zweitgrößte Fraktion vor AfD, Grünen und SPD. Erstmals konnte die Partei zwei Direktmandate gewinnen, eines davon holte der Parteichef in Landshut selbst.

Aber auch die AfD darf sich in Bayern zu den Gewinnern zählen, auch wenn ihr Ergebnis im Laufe der Wahlnacht noch von 16 auf 14,6 Prozent zurückging. Immerhin konnte sie ihr Ergebnis um

4,4 Prozentpunkte verbessern und ist mit 0,2 Prozentpunkten Vorsprung stärkste Oppositionspartei vor den Grünen, die mit einem Minus von 3,2 Prozentpunkten vom zweiten auf den vierten Platz zurückgefallen sind. Wenigstens werden die Grünen trotz des schlechteren Abschneidens mit 32 genauso viele Landtagssitze wie die AfD haben.

Gewinne von AfD und FW in Bayern

Bei der Alternative für Deutschland hatte man dem Umengang im Freistaat mit einigem Unbehagen entgegenglickt. Zu groß war die Befürchtung, die Flugblatt-affäre um Aiwanger könnte zu einem noch größeren Solidarisierungseffekt mit dem bisherigen und wohl auch künftigen Wirtschaftsminister führen. 14,6 Prozent sind übrigens genau das Ergebnis, dass die Republikaner unter ihrem populären Anführer Franz Schönhuber 1989 bei der Europawahl in Bayern erzielten. Im Gegensatz

zu den damaligen 14,6 Prozent der Republikaner werden die aktuellen 14,6 Prozent der AfD eher mit professioneller Gewohnheit zur Kenntnis genommen. Am Wahlabend merkte der eine oder andere Funktionär an, ohne den Sondereffekt „Freie Wähler“ hätte man sogar an der 20-Prozent-Marke kratzen können. Mit ihren zusätzlichen zehn Sitzen im künftigen Landtag ist die nicht immer homogene Bayern-AfD deutlich stabilisiert.

Ein Blick auf die Einzelresultate zeigt ein frappierendes Stadt-Land-Gefälle. Die Zeiten, in denen Rechtsparteien vom Frust in einstigen Arbeiterhochburgen in den Großstädten profitierten, dafür auf dem Land keinen Stich bekamen, sind vorbei. In der Hauptstadt München schnitt die AfD – wie übrigens auch die Freien Wähler – weit unterdurchschnittlich ab. Respektabel hielt sich die Rechtspartei dagegen in anderen Städten wie Nürnberg, Regensburg oder Augsburg. Ihr bestes Resultat erzielte die AfD in

dem 1200-Seelen-Dorf Oberrieden (Schwaben). Mit 31,3 Prozent wurde sie dort stärkste Kraft. Halten und teilweise ausbauen konnte die Partei ihre traditionellen Hochburgen in den östlichen Teilen Niederbayerns. Deutlich zulegen konnte sie in Schwaben und in Teilen Frankens.

Auch bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Hessen schaffte es die AfD auf den zweiten Platz. Dort fuhr die Partei mit 18,4 Prozent ihr bislang bestes Resultat in Westdeutschland ein. In Hessen waren die Ausschläge für die Rechtspartei bei Weitem nicht so heftig wie in Bayern. In ihrer osthessischen Hochburg Fulda erzielte die AfD mit rund 24 Prozent ihr landesweit bestes Resultat. Doch selbst in der Multi-Kulti-Metropole Frankfurt schaffte es die AfD in der Regel, zweistellige Ergebnisse einzufahren. Achtbare Resultate erzielte sie auch in anderen Städten wie Wiesbaden oder der früheren Republikaner-Hochburg Offenbach, dort blieb sie aber tendenziell unter dem Landesschnitt.

Gewinne von CDU und AfD in Hessen

Die Linkspartei, die mit einer Schrumpfung ihres Wähleranteils von 6,3 Prozent bei der letzten Landtagswahl 2018 auf nunmehr 3,1 Prozent ihre letzte Fraktion in einem westdeutschen Flächenland verliert, schaffte es selbst in ihren früheren Hochburgen kaum noch, die Stammwählerschaft zu mobilisieren. Ähnliches gilt für die FDP, die es nach Stunden des Zitterns nur mit Ach und Krach auf die Fünf-Prozent-Hürde schaffte. In der Landeshauptstadt Wiesbaden, traditionell stets ein gutes Pflaster für die Freidemokraten, schrumpfte ihre Wählerschaft auf sieben Prozent zusammen. Selbst in den wohlhabenden Gemeinden im Frankfurter Speckgürtel schafften es die Liberalen kaum noch, zweistellige Ergebnisse zu erzielen.

Zu den Wahlverlierern gehörten in Bayern und in Hessen aber auch die grünen Partner der FDP in der Berliner Ampelkoalition. Vor zwei Jahren war man sich noch sicher, in Hessen um den ersten Platz mitspielen zu können. Nun landete man hinter der AfD und der SPD auf dem vierten Rang. Lediglich in Kassel und in einem Frankfurter Wahlkreis konnte der Juniorpartner der CDU in der Landesregierung ein Direktmandat erzielen.

Nicht in den Himmel gewachsen sind die Bäume auch für die Freien Wähler. Der Aiwanger-Wirbel in Bayern verschaffte der Partei in Hessen nur geringen Auftrieb. Mit 3,5 Prozent blieb sie hinter den eigenen Erwartungen zurück und verfehlte den Einzug ins Wiesbadener Parlament recht deutlich.

EUROPAWAHL 2024

Aufregung um zwei AfD-Kandidaten

Arno Bausemer und Mary Khan-Hohloch sollen ihre Biographien geschönt haben

Trotz guter Umfragewerte und guter Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen rumort es in der AfD, die der Ehrenvorsitzende Alexander Gauland einst als „gärrigen Haufen“ bezeichnet hatte. Hintergrund des Rumors sind die Biographien zweier Kandidaten, die es vor einigen Wochen auf aussichtsreiche Listenplätze für die Europawahl im kommenden Frühjahr geschafft haben: Arno Bausemer und Mary Khan-Hohloch.

Er, immerhin Landesschatzmeister in Sachsen-Anhalt, landete auf Platz 10. Während seiner Vorstellung gab er unter anderem eine abgeschlossene Berufsausbildung im Journalismus und die Geschäftsführer-Tätigkeit in einem familiären Betrieb an. Sie, aus dem Landesverband Brandenburg stammend, schaffte es auf Platz 14 und warb für sich mit einem

abgeschlossenen Studium und einer mehrjährigen Berufsausbildung.

Schon während der Aufstellungsversammlung in Magdeburg wurden daran Zweifel laut. Der Bundesvorstand der Partei leitete daraufhin eine Untersuchung ein und kam zu dem Schluss, dass beide Kandidaten wohl geflunkert haben, wobei Khan-Hohloch mittlerweile ein Abschlusszeugnis vorgelegt haben soll.

An der Basis der Partei war die Aufregung groß, die Oberen übten sich dagegen in auffälliger Zurückhaltung. Das hat gute Gründe. Khan-Hohloch gilt als Vertraute von Parteichefin Alice Weidel und war längere Zeit als deren Mitarbeiterin tätig. Bausemer war Teil einer Liste, welche die verschiedenen Parteiflügel im Vorfeld ausgehandelt hatten. Der sachsen-anhaltische Landesverband hatte ihn

als Spitzenkandidat nominiert. Zudem wird Bausemer ein enges Verhältnis zum AfD-Listenführer zur Europawahl, Maximilian Kraus, nachgesagt.

Nachdem die kritischen Stimmen, die sogar eine Wiederholung der Aufstellungsversammlung gefordert hatten, nicht verstummt waren, beantragte der Bundesvorstand in der vergangenen Woche bei den zuständigen Landesschiedsgerichten ein jeweils zweijährige Ämter Sperre für beide. Eine rechtliche Möglichkeit, die umstrittenen Kandidaten von der Liste zu streichen, gab es offenbar nicht. Und eine komplette Neuwahl der Liste wäre organisatorisch und finanziell kaum zu stemmen gewesen.

Doch damit ist das Thema noch nicht durch. Ihr eigener Brandenburger Landesverband hat Khan-Hohloch mittlerweile aufgefordert, eine Mandatsverzichts-Er-

klärung zu unterzeichnen. Andernfalls wolle man einen Parteiausschluss erreichen. Ob dieses rechtliche Unterfangen von Erfolg gekrönt sein wird, ist fraglich. Pikantes Detail ist die Tatsache, dass ihr Ehemann Dennis Hohloch der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion sowie dem Bundesvorstand angehört.

In den zahlreichen Chat-Gruppen der AfD ist die Gemütslage weiterhin angespannt. Von Verrat ist die Rede und davon, dass die AfD zur Versorgungsgemeinschaft wie eine Altpartei verkommen sei. Bei den diversen Schiedsgerichten gibt es Dutzende Einsprüche gegen die Kandidaten-Aufstellung. Die Parteiführung setzt offenbar darauf, dass Gras über die Sache wächst. Weder Weidel noch ihr Co-Vorsitzender Tino Chrupalla haben sich bisher öffentlich zu dem Thema geäußert. **P.E.**

MIGRATIONSKRISE

Hilferuf aus der Provinz

Kurz vor der Überforderung – Die Massenzuwanderung erreicht die Dörfer und Berliner Kieze

VON HERMANN MÜLLER

Von Monat zu Monat lotet die Ampel-Koalition bei den Zustimmungswerten neue Tiefstwerte aus. Nicht einmal jeder vierte Befragte ist mit der Arbeit der Bundesregierung noch zufrieden. Neben dem vom Klimaschutzminister Robert Habeck ausgehandelten Heizungsgesetz sowie dem Dauerstreit innerhalb der rot-grün-gelben Bundesregierung wird bei der Ursachenforschung auch die Zuwanderungspolitik als ein Faktor für die Unzufriedenheit bei den Wählern genannt. Die Wahlen in Bayern und Hessen haben das jüngst erst gezeigt.

Gerade auf diesem Politikfeld wird es der Ampel sehr schwerfallen, einen Stimmungswandel zu erreichen. Die Folgen der Massenzuwanderung wirken sich nämlich inzwischen in den verschiedensten Milieus unmittelbar in so manchem bürgerlichen Wohnumfeld aus.

Wie schnell und wie extrem sich die Zusammensetzung der Nachbarschaft mitunter verändern kann, bekommen derzeit die Bewohner des kleinen Brandenburger Ortes Welsickendorf vorgeführt. Das Dorf unweit von Jüterbog (Landkreis Teltow-Fläming) hat lediglich 190 Einwohner, soll möglicherweise aber eine Flüchtlingsunterkunft für 72 Personen erhalten. Der Plan eines Eigentümers sieht vor, ein leer stehendes Mehrfamilienhaus in dem Ort als sogenannte Flüchtlingsunterkunft zu nutzen.

„Wir können das nicht auffangen“

Laut einem Bericht des Senders rbb hat der Eigentümer dem Landkreis Teltow-Fläming ein entsprechendes Angebot gemacht. Stimmt die Kreisverwaltung zu, steigt in dem Dorf der Ausländeranteil schlagartig auf ein Niveau, das sonst nur aus einigen Berliner Bezirken oder westdeutschen Großstädten bekannt ist.

Damit nicht genug. Schon jetzt sind massive Probleme absehbar, da die Bedingungen für die Unterbringung der Asylbewerber bei nüchternen Betrachtung eigentlich als äußerst ungünstig einzuschätzen sind. Das Dorf hat weder einen Lebensmittelladen noch eine Kita. Welsickendorfs Bushaltestelle wird nur zweimal am Tag angefahren. Jüterbog, der



Flüchtlingsunterkünfte statt Bäume: Protestaktion der Bürgerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ gegen Baumfällungen

nächste größere Ort, liegt gut zehn Kilometer entfernt.

Angesichts dieser Bedingungen befürchten Bürger des Ortes eine Überforderung: „Wir können das nicht auffangen, was an Unterstützung für die Flüchtlinge fehlen wird“, so eine Bürgerin aus Welsickendorf.

Eine Bürgerinitiative hat inzwischen Unterschriften von Betroffenen gesammelt und der Landrätin Kornelia Wehlan übergeben. Ob der Bürgerprotest dazu führt, dass der Landkreis auf das Angebot des Hauseigentümers verzichtet, ist offen. Um seine auferlegte Aufnahmequote zu erfüllen, muss der Landkreis bis Ende des Jahres noch 1200 Personen aufnehmen und unterbringen. Das Angebot für entsprechende Quartiere ist wiederum äußerst knapp.

Auch in Pankow, mit rund 400.000 Einwohnern Berlins größtem Bezirk, treibt der Plan für eine neue Asylunterkunft Anwohner auf die Barrikaden. Im

Zentrum des Protestes steht der geplante Bau zweier Flüchtlingsunterkünfte durch eine Nachverdichtung von grünen Hinterhöfen am Schlosspark Schönhausen. Zur Umsetzung sollen neben einem Spielplatz auch mehr als 100 Bäume verschwinden.

Schon vor vier Jahren hatte die landeseigene Gesobau Pläne zur Bebauung der Hinterhöfe vorgelegt. Bei diesem Entwurf war es allerdings um den Bau gewöhnlicher Wohnhäuser gegangen. Auf den begrünter Flächen zwischen den Bestandsbauten sollten nach den Vorstellungen der Gesobau drei Wohnhäuser mit zusammen 179 Wohnungen entstehen.

Unterkünfte in Hinterhöfen

Unter Verweis auf einen vom Bezirksparlament ausgerufenen „Klimanotstand“ hatte der Bezirk die Nachverdichtung der Hinterhöfe jedoch abgelehnt. Anwohner und Bezirksverwaltung legten als Kompromiss einen Plan mit 60 Wohneinheiten vor. Der Spielplatz und die meisten

Bäume wären damit erhalten geblieben. Für die Anwohnerinitiative „Grüner Kiez Pankow“ war dies allerdings nur ein vorübergehender Erfolg.

Mithilfe des Sonderrechts zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften hat der Senat nämlich im Schlossparkkiez doch noch den Bau von 99 Wohnungen durchgedrückt. Wie zum Jahresanfang bekannt wurde, will die Gesobau die Wohnungen zur Unterbringung von bis zu 420 „Flüchtlings“ nutzen. Betroffene Anwohner sehen sich durch das Vorgehen des Senats getäuscht und sprechen von undemokratischen Entscheidungen.

Inzwischen ist der Konflikt um das Projekt der Gesobau eskaliert. Vor der anstehenden Fällung von 100 Bäumen auf den Hinterhöfen starteten Anwohner einen „Baumschutz-Aktionstag“ samt Zeltcamp und „Baum-Wache“. Als Gegenreaktion hat die Gesobau einen Wachdienst zur Absicherung der Rodungsarbeiten engagiert.

PRÄVENTIVHAFT

Freifahrtschein für „Klimakleber“

Änderung des Polizeigesetzes ist weitgehend nutzlos – Bei Nötigung höchstens 48 Stunden in Gewahrsam

Das schwarz-rote Regierungsbündnis von Berlins Regierendem Bürgermeister Kai Wegner hat sich auf eine Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) geeinigt. Neben einigen weniger ins Gewicht fallenden Verschärfungen kommt es auch zu der besonders von der CDU geforderten Verlängerung der Präventivhaft von zwei auf bis zu sieben Tage – aber nicht für die sogenannten Klimakleber. Sie dürfen weiterhin nur maximal für 48 Stunden in Gewahrsam genommen werden, was aber schon in der Vergangenheit an der Rechtsprechung der offenbar besonders links eingestellten Berliner Richterschaft oft gescheitert war.

Die vorgesehenen Änderungen betreffen den Einsatz von Bodycams an Uniformen der Polizisten, Kameras in Polizeiautos – auch als „Dashcams“ bekannt –, Elektroschockpistolen sowie eine länger mögliche Präventivhaft im Falle von be-

stimmten Straftaten, zu dem aber ausdrücklich nicht Nötigungen gehören. Die richterlich zu genehmigende Präventivhaft betrifft bis zu fünf Tage bei Sex- oder Freiheits-Delikten sowie bis zu sieben Tage bei einer mutmaßlich bevorstehenden terroristischen Straftat.

In einem zweiten, später geplanten Schritt soll das ASOG weiter verschärft werden. Dies betrifft dann eine Verlängerung des Betretungsverbots bei häuslicher Gewalt von zwei auf vier Wochen, Durchsuchung von Personen in Waffenverbotszonen – auch außerhalb der Kriminalitäts-Hotspots – ohne konkrete Gefahr, den finalen Rettungsschuss in Zwangslagen sowie ferner die „Anlassbezogene Videoüberwachung“ in den derzeit sieben Kriminalitäts-Hotspots. Dazu kommt die Erprobung von Video zur Verhinderung von Diebstählen an zwei Fahrrad-Abstellanlagen.

Linke und Grüne übten im Parlament heftige Kritik. Das Linke-Mitglied des Abgeordnetenhauses Niklas Schrader sagte: „Offenbar wollen CDU und SPD die Hürden für den Präventivgewahrsam absenken. Obwohl die Höchstdauer nur für einige Anwendungsgebiete verlängert wird, lässt das vermuten, dass die Haft auf Verdacht am Ende doch verstärkt gegen Klimaaktivistinnen eingesetzt wird.“

Kritik von links und rechts

Auch die Grünen hatten sich immer ähnlich kritisch positioniert. Der Grünen-Abgeordnete Vasilio Franco befürchtete, dass Der Präventivgewahrsam zukünftig jedem drohen könne, der auf eine Demo geht. Tatsächlich erwies sich die SPD jedoch als Schutzpatron der Klimakleber. SPD-Innenexperte Martin Matz erklärte, es sei ein Kompromiss – die CDU hatte durchaus auch Klima-Radikale im Auge, doch

die SPD wollte nach einem Parteitagsschluss die Präventivhaft nur bei möglichen Terrorataten verlängern.

„Die Tageszeitung“ („taz“) kommentierte mit ihrem typisch linken Sprachgebrauch: „Zum wiederholten Male hat sich die Law-and-Order-Rhetorik im Bezug auf ein härteres Vorgehen gegen Klimaaktivist:innen als heiße Luft entpuppt.“

Marc Vallendar von der AfD-Abgeordnetenhausfraktion kritisierte hingegen: „Der Entwurf zum ASOG stellt sich am Ende als eine nutzlose Enttäuschung dar. Gerade im Hinblick auf die Klimakleber, welche Berlin bereits seit Monaten und ohne ersichtliches Ende terrorisieren, wäre es notwendig gewesen den Präventivgewahrsam auszuweiten.“

Berlin bleibt im Vergleich mit anderen Bundesländern Schlusslicht – woanders gilt der Gewahrsam bis zu 14 Tage, in Bayern sogar bis zu zwei Monate. F. Bücker

KOLUMNE

Symbolpolitik

VON VERA LENGSELD

Nach dem Angriff der Hamas auf Israel und den damit verbundenen schrecklichen Massakern reagierte die Berliner Regierungskoalition mit der Anstrahlung des Brandenburger Tores mit den israelischen Nationalfarben. Auf dem von der „Letzten Generation“ geschändeten Symbol der Deutschen Einheit prangte die israelische Flagge und darunter schimmerte die orange Farbe durch. Das hatte Symbolkraft. Auf einer spontanen Solidaritätskundgebung für Israel auf dem Pariser Platz sagte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, die terroristischen Angriffe der Hamas seien durch nichts zu rechtfertigen. Berlin werde alles tun, um seine jüdischen Bürger und ihre Einrichtungen zu schützen, und auf Berlins Straßen wäre kein Platz für Antisemitismus.

Während Wegner diese Worte sprach, feierten junge Männer den Überfall auf Israel und vor allem die Tötung von Israelis und ihren Gästen sowie die Schändung ihrer Leichen in Neukölln und anderswo. Ein stadtbekannter Clanchef gab der Öffentlichkeit bekannt, wie sehr ihn die Bilder aus dem Gaza-Streifen freuten. Auf Berlins Straßen sind in den vergangenen Monaten Männer mit Kippa angegriffen und verprügelt worden. Durch Berlin zogen Horden junger Männer mit dem Ruf: Hamas, Hamas, Juden ins Gas. Am sogenannten Al-Quds-Tag demonstrierten alljährlich Tausende Antisemiten mit der Forderung, Israel von der Landkarte zu tilgen. Die jüngsten Feiern, die auch in Asylbewerberheimen stattfanden, dauerten den ganzen Sonnabend, bis zum Sonntag.

Was hat die Berliner Politik unternommen, um den Antisemitismus tatsächlich von den Berliner Straßen zu verbannen? Außer Lippenbekenntnissen und Symbolpolitik reichlich wenig. Bei den jüngsten antiisraelischen Ausschreitungen stand die Berliner Polizei im Wesentlichen als Beobachter daneben.

MELDUNG

Anstieg der Arztkosten

Potsdam – Im Land Brandenburg sind in den vergangenen Jahren die Behandlungskosten für Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, drastisch angestiegen. Wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der AfD-Abgeordneten Daniela Oeynhausens und Volker Nothing hervorgeht, sind im Jahr 2017 den brandenburgischen Landkreisen und kreisfreien Städten insgesamt 24,383 Millionen Euro an Gesundheitskosten für Asylbewerber erstattet worden. Bereits im darauffolgenden Jahr waren diese Kosten auf 29,285 Millionen Euro angestiegen. Für das Jahr 2020 verzeichnete die Landesregierung in ihrer Antwort bereits erstattete Behandlungskosten von über 31,648 Millionen Euro. Im Jahr 2021 wurde die Marke von 35 Millionen überschritten. Für das Jahr 2022 liegt noch keine Endabrechnung vor. Beantragt haben Brandenburgs Landkreise und kreisfreien Städte für 2022 die Erstattung von über 41 Millionen Euro für Gesundheitskosten von Asylbewerbern. H.M.

● MELDUNGEN

Elf Prozent ohne Abschluss

Berlin – Elf Prozent der 20- bis 24-Jährigen in Deutschland besitzen keinen Schulabschluss. Das schreibt der dem Deutschen Komitee für UNICEF angehörende emeritierte Soziologieprofessor Hans Bertram in seinem jüngsten Bericht für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Damit sei Deutschland gemeinsam „mit Rumänien führend, was die Kinder angeht, die die Schule nicht schaffen“. Laut dem früheren Vorstand und wissenschaftlichen Direktor des Deutschen Jugendinstituts, der auch der Agenda-Gruppe im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angehört, weist die Mehrheit der Schulabbrecher in der Bundesrepublik einen Migrationshintergrund auf. Analog entwickelt sich die Lesekompetenz der deutschen Schüler. Diesbezüglich rangieren sie inzwischen sogar hinter ihren Altersgenossen in ärmeren EU-Staaten wie Bulgarien. **W.K.**

Kein Schutz für E-Autos

London – Die britische Versicherungsgesellschaft John Lewis Finance – Personal Finance and Insurance Services hat entschieden, keine Elektroautos mehr zu versichern. Man wolle auf unbestimmte Zeit keine neuen Verträge abschließen und die bestehenden nicht verlängern. Das Unternehmen begründet dies mit den Kosten für Reparaturen bei den E-Fahrzeugen, die im Durchschnitt um ein Viertel höher liegen als bei Autos mit Verbrennungsmotor. Oft führen Schäden an der Batterie sogar dazu, dass ein ganzes Fahrzeug aus Sicherheitsgründen verschrottet werden muss. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Gesellschaften, die nicht dem Beispiel der Londoner John Lewis Finance folgen wollen, auf kurz oder lang gezwungen sehen, die Versicherungsprämien für E-Autos anzuheben. Das lässt mit dem drastischen Anstieg der Strompreise eine abermalige Verteuerung der Abkehr vom Verbrennungsmotor erwarten. **W.K.**

Harvards Licht und Schatten

Cambridge – Die Harvard University steht in der Rangliste der besten Hochschulen der Welt unangefochten auf Platz 1. Mit 100 von 100 möglichen Punkten führt sie mit großem Abstand vor der zweitplatzierten Leland Stanford Junior University in Kalifornien. In einem Ranking bezüglich des sogenannten FIRE-Index, mit dem die Bürgerrechtsgruppe Foundation for Individual Rights and Expression (FIRE) das Meinungsklima im universitären Bereich bewertet, belegt Harvard hingegen mit null von 100 möglichen Punkten nur den letzten Platz. Als „verheerend“ bezeichnet FIRE das Meinungsklima an der Harvard University. Waren es unter den Harvard-Studenten 2022 noch 16 Prozent, die angaben, sich „ziemlich oft“ oder „sehr oft“ selbst zu zensurieren, um nicht anzuecken, so stieg dieser Prozentsatz bis vergangenes Jahr auf 24 Prozent. Nicht zuletzt aus diesem Grund stürzte Harvard mit seinem FIRE-Index vom 46. auf den 170. Platz ab. **W.K.**

SCHWEDEN

Ein Land macht sich ehrlich

Parteiübergreifende Mehrheit für den Einsatz des Militärs gegen Bandenkriminalität von Immigranten

VON BODO BOST

Schweden, das seit dem ungeklärten Mord an Ministerpräsident Olaf Palme im Jahre 1986 unter Bandenkriminalität wie kein anderes europäisches Land leidet, hat mit diesem September einen der blutigsten Monate seit Langem erlebt. Drei Tote bei Bandenauseinandersetzungen an einem einzigen Tag gab es bis dahin noch nicht. Die Bandenkriminalität hat mittlerweile auch die ländlichen und abgelegenen Regionen erfasst, die Bullerbü-Idylle ist endgültig vorbei. Immer mehr kommen auch Kinder, Frauen und Unbeteiligte ums Leben. Allein im September sind zwölf Menschen im Zusammenhang mit mutmaßlicher Bandenkriminalität ums Leben gekommen.

Im vergangenen Jahr wurden in Schweden 44 Menschen bei Schießereien getötet. Die Aufklärungsquote bei Bandenkriminalität ist auffallend gering, sie bewegt sich bei 20 Prozent, während sie sonst bei Kapitalverbrechen bei 90 Pro-

zent liegt. Deshalb bekommt man sie nicht mehr in den Griff. Nun will Ministerpräsident Ulf Kristersson sogar prüfen, ob die schwedischen Streitkräfte die Polizei bei der Bekämpfung der Bandengewalt unterstützen können.

Es war das sechste Mal, dass ein schwedischer Ministerpräsident eine Rede an die Nation hielt, und das erste Mal, dass sie sich mit Bandenkriminalität befasste, als Kristersson sich am Abend des 28. September via Fernsehen an seine Landsleute wandte. „Ich kann nicht genug betonen, wie ernst die Lage ist. Schweden hat so etwas noch nie erlebt. Kein anderes Land in Europa hat so etwas erlebt“, sagte er.

Fernsehansprache des Ministerpräsidenten an die Nation

Kurz darauf erklärte der schwedische Oberbefehlshaber General Micael Bydén gegenüber der überregionalen schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter“ (Nachrichten des Tages), dass die schwedischen Streitkräfte bereit seien, die Poli-

zei zu unterstützen. Dazu könnten Schutz und Überwachung gehören, um die Polizei für andere Aufgaben zu entlasten. Bydén erklärte, dass vor allem die Militärpolizei, die bislang in Fällen mit Beteiligung von Soldaten eingesetzt wird, eine Ressource sei, die genutzt werden könnte. „Wir haben Personal, das als Polizeibeamte ausgebildet ist und die Rechte von Polizeibeamten hat“, sagte Bydén.

Zuvor schon hatten die oppositionellen Sozialdemokraten den Einsatz der Streitkräfte gegen Banden gefordert. Das Militär könnte die von der Polizei durchgeführte Überwachung übernehmen. Außerdem verfüge das Militär des Landes über technisches Fachwissen, mit dem es helfen könne, sagte die sozialdemokratische Parteivorsitzende Magdalena Andersson der in Stockholm herausgegebenen Boulevardzeitung „Aftonbladet“ (Abendblatt).

Die Kristersson und dessen Minderheitsregierung stützenden Schwedendemokraten hatten zuvor erklärt, dass sie ebenfalls der Meinung seien, dass die

Streitkräfte helfen sollten. „Wir haben dies bei vielen Gelegenheiten vorgeschlagen, und es ist erfreulich, dass jetzt mehr Menschen sehen, dass wir Recht hatten und dass es Realität werden kann“, sagte Richard Jomshof von den Schwedendemokraten gegenüber dem schwedischen Fernsehen.

Oberbefehlshaber empfiehlt Einsatz der Militärpolizei

Die Banden kämpfen um die Kontrolle des lukrativen Drogenmarkts, und ihre Anführer haben jeden Skrupel abgelegt. Ursprünglich gab es eine Art Banden-Kodex, dass man keine Familienangehörigen, Minderjährigen oder Unbeteiligten angreift. Diese Regel gibt es nicht mehr.

Schweden erinnert immer mehr an ein Land im Kriegszustand. Die Nachbarländer bewachen sogar schon die Grenzen, damit sich schwedische Verhältnisse nicht auch dort ausbreiten. Es wird auch überlegt, Polizei aus Dänemark, Norwegen oder Finnland in Schweden einzusetzen. Die sogenannten Parallelgesellschaften und eine unkontrollierte Armuts-Zuwanderung sind zu Brutstätten der Banden geworden. Eine Integrationspolitik findet nicht mehr statt, weil es einfach zu viele bildungsferne Asylsucher gibt. Die kriminellen Netzwerke rekrutieren bewusst Jugendliche aus diesem Milieu.

Die schwedische Demokratie hat bislang keine rechtlichen Möglichkeiten für staatliche Sondervollmachten, solange nicht die Verfassung geändert wird. Es wird überlegt, die Führer der geschätzt 30.000 Mitglieder umfassenden Banden zu internieren und bei entsprechenden Beweisen abzuschleppen. Viele von ihnen muss man nicht mehr abschleppen, denn sie verstecken sich schon im NATO-Mitgliedsland Türkei, das sie gewähren lässt, weil Schweden die Kurdenführer, die ebenfalls als Asylsucher nach Schweden gekommen waren, nicht ausliefert.

Schwedens Regierungschef sprach in seiner Rede an die Nation von einer naiven Asylpolitik, die Schweden die Bandenkriminalität beschert habe. Das wagt bislang noch kein Ministerpräsident zu sagen, aber es ist die Realität, der sich Schweden nun stellen muss. Anders als in Deutschland haben das in Schweden mittlerweile auch die für die naive Asylpolitik Verantwortlichen eingesehen.



Erst die sechste Rede eines schwedischen Ministerpräsidenten an seine Nation: Via Fernsehen wandte sich Ulf Kristersson am Abend des 28. September an seine Landsleute zum Thema Bandenkriminalität und der Einsatz des Militärs dagegen

UKRAINE

Warum Selenskyjs Wahl gerade auf ihn fiel

Der neue Verteidigungsminister Rustem Umerow ist gut vernetzt, hat aber wohl auch Leichen im Keller

Anfang vergangenen Monats hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den bisherigen Verteidigungsminister Oleksij Resnikow durch Rustem Umerow ersetzt. Resnikow musste gehen, weil er nicht fähig war, gegen die Korruption und Verschwendung in den Streitkräften Kiew vorzugehen. Allerdings scheint hinter der Ernennung von Umerow mehr zu stecken als nur der Versuch, den ausländischen Geldgebern zu suggerieren, dass beim ukrainischen Militär künftig Ordnung in finanziellen Dingen herrschen werde.

Umerow, der 1982 im usbekischen Samarkand geboren wurde, entstammt einer krimtatarischen Familie, die 1944 im Zuge der Stalinschen Deportationen nach Usbekistan kam und erst um 1990 aus dem Zwangsexil in die Ukraine zurückkehrte. Das macht den praktizierenden

Muslim, der einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und einem Master-Abschluss im Finanzwesen besitzt und 2013 zusammen mit Aslan Ömer Qırmlı die Investmentgesellschaft AS-TEM gründete, zu einem erbitterten Widersacher Russlands und glühenden Verfechter der Rückgewinnung der Krim.

Der angebliche Ex-Stipendiat eines US-Programms für künftige Führungskräfte konnte ein verzweigtes internationales Netzwerk knüpfen. Dabei half ihm seine perfekte Beherrschung des Türkischen und Englischen. So ist er unter anderem Co-Vorsitzender der beiden Gruppen für interparlamentarische Beziehungen zu Saudi-Arabien und zur Türkei sowie ein enger Vertrauter des neuen türkischen Außenministers Hakan Fidan, der zuvor 13 Jahre lang den Inlandsgeheimdienst MIT geleitet hatte.

Ebenso kurz scheint Umerows Draht ins Königreich Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zu sein. So erreichte er eine Einladung Selenskyjs zum Gipfel der Arabischen Liga im Mai, obwohl die arabischen Länder gute Beziehungen zur Russischen Föderation pflegen.

Vor diesem Hintergrund scheint unerheblich zu sein, dass Umerow keinerlei militärische Erfahrungen besitzt und vor seiner Ernennung zum Verteidigungsminister den ukrainischen Staatsvermögensfonds leitete, dessen Aufgabe darin besteht, die rund 3000 Staatsunternehmen zu verwalten und zu privatisieren.

Allerdings könnte Umerow trotzdem schneller stolpern als von manchen gedacht. Denn in seiner Eigenschaft als Chef des staatlichen Fonds soll er aktiv dazu beigetragen haben, den Diebstahl

von Staatseigentum zu verschleiern. Dabei ging es angeblich um die Lieferung von verbilligtem Strom an bestimmte Unternehmen. Auf jeden Fall wies der Oberste Anti-Korruptions-Gerichtshof des Landes das Nationale Anti-Korruptions-Büro (NABU) am 25. August an, ein Ermittlungsverfahren gegen Umerow einzuleiten.

Nachdem die Kiewer Zeitung „Fakty i Kommentarii“ dies berichtet hatte, veröffentlichte die Leiterin der Abteilung für Information und Presse des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, einen Kommentar, in dem es heißt: „Selenskyj hat also einen Verteidigungsminister wegen Korruption entlassen, ohne eine Untersuchung einzuleiten, und an seiner Stelle einen anderen ernannt, gegen den ein Verfahren wegen Korruption läuft.“ **Wolfgang Kaufmann**

VON HERMANN MÜLLER

Die Regierungen in Schweden und Großbritannien legen offensichtlich keinen Wert darauf, weiterhin die Vorreiter in der „Klimapolitik“ zu spielen. In London kündigte Premier Rishi Sunak vergangenen Monat an, das Verkaufsverbot für Autos mit Verbrennungsmotor auf 2035 zu verschieben. Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson hat sich mittlerweile ganz offiziell von der Umsetzung der bisherigen „Klimaziele“ verabschiedet. Teil der neuen Politik in Schweden ist unter anderem eine bereits beschlossene Steuersenkung auf fossile Brennstoffe.

Im Kontrast dazu steht das aktuelle Vorgehen der EU. Diese hat Anfang Oktober die erste Stufe zur Einführung eines sogenannten Klimazolls gestartet. Nach dem Willen der EU-Kommission soll eine Abgabe künftig Importe verteuern, wenn Hersteller außerhalb der EU nicht für den Ausstoß von Treibhausgasen zahlen müssen. Dahinter steht das erklärte Ziel, Produzenten innerhalb der EU vor unfairer Konkurrenz zu schützen. In der EU müssen Kraftwerksbetreiber und auch viele Industrieunternehmen bereits seit 2005 Kohlendioxid-Zertifikate vorweisen. Der Preis dieser Zertifikate steigt nach dem Willen der EU in den kommenden Jahren. Für die europäische Industrie wird dies steigende Produktionskosten bedeuten. Die europäischen Verbraucher müssen sich auf einen preistreibenden Effekt durch die ansteigende Kohlendioxid-Preisung gefasst machen.

Dreijährige Einführungsphase

Die Idee, auch von Importeuren Kohlendioxid-Zertifikate für ihre Einfuhren zu verlangen, hatte Kommissionschefin Ursula von der Leyen bereits 2019 vorgestellt. Seit dem 1. Oktober beginnt nun die schrittweise Umsetzung des Projekts. Betroffen sind zunächst Importe, bei deren Herstellung viel Energie verbraucht wird: Eisen, Stahl, Aluminium, Zement, Düngemittel, Strom und Wasserstoff. Von 2026 an sollen zunächst zehn Prozent des zu der Zeit geltenden CO₂-Emissionspreises als Zoll verlangt werden. Schrittweise will die EU die Belastung jedes Jahr dann um weitere zehn Prozentpunkte anheben. 2036 würde der Klimazoll in voller Höhe fällig. Von 2030 an möchte die EU den zusätzlichen Zoll auch auf die anderen Güter ausweiten, die innerhalb der EU unter das Emissionshandelsystem fallen. Erklärtes Ziel der EU-Kommission ist es, durch den Klimazoll Produzenten innerhalb der EU vor unfairer Konkurrenz aus anderen Weltregionen zu schützen. Sieht man von der Stahlindustrie ab, ist die Begeisterung in der Wirtschaft für den Klimazoll eher verhalten.



Ausgerechnet die EU, die traditionell mit der Beseitigung von Zollgrenzen für sich wirbt, will nach der Landwirtschaft nun auch bezüglich der Industrie eine protektionistische Schutzzollpolitik betreiben: Zollschranke im Deutschen Zollmuseum Foto: pa

KLIMA- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ein EU-Klimazoll soll den CO₂-Zertifikaten folgen

Erst treibt Brüssel die Produktionskosten in die Höhe und dann versucht es, den so entstanden Wettbewerbsnachteil mit Protektionismus zu kompensieren

Vertreter der Industrie und Ökonomen haben inzwischen auf ein gravierendes Problem hingewiesen. Ein Klimazoll schützt zwar die Unternehmen innerhalb der EU vor Billig-Importen. Auf wichtigen Exportmärkten stehen die Europäer aber im Wettbewerb mit Anbietern aus Ländern, die keine Zusatzkosten durch einen Emissionshandel haben.

„Jetzt ist die Sorge, dass Unternehmen, die im Ausland sind, die das nicht zahlen müssen, jetzt billiger sind als die europäischen Unternehmen“, so Achim Wambach, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Der Kostennachteil könnte stark exportorientierte Unternehmen letztendlich dazu bringen, ihre Produktion in Nicht-EU-

Länder zu verlagern. Erst vor Kurzem warnte etwa der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall Stefan Wolf: „Für immer mehr Unternehmen ist es inzwischen deutlich attraktiver, die Produktion ins Ausland zu verlagern.“

„Bürokratischer Wahnsinn“

Der Kauf von CO₂-Zertifikaten für energieintensive Importgüter wird zwar erst 2026 Pflicht. Allerdings ist bereits die dreijährige Einführungsphase für die Unternehmen mit so viel Aufwand verbunden, dass von einem Bürokratiemonstrum die Rede ist. Selbst wenn es nur eine simple Stahlschraube ist, die in die EU importiert wird, müssen die Unternehmen den Nachweis erbringen, wie viel Kohlendioxid bei der Produktion freigesetzt wurde. Dementsprechend lauten die Einschätzungen von Wirtschaftsvertretern. „Der bürokratische Wahnsinn (...) ist unglaublich, der Weg in der Welt wieder einmal unabgestimmt einzigartig und der klimapolitische Erfolg mehr als zweifelhaft“, warnt etwa Wolfgang Große Entrup, der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie.

Mit ihrem Vorgehen provoziert die EU zudem die Gefahr von Gegenmaßnahmen wie Strafzöllen auf europäische Produkte durch wichtige Handelspartner. Seit Ursula von der Leyen vor vier Jahren ihre Idee eines Klimazolls vorgelegt hat, verfolgen die Regierungen in Indien und China das Projekt mit Unruhe.

ELEKTROAUTOS

Tesla weht der Wind ins Gesicht

Gewerkschafter, Kunden, die chinesische Konkurrenz und die EU-Kommission bereiten Schwierigkeiten

Für den Elektroauto-Hersteller Tesla des US-Milliardärs Elon Musk sind es keine besonders guten Zeiten. In Deutschland haben Recherchen zutage gefördert, dass es im deutschen Werk Grünheide in Brandenburg zu erheblichen sicherheitsrelevanten Vorfällen gekommen ist. Aus Behördendokumenten geht hervor, dass Arbeitsunfälle geradezu auf der Tagesordnung stehen. Auch Umweltschäden häufen sich offenbar. „Diese Häufigkeit an Arbeitsunfällen ist nicht normal“, sagt der Bezirksleiter der IG Metall für Berlin, Brandenburg und Sachsen, Dirk Schulze, dem Nachrichtenmagazin „Stern“. Er betonte, er habe „die größte Sorge, dass irgendwann jemand zu Tode kommt“. Hinzu kommt Kritik aus dem Kreis der Kunden an von Tesla produzierten Autos.

Noch beunruhigender ist für den in Austin sitzenden US-amerikanischen Autohersteller, der neben Elektroautos auch Batteriespeicher und Photovoltaikanlagen produziert, die immer bedrohlicher werdende Konkurrenz aus China. Die Chinesen sind auf dem besten Weg, Tesla als weltgrößten Verkäufer von Elektrofahrzeugen zu überholen, da der chinesische Technologiekonzern BYD Company die internationale Expansion vorantreibt. Tesla hat im dritten Quartal weniger E-Autos ausgeliefert als erwartet. Insgesamt wurden 435.059 Fahrzeuge verkauft. Das waren knapp sieben Prozent weniger als im Vorquartal. Die Aktie gab entsprechend nach. Tesla hat in den vergangenen Monaten erheblich mehr Modelle produziert als verkauft. Branchenkenner sahen darin eine Strategie

von Musk, mit Rabatten auf Kundenfang zu gehen.

Vor allem die chinesische Konkurrenz produziert erheblich günstiger und ist nicht nur in Asien mittlerweile ein Hauptkonkurrent. Auch auf den europäischen Markt drängen die Chinesen mittlerweile verstärkt. Es wird erwartet, dass Tesla seine Angebotspalette nun umstellt und Modelle auf dem Markt bringt, die in China besser mit den Angeboten des US-Konkurrenten Ford BYD konkurrieren können. In der vergangenen Woche präsentierte der Musk-Konzern bereits ein leicht modifiziertes Auto in China und blieb dabei in dem bisherigen Preissegment.

Doch vor allem die Preisgestaltung könnte nun für neuen Ärger sorgen. Musk hatte die Besitzverhältnisse seines chinesischen Werks bisher so gestaltet, dass er

dort in den Genuss von Subventionen kam. Somit konnte er beim Verkauf nach Europa einigermaßen mit den Chinesen mithalten. Im Sommer 2021 bezeichnete Musk das Werk in Shanghai als wichtigstes Exportzentrum.

An diesem Geschäftsmodell stört sich nun die EU-Kommission. Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte Mitte September angekündigt, dass die EU eine Untersuchung wegen staatlicher Unterstützung für Elektroautos aus China einleiten werde. „Der Preis dieser Autos wird durch riesige staatliche Subventionen künstlich gedrückt – das verzerrt unseren Markt.“ Das sei nicht akzeptabel. Die Weltmärkte würden von billigeren chinesischen Elektroautos überschwemmt. Denkbar ist nun, dass die EU Strafzölle für E-Autos aus China einführt. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Immer weniger Schweine

Berlin – Um fast 90 Prozent ist laut dem Statistischen Bundesamt die Zahl der Schweinehalter in den vergangenen 20 Jahren zurückgegangen, und der Trend hält weiter an. Gab es im Jahr 2000 noch 126.000 Schweinehalter-Betriebe, so waren es 2020 nur noch 16.900. Auch die Zahl der Rinderbetriebe ist rückläufig. Hier verzeichneten die Statistiker einen Rückgang von 41 Prozent. Bei der Hühnerhaltung wurden gut 15 Prozent weniger Unternehmen gezählt. Laut der Interessengemeinschaft der Schweinehalter (ISN) befindet sich die Branche in einer Vielfachkrise, die vor allem durch Kostenexplosionen, Exportschwierigkeiten und dem immensen gesellschaftlichen Druck auf die Viehhaltung ausgelöst wurde. Afrikanische Schweinepest und die Coronakrise haben die Entwicklung noch verschärft. Wurden in der Vergangenheit eher kleinere Betriebe aufgegeben, so trifft es jetzt auch größere. Ebenfalls rückläufig ist die Hochsee- und Küstenfischerei in Deutschland. Hier betrug der Rückgang 30 Prozent in elf Jahren. *MRK*

Farbige haben profitiert

New York City – Laut einer Analyse des US-amerikanischen Informationsdienstleistungs-, Nachrichten- und Medienunternehmens Bloomberg haben die 100 größten Unternehmen der Vereinigten Staaten, die im Aktienindex S&P 100 gelistet sind, im Jahre 2021 über 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, die zu 94 Prozent an „People of Color“, also Afroamerikaner sowie hispanische, indianische und asiatische Amerikaner, gingen. Parallel hierzu stieg der Anteil der Weißen an den Entlassenen auf 68,5 Prozent. Beides scheint eine Folge der Massenproteste nach dem Tod des schwarzen Kleinkriminellen George Floyd während eines Polizeieinsatzes im Mai 2020 und des anschließenden Versprechens der Großkonzerne zu sein, mehr nichtweiße Mitarbeiter zu beschäftigen. Zu den Teilnehmern an dieser Aktion gehörten der Online-Versandhändler Amazon, der Technologiekonzern Apple und der Sportartikelhersteller Nike. *W.K.*

Günstig in Polen tanken

Warschau – Angesichts starker Preisunterschiede von bis zu 60 Cent pro Liter bei Diesel und Benzin tanken aktuell wieder deutlich mehr deutsche Autofahrer an Tankstellen östlich von Oder und Neiße. Bereits seit Wochen zählen die Treibstoffpreise in Polen zu den niedrigsten in der EU. Vertreter der politischen Opposition haben dem teilstaatlichen polnischen Mineralölkonzern Orlen vorgeworfen, über künstlich niedrig gehaltene Benzinpreise Wahlkampfhilfe für die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) zu leisten. Laut einem Bericht des Magazins „Polityka Insight“ soll das Ministerium für Umweltschutz und Klima Orlen erlauben haben, vor der Parlamentswahl am 15. Oktober die Notfallreserven an Treibstoff anzuzapfen, um niedrige Preise zu garantieren. Mit einem Anteil von über 65 Prozent gibt Orlen die Preisgestaltung auf dem polnischen Markt vor. *H.M.*

EU-FINANZEN

Sprengsatz fürs Budget

ROBERT MÜHLBAUER

Seit mehr als anderthalb Jahren tobt der brutale Krieg in der Ukraine und ein Ende ist nicht abzusehen. In der EU werden indes schon weitreichende Pläne für die Zeit danach entwickelt. So will das Europaparlament das EU-Budget aufstocken und nochmal 17 Milliarden Euro mehr für die Ukraine geben. Inklusive schon zugesagter Kredite für 33 Milliarden Euro würde die Ukrainehilfe dann 50 Milliarden Euro umfassen.

Ende Februar 2022, kurz nach dem russischen Angriff, hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ein offizielles EU-Beitrittsgesuch beim Europäischen Rat eingereicht. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte dazu im September: „Die Zukunft der Ukraine liegt in unserer Union.“ Auch Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) will die Ukraine möglichst bald in die EU aufnehmen.

Ein großer Fürsprecher ist auch EU-Ratspräsident Charles Michel. Er befürwortet den Beitritt der Ukraine bis zum Jahr 2030. „Die Ukraine kann 2030 zur EU gehören, wenn beide Seiten ihre Hausaufgaben machen“, sagte der Belgier vergangene Woche dem „Spiegel“. Mit einer zügigen Aufnahme des Landes würde die EU „beweisen, dass sie geopolitisch handlungsfähig ist“. Allerdings müssten die Ukraine und die anderen Beitrittskandidaten „Reformen umsetzen, Korruption bekämpfen und die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen“. Ob das realistisch ist, bezweifeln viele.

Fürsprecher und Gegner

Nur zwei Tage nach Michel meldete sich indes der frühere EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker zu Wort und warnte vor einem übereilten Beitritt der Ukraine. „Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist“, so Juncker zur „Augsburger Allgemeinen“. Trotz großer Anstrengungen sei das Land „nicht beitragsfähig, es braucht massive interne Reformprozesse“. Die EU habe mit einigen neuen Mitgliedern schlechte Erfahrungen mit Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit gemacht. Das dürfe sich nicht wiederholen.

Der Elefant im Raum sind indes die finanziellen Fragen. Ein EU-Beitritt der Ukraine wäre für die bestehenden Mitglieder extrem teuer. Nach den bisher-

gen Regeln hätte das Land Anspruch auf 186 Milliarden Euro über sieben Jahre aus den Agrar-, Regional- und Kohäsionsfonds der EU, darunter fast 100 Milliarden Euro an Landwirtschaftssubventionen. Das ergab eine interne Berechnung der Brüsseler Kommission auf Grundlage der bisherigen Regeln der Budgetperiode 2021 bis 2027, über die die Londoner Zeitung „Financial Times“ („FT“) und „Politico“ vergangene Woche berichteten.

So hohe Zahlungen könnten zum Sprengsatz für das EU-Budget werden. In jedem Fall würde das Geld für andere knapper. Laut EU-Studie würden „viele“ bisherige Transferempfänger erstmals zu Nettozahlern im EU-System. Größter Empfänger bislang ist mit Abstand Polen, das netto fast zwölf Milliarden Euro an Transfers aus den verschiedenen EU-Töpfen erhält, gefolgt von Rumänien (5,6 Milliarden Euro), Ungarn (4,4 Milliarden Euro), Griechenland (3,9 Milliarden) und Portugal (2,9 Milliarden Euro).

Dass die Ukraine als EU-Mitglied größter Nettoempfänger würde, liegt einerseits an den großen Agrarflächen des Landes und andererseits daran, dass die Ukraine mit ihren 40 Millionen Einwohnern sehr arm ist.

Neben der Ukraine klopfen noch weitere Staaten an die Tür der EU. Würden alle sechs Länder des Westbalkans plus Moldawien und Georgien aufgenommen, könnten laut Kommissionsrechnung die Nettotransfers an sie mehr als 250 Milliarden Euro betragen. „Alle Mitgliedstaaten werden mehr zahlen müssen und werden weniger aus dem EU-Budget erhalten; viele Mitgliedstaaten, die gegenwärtig Nettoempfänger sind, werden Nettozahler werden“, zitierte die „FT“ aus dem Papier. Es würden „weitreichende“ Änderungen nötig, darunter deutlich höhere Zahlungen der heutigen großen Beitragszahler Deutschland, Frankreich und Niederlande.

Eine andere Frage ist, ob bei einer EU-Erweiterung nicht auch die internen Regeln der EU – etwa die Vetorechte für alle Mitglieder – geändert werden müssten. Das hieße eine Vertragsänderung, die viele Staats- und Regierungschefs wegen der dann nötigen Referenden scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen will auch ohne das voranschreiten: „Wir können – und sollten – nicht auf eine Vertragsänderung warten, um die Erweiterung voranzutreiben.“



Wahlkampf gegen Berlin und Brüssel: Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki

Foto: pa

BLICK NACH OSTEN

Schicksalswahl für Polen

RUDOLF URBAN

An diesem Sonntag wählt Polen ein neues Parlament, den Sejm und den Senat. Sowohl die Regierung als auch die Opposition sehen es als Schicksalswahl für Polen an, beide freilich aus ganz unterschiedlichen Gründen. Auch für die deutsche Minderheit im Land, die in der Region Oppeln eine eigene Liste aufstellt, wird die Wahl am 15. Oktober richtungweisend sein.

Seit acht Jahren regiert in Polen Jarosław Kaczyńskis Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS, dt.: Recht und Gerechtigkeit) und führte, so die Opposition, das Land an den Rand des Abgrunds. Die Fronten sind also nicht nur verhärtet, es gibt nicht einen einzigen Punkt, in dem sich die führenden politischen Gruppierungen – PiS auf der einen und die Bürgerkoalition (KO) auf der anderen Seite – einig wären. Das riss Gräben auf, die wohl, wie jüngst der ehemalige Kultusminister Bogdan Zdrojewski (KO) bei Radio TOK FM sagte, jahrzehntelang bestehen bleiben dürften.

Die tiefe Spaltung der Gesellschaft

Egal, welches Thema man anschneidet, die Gräben sind überall unübersehbar. In der Außenpolitik setzt die Opposition rund um die KO und ihren Chef Donald Tusk auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland und eine starke Bindung zur EU. Die PiS dagegen sieht in Deutschland eine ernsthafte Gefahr für Polens Souveränität und Sicherheit – und zwar nicht nur wegen der Migrationspolitik von Angela Merkel im Jahr 2015 und der aktuellen Flüchtlingsströme nach Europa, sondern auch wegen der vermeintlichen deutschen Dominanz in der EU, die kein Staatenbündnis mehr sei, sondern nach Meinung der PiS und ihres Chefs Kaczyński fast ausschließlich auf Ansagen aus Berlin höre.

Beim Stichwort Sicherheit sind sich Regierung und Opposition ebenfalls einig. Die Mauer zu Weißrussland zum Beispiel, die die PiS als wichtigen Schutzwall gegen illegale Einwanderung ansieht, kritisieren nicht nur die Bürgerkoalition, sondern auch die Linke (Lewica), die Bauernpartei (PSL) und die relativ neue Polska 2050 des bekannten früheren TV-Moderators Szymon Holownia als unmenschliches Vorgehen gegen Flüchtlinge. Polens Verteidigungsministerium wiederum veröffentlichte unlängst einen alten, aber eigentlich immer noch geheimen Verteidigungsplan, aus dem hervorgehen soll, Donald Tusk – das personifizierte Übel und eine Marionette Berlins – habe seinerzeit beschlossen, bei einem möglichen Angriff aus dem Osten fast ganz Ostpolen sich selbst zu überlassen und eine Verteidigung des Landes erst ab Höhe Warschau

zu beginnen. Jede Erklärung der Opposition, dies stimme nicht und man könne einzelne Karten nicht aus dem Kontext heraus veröffentlichen, werden als weiterer Beweis für ein angebliches Lügennetz des Lagers um Tusk betrachtet.

Auch auf klassischen Feldern der Innenpolitik gibt es keinerlei Annäherung. Zwar muss die Opposition eingestehen, dass die von PiS eingeführten Sozialleistungen – unter anderem 500 Zloty monatlich für jedes Kind und auch zusätzliche Rentenzahlungen – eine immense Hilfe für die Menschen im Land sind, doch gleichzeitig wirft sie die Frage auf, woher

liste aufstellt. Schon seit Jahren muss sie stets betonen, sie bekomme kein Mandat frei Haus, sondern muss um jede Stimme kämpfen. Sie muss zwar die Fünfprozenthürde auf nationaler Ebene nicht überschreiten, wohl aber auf Wahlkreisebene, das heißt in der Woiwodschaft Oppeln. „Realistisch gesehen muss die Minderheit hier etwa neun bis zehn Prozent der Stimmen erhalten, um bei der Verteilung der zwölf Mandate überhaupt berücksichtigt zu werden“, so der Politikwissenschaftler Adam Drosik von der Universität Oppeln.

Was der Minderheit aber wirklich Sorgen bereitet sind die jüngsten Angriffe seitens der regierenden PiS. Namentlich ist es einer ihrer Oppelner Abgeordneten, Janusz Kowalski, der es geschafft hat, den Deutschunterricht als Minderheitensprache an den Schulen von drei Stunden pro Woche auf eine zu reduzieren und damit – da diese Kürzungen lediglich die deutsche Minderheit betreffen – offen eine Diskriminierung einer konkreten Gruppe zu etablieren. Dagegen stellt sich die Minderheit, wird von polnischen und deutschen Politikern unterstützt, findet auch im EU-Parlament ein offenes Ohr, nicht aber bei der Europäischen Kommission.

Sollte die PiS gewinnen, drohen der Minderheit weitere Beschneidungen ihrer Rechte. So hat Kowalski bereits vor einem Jahr angekündigt, er werde sich nach den Kürzungen des Deutschunterrichts darum bemühen, auch Mittel für die Kulturarbeit sowie das vermeintliche Wahlprivileg aus dem Wahlgesetz zu streichen. Das alles, so die Argumentation, weil die Polen in Deutschland nicht denselben Status wie die deutsche Minderheit in Polen genießen.

Die deutsche Minderheit lässt sich jedoch von derlei Provokationen in ihrem konstruktiven Kurs nicht beirren: „Wir treten seit 30 Jahren zu den Wahlen an, weil wir uns für die Region, in der wir leben, und für Polen verantwortlich fühlen“, so Rafał Bartek, Vorsitzender der deutschen Minderheit und einer ihrer Kandidaten zum Sejm, „und wir wollen nicht, dass die Fragen, die unsere Gemeinschaft, die schlesische Gemeinschaft, betreffen, nur von denen entschieden werden, die unsere Region nicht kennen, die ihre Multikulturalität nicht respektieren können und die unsere Einwohner diskriminieren und zynisch versuchen, die Gemeinschaft der Woiwodschaft Oppeln zu spalten. Die deutsche Minderheit ist ein Garant für Dialog und Sicherheit.“

Wie die Wahl ausgeht, ist derzeit nicht absehbar. Es verspricht jedoch ein knappes Rennen zu werden.

● Dr. Rudolf Urban ist Chefredakteur der Zeitung „Wochenblatt.pl – Zeitung der Deutschen in Polen“. www.wochenblatt.pl

Sollte die PiS am Ruder bleiben, wird es keine Annäherung an Deutschland geben

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Sieg der Diplomatie

Mit einem Veranstaltungsmarathon erinnern Osnabrück und Münster an den vor 375 Jahren verkündeten Westfälischen Frieden

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der Dreißigjährige Krieg hatte 1618 als Religionskrieg begonnen, sich aber bald zum Kampf um Land und Macht ausgeweitet. Um ihn zu beenden, strebte man einen Universalfrieden an. Denn es ging um vier miteinander verzahnte militärische Auseinandersetzungen, die nicht nur konfessionelle Hintergründe hatten. Erstens kämpften die Nördlichen Niederlande seit 1568 gegen Spanien um ihre Eigenständigkeit. Zweitens ging es um den Konflikt zwischen dem Kaiser, den deutschen Fürsten und Schweden (seit 1630) sowie drittens um den Krieg zwischen dem Kaiser, den deutschen Fürsten und Frankreich (seit 1635). Viertens sollte der seit 1635 ausgetragene Spanisch-Französische Krieg beendet werden.

Nach über zwei Jahrzehnten Kampf, Verwüstung, Brandschatzung, Plünderung, Mord und Vertreibung waren alle Parteien kriegsmüde. Die Zeit für Verhandlungen war reif. Rang- und Titelstreitigkeiten verhinderten jedoch den schnellen Beginn. Hinzu musste das Protokoll völlig neu geregelt werden. Doch für alle Probleme fand sich eine Lösung, sodass ab 1643 der Friedenskongress beginnen konnte.

Mehr als vier Jahre wurde in Münster und Osnabrück verhandelt. Schon die Wahl dieser beiden Orte war ein Kompromiss. Frankreich und der Papst hatten einen katholischen, Schweden einen protestantischen Verhandlungsort zur Bedingung gemacht. In Münster verhandelten der Kaiser, die katholischen Reichsstände, Frankreich, Spanien und die Niederlande, ebenso Abgesandte der Schweiz.

In Osnabrück verhandelten die Kaiserlichen mit den protestantischen Schweden und den Abgesandten der evangelischen Reichsstände. Den Informationsaustausch zwischen den 60 Kilometer voneinander entfernten Orten besorgten Postreiter.

Um den „Kongress der Superlative“ zu meistern, standen die beiden neutralisierten Friedensstädte vor großen Herausforderungen. Insgesamt 109 zum Teil zahl-



Bewiesen viel Verhandlungsgeschick: 37 Portraits der Souveräne und der wichtigsten Gesandten erinnern im Friedenssaal des Münsteraner Rathauses an die diplomatischen Verhandlungen, die 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendeten

reiche Personen umfassende diplomatische Gesandtschaften vertraten 16 europäische Staaten, 140 deutsche Fürsten und Städte sowie 38 weitere Mächte. Dabei wurden die Quartiere zu Orten intensiver Beratung.

Zur Verhandlungsstrategie gehörte auch, mit Pracht und Prunk zu beeindrucken. Besonders Johann Oxenstierna, Sohn des schwedischen Reichskanzlers Axel Oxenstierna, sparte nicht am Pomp. Doch gerade in seinem Quartier auf der Großen Domfreiheit brachte am 6. August 1648 der Osnabrücker Friedensvertrag den Durchbruch.

Mit Rücksicht auf die Franzosen in Münster wurde der Vertrag nicht vor Ort unterzeichnet, sondern durch Handschlag besiegelt. Der angereiste französische Gesandte nutzte die Gunst der Stunde und handelte in Osnabrück gleich noch

die Endfassung des Vertrages zwischen Frankreich und dem Kaiser aus.

Auf Wunsch des Kaisers wurden beide Verträge am 24. Oktober 1648 in Münster unterzeichnet. Einen Tag später wurde der Friedensschluss von der Treppe des Osnabrücker Rathauses öffentlich verkündet. Schon damals wurde das unter fortgesetzter Kriegsführung entstandene Abkommen, das so extrem unterschiedliche Interessen vereinte, als wahres „Weltwunder“ bezeichnet.

Frieden in einer multipolaren Welt

Zuvor war bereits am 15. Mai 1648 der Frieden zwischen Spanien und den Nördlichen Niederlanden geschlossen worden, der als Geburtsstunde der heutigen Niederlande gilt. Der Spanisch-Französische Krieg dauerte noch bis 1659 und wurde erst durch den Pyrenäenfrieden beendet.

2023 feiern Münster und Osnabrück das 375. Jahrestages des Friedensschlusses. Die historischen Jahrestage, der 24. und 25. Oktober, sind die Höhepunkte des Festjahres. Sie werden öffentlich mit Podiumsdiskussionen, Freiluft-Inszenierungen und Friedenssingen begangen – und der Hoffnung, dem Frieden in der Welt vielleicht ein Stück näher zu kommen.

In Münster findet am 24. Oktober im Großen Haus des Theaters der „Westphalian Peace Summit“ („Westfälischer Friedensgipfel“) statt, zu dem als Ehrengäste alle Botschafter der Nationen, die 1648 am Friedensschluss beteiligt waren – von Finnland bis Spanien –, eingeladen sind. Unter der Schirmherrschaft des CDU-Politikers Hans-Gert Pöttering, ehemals EU-Parlamentspräsident, diskutiert Georg Restle, Moderator der ARD-Sendung

„Monitor“, mit internationalen Gästen. Als Prolog diskutieren am selben Tag im Kleinen Haus des Theaters bei „Let's Talk: Peace beyond Borders“ Studenten der Initiative „Münster University International Model United Nations“ über den Frieden in einer multipolaren Welt.

Schon traditionell ist die ökumenische Friedensvesper, die am 24. Oktober um 18 Uhr in der Münsteraner Apostelkirche beginnt. Die eigens für das Friedensjubiläum inszenierte frei zugängliche Licht- und Tonshow auf dem Prinzipalmarkt soll an diesem Abend die Sehnsucht nach Frieden auf emotionale Weise in den Mittelpunkt stellen.

Osnabrück feiert am 25. Oktober die Freude über den Friedensschluss musikalisch. Schon vor 375 Jahren haben die Menschen vor Erleichterung über den Frieden spontan zu Singen begonnen. Nun wird es den ganzen Tag über in der Innenstadt Konzerte geben, bei denen Chöre zusammen singen, die sonst nicht aufeinandertreffen. Um 16.30 Uhr finden sich unter der Schirmherrschaft von Altbundespräsident Christian Wulff in seiner Funktion als Präsident des Deutschen Chorverbands die verschiedenen Gruppen vor dem Rathaus zu einem riesigen Chor zusammen.

Nach einem Gottesdienst im Dom endet der Tag in Osnabrück mit dem Demokratie-Forum im Felix-Nussbaum-Haus intellektuell. In einer Gemeinschaftsproduktion holen NDR und SWR das Format nach Osnabrück. Moderator ist der Publizist und Talkmaster Michel Friedman.

Als gemeinsame Aktion liegt im jeweiligen Historischen Rathaus am 24. Oktober in Münster und am 25. Oktober in Osnabrück das „Book of Peace“ aus. Es ist nicht den Ehrengästen der Stadt vorbehalten, sondern für alle Bürger bestimmt, die den Wunsch nach Frieden durch ihre Unterschrift bekräftigen wollen. Transportiert wird das Friedensbuch allerdings nicht mehr per Postreiter, sondern mit dem Auto.

● Veranstaltungen in Münster: www.stadt-muenster.de/frieden, in Osnabrück: friedensstadt.osnabrueck.de

LITERATUR

Ein Tod in Rom

Vor 50 Jahren starb Ingeborg Bachmann – Ein neuer Kinofilm erinnert an die österreichische Autorin

Bei der Berlinale im Februar stellte Regisseurin Margarethe von Trotta ihren neuesten Film vor: „Ingeborg Bachmann – Reise in die Wüste“. Das biographische Drama über die österreichische Schriftstellerin lief im Wettbewerb um den „Goldenen Bären“, ging aber leer aus. Ob der Film an den Kinos erfolgreicher sein wird, bleibt nach dem Kinostart am 19. Oktober abzuwarten.

Von Trotta erinnert mit ihrer filmischen Bachmann-Hommage jedenfalls auch an den 50. Todestag der Autorin, an dem zwei Tage vorher gedacht wird. Am 17. Oktober 1973 ist die Autorin im Alter von 47 Jahren nach einem Brandunfall in Rom gestorben. Offenbar löste eine brennende Zigarette, die Bachmann im Schlaf aus der Hand fiel, ein Feuer aus. Die Autorin wurde mit schwersten Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert, starb aber vermutlich nicht an den Brandwunden,

sondern durch einen Medikamentenentzug. Wie erst später herauskam, war Bachmann tablettenabhängig und nahm mehrere Dutzend Pillen pro Tag ein.



Begehrte Autorin: Ingeborg Bachmann

Die mysteriösen Umstände ihres Todes trugen ähnlich wie bei Marilyn Monroe dazu bei, dass Bachmann zu einem nationalen Mythos wurde. Schon zu Lebzeiten galt sie als Frau, bei der Schönheit mit Intelligenz gepaart war. Damit und mit ihren von morbider Charme erfüllten Gedichten stach diese Ikone der Literatur in der männerdominierten Gruppe 47 erstmals 1953 hervor. Mit dem Schweizer Autor Max Frisch verband sie eine ungetriebene Liebesbeziehung mit gemeinsamen Wohnorten in Zürich und Rom.

Nachdem sie in den 50er Jahren mit „Die gestundete Zeit“ und „Anrufung des Großen Bären“ zwei Gedichtbände veröffentlicht hatte, wandte sie sich der Prosa zu. Dass sie sich damit in eine Männerdomäne wagte, haben ihr viele (männliche) Kritiker nicht verziehen, machte sie aber in frauenbewegten Zeiten zum Aushängeschild des Feminismus. Bis zu ihrem

Tod arbeitete sie an ihrem „Todesarten“-Projekt, das sie mit 10.000 Manuskriptseiten hinterlassen hat und von dem eine Auswahl posthum erschienen ist. Ihr wie ein Gedicht in Romanform erscheinendes Buch „Malina“ von 1971 ist das einzige vollständige Erzeugnis dieses Projektes.

Ihre Geburtsstadt Klagenfurt hat ihr mit dem Ingeborg-Bachmann-Preis ein bleibendes Denkmal gesetzt. Die Auszeichnung bei den dortigen Literaturtagen gilt als eine der wichtigsten der deutschsprachigen Literatur. Harald Tews



● Lektüretipp: Uta Degner: „Ingeborg Bachmann. Spiegelungen eines Lebens“, wbv Theiss, Darmstadt, 2023, gebunden, 208 Seiten, 60 Euro

● MELDUNG

Kleist's „Berliner Abendblätter“

Frankfurt an der Oder – „Zwischen Tinte und Tatsache: Kleists Berliner Abendblätter“ lautet die neue Sonderausstellung im Frankfurter Kleist-Museum, die bis zum 25. Februar läuft. Im Zentrum stehen Heinrich von Kleists drittes und letztes Zeitungsprojekt, dessen Erfolg und Scheitern sowie das Netzwerk renommierter Autoren wie Clemens Brentano und Achim von Arnim, die an den „Abendblättern“ mitwirkten. Neben einer verschollen geglaubten, aber im Zuge der Ausstellungsrecherchen wiederentdeckten Originalausgabe der „Berliner Abendblätter“ wird die damals neuartige Mischung der Artikel aus Fakt und Fiktion präsentiert, die mit ihrem Boulevard-Charakter diskutabile Wegweiser für den Journalismus der Gegenwart und Zukunft bieten. Internet: www.kleist-museum.de tws

PASCHA JOHANN FRIEDRICH WEITSCH

Das Militär entdeckte das künstlerische Talent

Vor 300 Jahren kam der deutsche Landschaftsmaler und Zeichner aus kleinen Verhältnissen in Hessendamm zur Welt

VON MARTIN STOLZENAU

Unter „Hessendamm“ versteht man einerseits den westlichen von drei historischen Verkehrswegen über den Großen Bruch, der heute ein Teilstück der B 79 bildet, nach 1945 im innerdeutschen Grenzgebiet lag und heute Sachsen-Anhalt und Niedersachsen verbindet. Andererseits gibt es auf dem gleichnamigen Verkehrsweg eine einst kleine Ansiedlung, die damals Sitz einer Zollstation war. In dieser Siedlung kam Pascha Johann Friedrich Weitsch am 16. Oktober 1723 als Sohn eines Ziegeldeckers und dessen Ehefrau zur Welt.

Der Vorname Pascha geht auf einen Taufpaten zurück und gilt als Abkürzung von Paschalis. Die Mutter des Jungen verstarb, als er 14 Jahre alt war. Deshalb musste er wohl den Besuch der Lateinschule im Fachwerkstädtchen Osterwieck, in dessen Umgebung er die Natur erkundete, vorzeitig beenden und danach eine Anstellung als Schreiber in Wolfenbüttel übernehmen. Es folgten die Anstellung bei einem Braunschweiger Hauptmann, 1744 der Eintritt ins Militär des Herzogs von Braunschweig und parallel entsprechend seinen zunehmenden künstlerischen Interessen die autodidaktische Weiterbildung auf diesem Gebiet. Weitsch brachte es schnell zum Korporal, heiratete die Bedienstete eines Stiftsfräuleins zu Wienhausen und fiel beim Kriegszug nach Holland seinen Vorgesetzten durch seine Zeichenkunst auf. Er beeindruckte die Offiziere bis hinauf zum Feldmarschall Prinz Moritz von Nassau mit Festungsskizzen und auch Landschaftsbildern.

Arbeit als Porzellanmaler ab 1756

Das machte ihn über das Regiment hinaus bekannt, sorgte für einige Nebeneinkünfte und trug ihm nach der Rückkehr ins heimische Herzogtum die Gunst des kunstsinnigen Ministers Heinrich Bernhard Schrader von Schliestedt ein, der ihn an den Herzog Karl I. vermittelte. Der Welfe staunte bei Ansicht der Arbeiten von Weitsch über die künstlerische Naturbegabung seines Untertanen. Er entließ ihn in Ehren aus dem Soldatenstand und beschäftigte ihn zu verbesserten Konditionen bei der Braunschweiger Buntmalerei für die Fürstenberger Porzellanmanufaktur. Weitsch schuf dabei ein Tafelservice für seinen Herzog mit Darstellungen der braunschweigischen Landschaft, von Städten und Dörfern. Das Service gefiel, erregte weiteres Aufsehen

und trug ihm einige Freiheiten für seine persönliche Weiterbildung ein.

Weitsch kam mit dem Galerieinspektor von Schloss Salzdahlum in Kontakt, studierte die Bilderschätze des damals berühmten Schlosses und konnte sich in seiner Ölmalerei erheblich verbessern. Dazu

kamen zwischendurch Studienreisen nach Kassel, Nürnberg, Ansbach und Düsseldorf, wo ihn die Akademie mit einem lukrativen Angebot umwarb. Doch Weitsch blieb seiner Heimat treu, erkundete auf einer weiteren Reise noch die Niederlande und konnte sich bei seiner

Rückkehr über eine erhebliche Erhöhung seiner Besoldung freuen. Es waren bald 200 Taler. Der Herzog wollte seinen Vorzeigemaler nicht an fremde Höfe verlieren. Dazu bekam Weitsch einen alten Festungsturm als Wohnung und Atelier zur Verfügung gestellt, den er auch für eine

Zeichenschule für Gebildete nutzte. Der Akademie in Düsseldorf schickte er als Trost für seine Absage ein treffliches Ölbild mit einem Eichenwaldmotiv. Das wiederum trug ihm sofort eine Professur, die Akademiemitgliedschaft und das Verlangen nach mehr Waldlandschaften von seiner Hand ein. Das kam einem künstlerischen Ritterschlag gleich.

Ölbilder kamen ab den 60ern hinzu

Weitsch entwickelte im letzten Lebensviertel vielgestaltige Aktivitäten. Die bis-herigen Motivtouren durch den Harz wurden intensiviert. Daraus war schon 1769 das Bild „Bodetal mit der Roßtrappe“ hervorgegangen, das heute zum Bestand des Herzog-Anton-Ulrich-Museums gehört. 1780 war er gemeinsam mit dem Malerkollegen Johann Heinrich Ramberg im Harz unterwegs. So gab es bald immer mehr „Ansichten aus dem Harz“ von seiner Hand, die ihm eine volle Kasse bescherten.

Weitsch fungierte nebenbei auch als Kunsthändler, stand zusätzlich in Diensten der Stobwasserschen Lackwarenmanufaktur in Braunschweig und wurde 1789 zum Galerieinspektor im Schloss Salzdahlum ernannt. Er hatte nach dem Tod seiner ersten Frau 1783 Sophie Helm-kampf geheiratet, die Tochter des Oberinspektors der Hüttenwerke im Unterharz, überzeugte nun auch mit gekonnten Radierungen und sorgte für die erste Ausbildung seiner ebenfalls künstlerisch begabten Söhne Friedrich Georg und Johann Anton August.

Der Maler, der 1795 auch noch zum Mitglied der Preußischen Akademie der Künste erhoben worden war, gehörte nun zum Bildungsbürgertum des Herzogtums und stand im Kontakt mit Ludwig Gleim und Gotthold Ephraim Lessing. Sein Sohn Friedrich Georg porträtierte den Vater 1797 auf einem Ölgemälde, das jetzt zum Bestand des Herzog-Anton-Ulrich-Museums gehört.

Als anerkannter Künstler starb Weitsch am 6. August 1803 in seinem Arbeitsort Salzdahlum. Seine überlieferten Arbeiten befinden sich heute außer in Privatbesitz vor allem in den Museen der Braunschweiger und Harzregion sowie im Hallwyska-Museum in Stockholm.

● Annedore Müller-Hofstede widmete dem Künstler die 1973 in Braunschweig als Band 48 der „Braunschweiger Werkstücke“ erschienene Monographie „Der Landschaftsmaler Pascha Johann Friedrich Weitsch 1723–1803“.



Pascha Johann Friedrich Weitsch: Schabkunstblatt von Carl Schroeder nach einem Gemälde von Friedrich Georg Weitsch Foto: pa

TÜRKEI

Dreifacher Jahrestag des Mustafa Kemal Pascha

Atatürk machte vor 100 Jahren sein Land zur Republik, Angora zu seiner Hauptstadt und die Villa eines Armeniers zu seinem Amtssitz

Vor 570 Jahren, 1453, eroberten die Osmanen Konstantinopel und machten die vom römischen Kaiser Konstantin gegründete vormalige Metropole des Oströmischen Reiches zu ihrer Hauptstadt. 470 Jahre später, am 13. Oktober 1923, wurde das bis 1915 noch mehrheitlich von Armeniern bewohnte Angora zur Hauptstadt der 16 Tage später von Mustafa Kemal Pascha ausgerufenen Republik Türkei. Mit eigenen Städtegründungen hatten es die aus Zentralasien stammenden Türken, die dort in Zeltsiedlungen gelebt hatten, nicht so. Ihre Baumeister waren die Griechen und Armenier, die es seit 1915 nicht mehr gab, weil man sie umgebracht oder vertrieben hatte.

Ohne die Armenier war die Stadt, die durch die Angora-Wolle reich geworden war, zwar am Zerfallen, aber wegen ihrer hohen geschichtlichen und geographischen Bedeutung sowie des großen Leerstands von prächtigen armenischen Villen geriet sie ins Visier des später „Atatürk“ (Vater der Türken) genannten Gründers der modernen Türkei. Die vormalige Jungtürkische Partei, die für den Völkermord an den Armeniern 1915 verantwortlich war, spielte seit 1920 eine dominierende Rolle bei der Organisation von Atatürks Nationalbewegung. Eine wichtige Trägerschicht derselben waren jene türkischen Staatsbürger, die sich den Besitz der vertriebe-

nen beziehungsweise ermordeten Armenier angeeignet hatten und daran interessiert waren, ihn dauerhaft zu behalten.

Am 23. April 1920, zu Beginn des türkischen Befreiungskampfes gegen die Besatzungstruppen der Briten, Griechen, Franzosen und Italiener, wurde in Angora das neue Parlament eröffnet. Am 19. September 1920 erklärte die türkische Nationalregierung in Angora der 1918 von den Alliierten geschaffenen unabhängigen Demokratischen Republik Armenien den Krieg. Man wollte auch den Kaukasus „armenierrein“ machen. Diese Aufgabe hat heute das aserbaidjanische „Brudervolk“ zumindest in Bergkarabach übernommen.

In Angora beschloss die türkische Nationalversammlung am 1. November 1922 unter Mustafa Kemal auch die Abschaffung der Monarchie und zwang damit Sultan Muhammad VI. zum Rücktritt. Letzterer dankte am 17. November 1922 offiziell ab. Da „Angora“ Kemal Atatürk als armenisch belastet erschien und der alte türkische Name „Engüriye“ ihm nicht westlich genug klang, erhielt die Stadt am 28. März 1930 als offizielle Bezeichnung den Atatürk genügend westlich klingenden neuen Kunstnamen „Ankara“.

Zu seinem Amtssitz als erster Präsident der Republik Türkei wählte Atatürk

die Villa des armenischen Juweliers und Händlers Ohannes Kasabian, die in „Çankaya-Villa“ umbenannt wurde. Damit zeigte auch Atatürk, was er von den Armeniern hielt. 2014 zog der damalige und heutige Präsident, Recep Tayyip Erdoğan, in den neugeschaffenen Präsidentschaftspalast um. Die Çankaya-Villa dient heute als Amtssitz des Vizepräsidenten.

In Ankara erinnert heute fast nichts mehr an die einstigen armenischen Bewohner. Die drei Bischofssitze inklusive Kirchen sind längst verschwunden. Der Genozid war auch religiös und kulturell total. *Bodo Bost*

KÖNIGREICH BELGIEN

Doppeltes Jubiläum in Eupen

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird 50 Jahre alt – Seit zehn Jahren sitzt es im Sanatorium

VON BODO BOST

Nach dem Ersten Weltkrieg musste das Deutsche Reich gemäß dem Frieden von Versailles die mehrheitlich von Deutschen bewohnten preußischen Kreise Eupen und Malmedy nach einer manipulierten Volksbefragung an Belgien abtreten. Acht Zehntel der damals 60.000 Einwohner waren deutschsprachig. Am 10. Januar 1920 fand der Souveränitätswechsel statt. In Deutschland setzte sich für das abgetretene Gebiet der Begriff Eupen-Malmedy durch. Die Belgier sprachen hingegen von den „cantons r dimm s“, den wiedergewonnenen Kantonen. Erst später sprach man von den Ostkantonen. Erst vor einem halben Jahrhundert erhielten sie kulturelle und politische Autonomie.

Das 50. Jubiläum der manipulierten Volksbefragung von 1920 führte 1969/70 in der deutschbelgischen Öffentlichkeit zu einem ersten Aufbegehren gegen die Bevormundung aus Brüssel. Die Radiosendung „50 Jahre Geschichte der Ostkantone“ der Rundfunkjournalisten Hubert Jenniges und Peter Thomas hatte dazu die Vorarbeit geleistet. Vor allem Jenniges (1934–2012) wurde in zahllosen Radiobeitr gen zum Motor der Veränderung, da er Tabuthemen wie die Stellung der deutschen Sprache ansprach, die bis dato nicht angesprochen werden durften. Er schenkte den Forderungen der benachteiligten Deutschbelgier Gehör und eine Stimme. Jenniges prägte die mediale und historiographische Landschaft Eupen-Malmedys ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie kein zweiter.

1963 war der ausgebildete Geschichtslehrer von der Bischöflichen Schule in Sankt Vith nach Brüssel umgezogen und produzierte als freier Mitarbeiter erste Beiträge für das deutschsprachige Programm des belgischen Rundfunks. 1969 wurde er vom öffentlich-rechtlichen Belgischen Hör- und Fernsehfunke (BHF), dem heutigen Belgischen Rundfunk (BRF), eingestellt. Er war einer der ersten im alten Funkhaus, die aus der Region, aus der sie berichteten, stammten. Er wurde zum Pionier der Anliegen der Ostkantone. Im Rahmen der Diskussion um die staatliche Zukunft Belgiens in den 1960er Jahren schaltete sich auch der Hörfunk des Königreichs ein. Jenniges nutzte dies, um auf die Probleme der deutsch(sprachigen) Staatsangehörigen des Königreichs aufmerksam zu machen, und er erkannte die Möglichkeiten, die sich aus der damals anstehenden Staatsreform ergaben.

Erste Sitzung des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft 1973

So wurde auch der flämische Christdemokrat Leo Tindemans (1922–2014), damals belgischer Reform- und später Premierminister, auf Jenniges aufmerksam. Seit Oktober 1968 verband beide eine persönliche Freundschaft. Beide träumten sie von einem „Korridor“, der von Flandern über Eupen-Malmedy und das Areler Land, eine mehrsprachige Grenzregion im Südosten des Königreichs in der Provinz Luxemburg, bis an die Grenze des Großherzogtums Luxemburg reichte. Den pathetischen Appell Tindemans an die Bewohner der Ostkantone vom 26. Oktober 1971 in Eupen „Hilf dir selbst, so hilf dir Gott“ soll ihm Jenniges vorgeschlagen haben. Jenniges wurde das Sprachrohr der Ostkantone und Vorkämpfer weitgehender kultureller Autonomie für die deutsch(sprachigen) Staatsangehörigen Belgiens.

1970 wurde der aus Flamen/Niederländern, Franzosen/Wallonen und Deut-



Mit den Flaggen der Stadt Eupen, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Belgiens und der EU (v.l.): Der einst als Sanatorium konzipierte Sitz des DG-Parlaments Foto: Romaine

schen bestehende belgische Vielvölkerstaat im Zuge der ersten Staatsreform in drei Kulturgemeinschaften aufgeteilt. Jede der drei Kulturgemeinschaften erhielt als Volksvertretung einen sogenannten Rat. Der Rat der 75.000 belgische Staatsbürger zählenden deutschen Kulturgemeinschaft versammelte sich vor einem halben Jahrhundert, am 23. Oktober 1973, in Eupen zu seiner ersten Sitzung.

Wenngleich die Entstehung der deutschen Kulturgemeinschaft nur eine Nebenfolge der Schaffung der französischen und der flämischen Kulturgemeinschaft war, hat der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) insoweit eine demokratische Vorreiterrolle gespielt, als er die erste gliedstaatliche Versammlung des Königreichs war, die aus unmittelbar gewählten Abgeordneten zusammengesetzt war. Diese Lösung war aus der Not geboren. Eigentlich sollten sich die R te der Kulturgemeinschaften aus den Abgeordneten der entsprechenden Kulturgemeinschaften beziehungsweise Sprachgemeinschaften beziehungsweise Volksgruppen im nationalen Parlament zusammensetzen. Im Falle der R te der französischen und der flämischen Kulturgemeinschaft war das auch möglich. Die Wahlbezirke des Nationalparlaments sind jedoch so geschnitten, dass die deutsch(sprachige) Minderheit keinen Abgeordneten im Nationalparlament hat. So werden als Ersatzlösung die Mitglieder des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft seit dem 10. März 1974 direkt gewählt.

Im Zuge der zweiten Staatsreform von 1980 wurden aus den „Kulturgemeinschaften“ „Gemeinschaften“. Aus der französischen Kulturgemeinschaft wurde die „Französische Gemeinschaft“ und aus der flämischen Kulturgemeinschaft wurde die „Flämische Gemeinschaft“. Aus der deutschen Kulturgemeinschaft wurde jedoch nicht etwa, wie man meinen könnte, analog eine „Deutsche Gemeinschaft“, sondern vielmehr eine „Deutschsprachige Gemeinschaft“. Außer der neuen Bezeichnung erhielten die vormaligen Kulturgemeinschaften im Zuge der zweiten Staatsreform auch jeweils eine eigene Regierung. Die Deutschsprachige Gemein-

schaft erhielt allerdings erst im Jahr 1984 die Befugnis, Rechtstexte mit Gesetzeskraft zu verabschieden.

Im Zuge der fünften Staatsreform von 2003 wurden die Kompetenzen der Regionen und Gemeinschaften nochmals ausgeweitet. Im darauffolgenden Jahr wurde aus dem Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG), analog zum Parlament der Französischen Gemeinschaft sowie dem Flämischen Parlament für die Flämische Gemeinschaft.

Seit 2013 hat dieses Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft seinen Sitz am Platz des Parlaments Nr. 1 in Eupen. An diesem Gebäude, das im Volksmund auch das „Sanatorium“ genannt wird, lässt sich wie an kaum einem anderen öffentlichen Bau die jüngere Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft festmachen. Je nach politischer Großwetterlage änderten sich die Eigentumsverhältnisse und auch der Verwendungszweck.

Bauherr des Gebäudes war die Kaufmannserholungsgesellschaft. Letztere war 1910 von dem Wiesbadener Kaufmann Josef Baum gegründet worden und nannte sich später „Europäische Gesellschaft für Kur und Erholung“. In ihrer Bl tzeit war sie Träger von 48 Häusern und damit die gr o te private Sozialvereinigung im Deutschen Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte sie nur noch 22 Häuser in Westdeutschland. Um 1985 war sie hoch verschuldet und musste Grundstücke und Gebäude verkaufen. Heute gehört der Gesellschaft noch ein Hotel, der „Kissinger Hof“ in Bad Kissingen.

Das in ihrem Auftrag in den Jahren des Ersten Weltkriegs errichtete Haus sollte als „Kaufmannserholungsheim“ dienen. Kaufmännische und technische Angestellte sowie Kaufleute sollten sich dort von den Strapazen ihrer Arbeit, die sie in den „Steinw sten der Großstadt“ leisteten, erholen können.

Umbenennung in Parlament 2004

Die Planung des Gebäudes lag in den Händen der Architekten Jacobi und Badermann aus Düsseldorf. Finanziert wurde

das Bauvorhaben mit Spenden- und Stiftungsmitteln aus industriellen Kreisen.

Eupen wollte sich damals als Luftkurort profilieren, erhoffte sich einen Aufschwung des Tourismus und unterstützte die Idee der Errichtung eines Sanatoriums in seinen Stadtmauern gro z ugig. Es stellte 8,5 Morgen Land zur Verfügung, legte die Zufahrt an, erklärte sich bereit, für die Wasser- und Stromversorgung aufzukommen und gewährte einen Bauzuschuss von 30.000 Mark.

1915 war Baubeginn, die Fertigstellung des Rohbaus erfolgte 1917. An alles haben die Architekten gedacht. Das graue Schieferdach passt sich der Landschaft auf dem höchsten Punkt Eupens bestens an, im Gebäude werden B der und Räume für die orthopädische Behandlung von Kriegsversehrten eingerichtet.

Am Eingang, auf der Seite des heutigen Rundfunkgeb udes, entstand ein Keglerheim, das später in ein Treibhaus umgewandelt wurde. Eine prächtige Arztwohnung wurde genau dort gebaut, wo heute der Belgische Rundfunk sein Hörfunk- und Fernsehprogramm macht. Durch eine prächtige Gartenanlage sollten die Kurgäste lustwandeln und sich den Wind um die Nase wehen lassen. Ein Jahr vor der geplanten Eröffnung als Kaufmannserholungsheim beschloss die Lazarettverwaltung Aachen im letzten Kriegsjahr, das Gebäude für eigene Zwecke zu nutzen.

Nachdem Eupen-Malmedy 1920 belgisch geworden war, verkaufte die Kaufmannsgesellschaft das Gebäude am Kehrweg für 1.125.000 Mark an die belgische Société Nationale contre la Tuberculose (Nationale Gesellschaft für Lungenkranke). Am 14. Juli 1922 wurde das Haus von seinem neuen Besitzer als Sanatorium für Lungenkranke eröffnet. Gleichzeitig fand dort die 3. Internationale Konferenz der Liga für Lungenkranke in Anwesenheit des damaligen Gouverneurs von Eupen-Malmedy, Generalleutnant Herman Baltia, statt.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Belgien und der anschließenden Eingliederung von Eupen-Malmedy durch das Deutsche Reich wurde das Gebäude

wieder der Kaufmannsgesellschaft übertragen. Am 21. Mai 1941 eröffnete diese das „Rheinische Ferienheim Eupen“. Doch schon 1942 wurde aus dem Gebäude ein Lazarett für lungengesch digte Soldaten. Während der Ardenneoffensive richteten die Amerikaner dort ein Frontlazarett ein.

Bezug des Sanatoriums 2013

Nachdem die Sieger des Zweiten Weltkrieges Eupen-Malmedy erneut Belgien zugeschlagen hatten, übernahm 1947 wieder die Société Nationale contre la Tuberculose das Gebäude. Die Universität Löwen nutzte es als Universit tssanatorium, wobei auch Patienten der Universität Lüttich dort behandelt wurden.

1965 kaufte der Staat das Gebäude für das Staatlich-Technische Institut (STI). Die Schülerzahlen stiegen unaufhörlich, sowohl die Kellerräume als auch das Dachgeschoss wurden zu Klassenzimmern umfunktioniert. Weitere Schulklassen wurden auf dem umliegenden Gelände errichtet. Um dem chronischen Platzmangel entgegenzutreten, errichtete die staatliche Schulverwaltung ein neues Schulgebäude an der Vervierser Straße in Eupen. Seit der Fusion mit der Städtisch-Technischen Schule (STS) heißt die Schuleinrichtung Robert-Schuman-Institut (RSI).

Als Folge der dritten Staatsreform von 1988/1989 wurden die Gemeinschaften für die Schulen zuständig. So übertrug per K niglichem Erlass vom 22. Oktober 1991 der belgische Staat das nun als Bildungsanstalt genutzte Sanatorium und das umliegende Gelände in das Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Mittlerweile fand der Unterricht des Robert-Schuman-Instituts im Wesentlichen an der Vervierser Straße statt. Zwar diente das Gebäude am Kehrweg noch bis Ende des Schuljahres 2006/2007 als Internat, und es fand dort auch noch vereinzelt Unterricht statt, doch war das Gebäude mittlerweile zu groß und die Einrichtung veraltet. So beschloss die Deutsche Gemeinschaft als nunmehriger Hausherr, fortan das Gebäude als Sitz ihres Parlaments zu nutzen.

Mit Material des DG-Parlaments.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Von den Medien weitestgehend unbeachtet, strebt die EU-Kommission nach immer stärkerer Überwachung der Europäer. So plant sie nun beispielsweise die Einführung der sogenannten Elektronischen Brieftasche für die europäische digitale Identität (EUid-Wallet) – zu speichern auf dem Smartphone eines jeden Einzelnen von uns. Diese solle „die digitale Identifizierung von Bürgern ... beim Zugang zu öffentlichen und privaten Diensten in ganz Europa revolutionieren“, wobei vorgesehen ist, die EUid-Wallet bis zum Jahre 2030 flächendeckend und verbindlich einzuführen.

Dafür investiert die EU 90 Millionen Euro in vier Pilotprojekte, in deren Rahmen staatliche Stellen mit privaten Partnern kooperieren. Zu den Letzteren zählen die Telekommunikationsunternehmen Deutsche Telekom, Vodafone und O₂-Telefonica, die Banken ING-Diba und Intesa, der Kreditkartenanbieter Visa, die Fluglinien Condor und Finnair, die IT-Dienstleister Datev und Amadeus, die Schweizerische Bundesbahn, die Technologiekonzerne Siemens und Thales sowie der Deutsche Sparkassen- und Giroverband.

Im Rahmen der angelaufenen Pilotprojekte „Potential“, „EU Digital Identity Wallet“, „NOBID“ und „DC4EU“ erfolgt die Erprobung von elf Anwendungsfällen für die digitalen Funktionen der EUid-Wallet. Dabei geht es um den Zugang zu staatlichen Verwaltungsdiensten und Sozialversicherungsleistungen, die Bereitstellung von Reisepässen und Visa sowie Führerscheinen, medizinischen Rezepten und Bildungsnachweisen beziehungsweise Nachweisen beruflicher Identitäten, die rechtsverbindliche Unterzeichnung von Verträgen, die Registrierung von SIM-Karten für Mobilfunknetze und die Eröffnung von Bankkonten oder die Ermöglichung von Online-Zahlungen. So soll beispielsweise der Reisepass in Zukunft aus einem Konvolut von Personenstammdaten und biometrischen Daten des EU-Bürgers bestehen, das auf zentralen Servern gespeichert ist, wobei staatliche Zertifikate die Echtheit der Daten bestätigen, welche bei Bedarf via Smartphone ausgelesen werden.

Von der Kontrolle zur Gängelung

Wie ernst es der Europäischen Kommission mit ihrem Vorhaben ist, zeigen nicht nur die genannten Pilotprojekte, sondern auch die Vorlage des Entwurfs zur „Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste (eIDAS 2.0)“. In diesem wurde zunächst sogar gefordert, die EUid-Wallet mit einer lebenslang gültigen persönlichen Identifikationsnummer zu verbinden, worauf die EU-Kommission dann aber im Juni nach Interventionen des Europäischen Parla-



Immer stärkere Überwachung: Die Pläne der EU zur „Elektronischen Brieftasche“ wurden bislang kaum kommuniziert

Foto: pa

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel plant einen gigantischen Daten-Kraken

In Kooperation mit ausgewählten privaten Konzernen sollen die Finanzströme der EU-Bürger bis ins Detail digital erfasst werden – Die Möglichkeiten des Machtmissbrauchs erscheinen fast uferlos

ments verzichtet hat. Dahingegen blieb es bei der ebenso umstrittenen Regelung, dass die elektronischen Brieftaschen für die digitale Identität nicht nur von staatlichen Institutionen ausgegeben werden dürfen, sondern auch von privaten Unternehmen mit dem Status eines „qualifizierten Vertrauensdiensteanbieters“.

Parallel zur Einigung zwischen der EU-Kommission und dem EU-Parlament veröffentlichte das Bundesinnenministerium ein Konzept zur nationalen Ausgestaltung der EUid-Wallet in Deutschland. In diesem werden noch weitere potentielle Anwendungsfelder genannt, welche über die Vorgaben aus Brüssel hinausgehen. So sollen auch der Erwerb von personalisierten Veranstaltungstickets, Anmeldungen in Hotels, der Nachweis der Elternschaft, die Speicherung von amtlichen Führungszeugnissen und die Identifizierung anlässlich der Eröffnung von Konten für den E-Mail-Verkehr oder die Nutzung sozialer Medien über die EUid-

Wallet laufen. Dabei steht zu erwarten, dass das Ganze dem Schema folgt, welches bereits beim Aufbau der digitalen Infrastruktur im hiesigen Gesundheitswesen zum Einsatz kam. Die Nutzer werden vom Staat durch die Ankündigung von empfindlichen Nachteilen dazu gebracht, entsprechende technische Lösungen bei Privatunternehmen einzukaufen.

Dabei birgt die EUid-Wallet vielerlei Gefahren für die EU-Bürger. Unter anderem wäre es problemlos möglich, digitale Reisedokumente mit flexibel änderbaren Ein- und Ausreiserechtigungen zu verknüpfen, um die Bewegungsfreiheit von Personen aus politischen Gründen einzuschränken – ganz so wie in der Volksrepublik China heute bereits üblich.

Desgleichen könnten die staatlichen Behörden Bürger künftig mit deutlich geringerem Personal- und Verwaltungsaufwand überwachen und bei Bedarf Sanktionen verhängen. Im Extremfall reicht hierfür dann ein Mausclick aus.

Als weiteres Anwendungsgebiet böte sich die Verhaltenssteuerung zum Erreichen politischer oder wirtschaftlicher Ziele an, wobei auch hier das Vorbild China Pate stünde. Denkbar wäre beispielsweise die Reduzierung der Mobilität der Bürger aus Gründen des „Klimaschutzes“ durch die Deaktivierung von Flugtickets und Hotelbuchungen oder des digitalen Führerscheins nach dem Aufbrauchen der persönlichen „CO₂-Budgets“ – alles Maßnahmen, bei denen es praktisch keine Möglichkeit zur Gegenwehr gäbe.

Der Appetit der Konzerne

Das gilt ebenso beim Geld. Unbotmäßiges Verhalten könnte zur Sperrung von digitalen Konten führen. Die EUid-Wallet wäre also ein scharfes Instrument des Staates, um Oppositionelle von ihren Finanzierungsquellen abzuschneiden oder anderweitig einzuschränken und zu maßregeln, ohne dass dies in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt.

Doch damit nicht genug: Es steht zu erwarten, dass die wenigen großen Privatunternehmen, welche an der EUid-Wallet beteiligt sind, sich zu einem Oligopol zusammenschließen, um einerseits hohe Gewinnmargen zu erzielen und andererseits den Gesetzgeber unter Druck zu setzen, Regelungen zu schaffen, welche ihnen den Zugang zu weiteren Geschäftsfeldern eröffnen. Das dürfte vor allem in den Fällen passieren, in denen die zentralen Geheimnisse des digitalen Know-hows bei den Konzernen verbleiben.

Und dann ist da natürlich noch der Datenschutz. In der Vergangenheit hat sich oft genug gezeigt, dass auch die von ihrer vermeintlichen Fachkompetenz überzeugten IT-Riesen und Software-Giganten gravierende Fehler machen können, welche Cyberkriminellen Tür und Tor öffnen. Daher wäre es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die Daten aus den EUid-Wallets in unbefugte Hände geraten.

CHINA

Das Menetekel der Geisterstädte

Das Reich der Mitte rutscht immer tiefer in die Krise – Fehler der Vergangenheit stapeln sich zu einem Berg von Problemen

Die Kommunistische Partei Chinas unter ihrem „Überragenden Führer“ Xi Jinping will das Reich der Mitte bis zum Jahr 2049, in dem sich die Gründung der Volksrepublik China zum hundertsten Mal jährt, zur Weltmacht Nummer Eins machen. Allerdings steckt das Land derzeit in einer ernsthaften Wirtschaftskrise.

Verantwortlich hierfür ist nicht nur die komplett verfehlt Corona-Politik. Übertriebene regulatorische Eingriffe des Staates bei den großen Technologiekonzernen, der Chip-Krieg mit dem Westen und die Versuche der EU wie der USA, die Abhängigkeit von China zu reduzieren, tragen ebenfalls dazu bei, die Volksrepub-

blik in einen Abwärtsstrudel zu stoßen. Dazu kommt das Platzen etlicher Kredite an jene Staaten in Europa, Asien, Afrika und Südamerika, welche durch den Geldregen aus Peking in die „Neue Seidenstraße“ eingebunden werden sollten.

Die Folge der Krise ist ein Konsumstreik der Bürger Chinas, die einerseits unter der wachsenden Arbeitslosigkeit und andererseits unter starker Verschuldung leiden. Das trifft auch den Immobiliensektor, der bisher für 29 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sorgte, weil die Chinesen um die 70 Prozent ihrer Ersparnisse in „Betongold“ anlegten. Inzwischen sind neun der zehn am höchsten

verschuldeten Unternehmen der Volksrepublik China Immobilienkonzerne. Spitzenreiter ist Evergrande, dem aktuell fast 300 Milliarden Euro zur Begleichung seiner Verbindlichkeiten fehlen.

Rinder grasen zwischen leeren Villen

Aufgrund der Kaufzurückhaltung stehen bereits 20 Prozent der Wohnungen und Häuser in China leer – das ergibt eine Gesamtzahl von etwa 65 Millionen. Dadurch mutierten manche Vororte von Metropolen wie Shanghai zu Geisterstädten. Am deutlichsten wird die Misere allerdings in einer Siedlung in den Hügeln von Shenyang 650 Kilometer nordöstlich von Pe-

king. Hier stehen 260 halbfertige palastartige Villen mit teilweise schon verlegten Marmorböden und Kassettendecken, die eigentlich als Domizile für besonders wohlhabende Chinesen gedacht waren.

Mittlerweile haben die Bauern der Umgebung begonnen, das Land zwischen den Häusern umzupflügen und Felder anzulegen. Derweil grasen ihre Rinder auf den übrigen Freiflächen, während die Garagen der Villen als Ställe oder Lager für Heuballen dienen. Der Kontrast zwischen den protzig-luxuriösen Anwesen und der jetzigen, höchst profanen Nutzung könnte nicht krasser ausfallen, woraus der Eindruck erwächst,

hier habe jemand eine dystopische Filmkulisse schaffen wollen.

Und wie es scheint, werden die post-apokalyptisch anmutenden Zustände in den Geisterstädten Chinas auch kaum so bald enden. Denn nun schlittert das Reich der Mitte zusätzlich noch in eine schwere demographische Krise hinein, welche aus der Ein-Kind-Politik der Jahre von 1979 bis 2016 resultiert: Bis 2100 könnte die Bevölkerungszahl der Volksrepublik von derzeit 1,4 Milliarden auf 766 Millionen schrumpfen. Dann gibt es vielleicht nicht einmal mehr genug von den Landwirten, die ihre Tiere zwischen den Investitionsruinen weiden lassen. W.K.



ERNTE-DANKFEST

Kunstwerke aus Stroh in Hohenstein

Höhepunkt des Jahres – Landwirte und Besucher feiern gemeinsam das traditionelle Fest

VON DAWID KAZANSKI

Es gibt Orte, die uns in die Vergangenheit zurückversetzen, wie das Freilichtmuseum für volkstümliche Baukunst in Hohenstein. Der „Ethnografische Park“ des Volksarchitekturmuseums ist ein idealer Veranstaltungsort für das Erntedankfest des südlichen Ostpreußens. Es ist das größte Fest des Jahres für die Landwirte, der Höhepunkt ihrer Arbeit, die seit Jahrhunderten in den Traditionen der Bauern und Dorfbewohner des südlichen Ostpreußens verwurzelt ist.

Das Erntedankfest wird gefeiert, wenn die Hauptarbeit auf den Feldern abgeschlossen ist und alle Feldfrüchte geerntet wurden. Es ist der Höhepunkt des Jahres und wird sehnsüchtig erwartet. Das Woiwodschaftserntedankfest, das Mitte September stattfand, begann mit einem farbenfrohen Umzug von einem Dorfhaus in Bordehnen zur Bühne des Amphitheaters in Hohenstein. Dann wurde mit einer Freiluftmesse der offizielle Teil des Festes eröffnet.

Die Feier unter dem Vorsitz von Erzbischof Józef Górczyński, dem Metropolitanerzbischof des Ermlands, sollte die Versammelten zum Nachdenken anregen. Der Geistliche sprach über die mühsame Arbeit der Landwirte, die Opfer, die Probleme und die zahlreichen Anstrengungen, die sie auf sich nehmen müssen, damit es niemandem an Brot fehlt. Er betonte, dass die Arbeit der Menschen auf dem Land, die Lebensmittel für die gesamte Gesellschaft produzieren, hart ist.

Umzug, Ehrungen und Tänze

Das Tanzritual zum Erntedankfest bildet ein weiteres traditionelles Element der Veranstaltung. Außerdem wurden auf der Bühne Auszeichnungen an die besten Landwirte verliehen. Der Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Gustaw Marek Brzezina, betonte die Rolle und den Auftrag der Woiwodschaftsbehörden bei der Entwicklung der Agrarwirt-



Wer hat das schönste Kunstwerk mitgebracht? Traditionelle Erntekronen und -kränze wurden in Hohenstein präsentiert Foto: D.K.

schaft: „Ich möchte Ihnen sagen, meine Damen und Herren, dass wir die Umsetzung des Regionalen Entwicklungsprogramms 2014 bis 2020 abgeschlossen haben. Es ist uns gelungen, alle für die ländliche Entwicklung vorgesehenen Mittel zu verwenden, und wir nehmen sogar nationale Reserven in Anspruch, damit immer mehr Geld für die Infrastruktur und den wirtschaftlichen Wandel in unserer Region bereitgestellt werden kann ...Geld ist nicht alles. Hier spielt das Wetter die Karten aus. Es war ein sehr schwieriges Jahr, denn zuerst kam die Dürre, dann gab es Wetteranomalien, plötzliche Regenfälle und Stürme, und das ist einer normalen Vegetation nicht förderlich. Aber noch schlimmer sind die geopolitischen und wirtschaftlichen Probleme, der Mangel an Betriebsmitteln, Düngemitteln und Treibstoff sowie der Preisrückgang bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Das Erntedankfest ist

ein Ereignis, bei dem die Landwirte nicht nur feiern, sondern auch die Mühen der Broterzeugung zeigen und schöne Bräuche präsentieren, darunter den Brauch, Erntekränze zu binden.“

Während des Erntedankfestes in Hohenstein präsentierten zahlreiche Aussteller eine Vielzahl regionaler Produkte und Souvenirs aus der Region, die viele Besucher anlockten. Das Fest weckt Neugier und Begeisterung, trägt zur Pflege von Traditionen und Kultur bei, und gemeinsame Spiele und Volkstänze helfen, die Teilnehmer in die Veranstaltung zu integrieren.

Wettstreit um die schönsten Kränze

Höhepunkt des Erntedankfestes ist seit jeher die Niederlegung des Erntekranzes. Der Tradition folgend veranstaltet die Selbstverwaltung der Woiwodschaft Ermland-Masuren jedes Jahr während der Feierlichkeiten einen Wettbewerb um den

schönsten traditionellen Erntekranz, der sich an alle Gemeinden der Woiwodschaft richtet. In diesem Jahr gab es einen Rekord, denn es wurden 46 Kränze aufgestellt. Während des Erntedankfestes in Hohenstein gab es den Wettbewerb „Schönster Erntekranz“ sowie den Wettbewerb „Schönster Erntestand des Kreises der Landfrauen“. Beim Wettbewerb „Schönster Kranz“ belegten die Hausfrauen aus Neu Drigelsdorf den ersten Platz, während die aus Peterswalde den Wettbewerb „Schönster Erntestand“ gewannen. In der Kategorie „Innovativer Erntedankkranz“ gewann das Dorf Rogau.

Zum Abschluss des Erntedankfestes luden die Organisatoren zu einem Nachmittagskonzert des in der polnischen Musikszene bekannten Sängers Michał Wiśniewski ein, der das Publikum mit den größten Hits aus seinem umfangreichen Repertoire unterhielt.

MELDUNGEN

Kopernikusturm offen

Frauenburg – Nach über einem Jahrzehnt ist die Renovierung des Kopernikusturms auf dem Domberg in Frauenburg abgeschlossen. Er ist wieder für Besucher zugänglich. Aus Anlass des Kopernikus-Jahres zum 550. Geburtstag des Astronomen ist auf drei Ebenen des Turms die neue Ausstellung „Die private Welt des Nikolaus Kopernikus“ zu besichtigen. „Der Turm ist ein sehr wichtiges Objekt, ... das mit Kopernikus selbst verbunden ist, denn die Kurie hinter den Mauern wurde mehrmals umgebaut und zerstört“, sagte die Kustodin des Frauenburger Nikolaus-Kopernikus-Museums, Jagoda Semków. Der Turm war in den Jahren 1504 bis 1543 Kopernikus' Eigentum, als er als Mitglied der ermländischen Kurie in Frauenburg lebte und wohnte. Er gehört mit seiner Entstehungszeit im 14. Jahrhundert zu den ältesten Elementen der Befestigung des Dombergs. U.H.

Konferenz zu KZ-Lager

Soldau – Das Konzentrationslager Soldau rückte bei einer Historiker-Konferenz im Nord-Institut „Wojciech Kętrzyński“ in den Blickpunkt. Das Lager hatte während seiner Existenz unterschiedliche Funktionen. Ein zentraler Punkt aus polnischer Sicht ist, dass dort polnische Geistliche ermordet wurden. Das Schicksal von Erzbischof Antoni Nowowiejski und Bischof Leon Wetmański hat Andrzej Rutecki, der Vizevorsitzende der Gesellschaft „Erinnerung und Identität“, in seinem Buch „Helle Strahlen im Folterlager“ betrachtet, das im September in Soldau präsentiert wurde. Es basiert zum großen Teil auf deutschen Originaldokumenten. Unterstützt wurde die Veröffentlichung von der Polnischen Post, die auch eine Postkarte mit dem Bild der beiden Bischöfe herausgebracht hat. U.H.

ALLENSTEIN

Die Deutsche Minderheit im Zeichen den Ukrainekriegs

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat ihren 14. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress erfolgreich durchgeführt

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat vom 7. bis 8. Oktober ihren 14. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress im Tagungshotel Warminski in Allenstein zum Thema „Nach der Zeitenwende: Deutsche, Polen und die deutsche Minderheit“ veranstaltet. Der Einladung waren zirka 60 Teilnehmer gefolgt. Zu den Referenten zählten neben Professor Arkadiusz Zukowski vom Politologischen Institut der Universität Ermland und Masuren in Allenstein Vertreter der Deutschen Minderheit sowie Lokalpolitiker und der Minderheitenbeauftragte des Marschalls der Woiwodschaft Ermland und Masuren.

Der Beginn des Ukrainekriegs markiert eine politische „Zeitenwende“, deren Folgen sich auch in der Arbeit der Deutschen Minderheit im südlichen Ostpreußen sowie im gesellschaftlichen Leben bemerkbar machen. Und so bildete das Thema Ukrainekrieg den roten Faden der Vorträge.

Die Referenten hoben die Verantwortung nicht nur der Nachbarländer der Ukraine hervor, sondern auch der EU insgesamt und insbesondere Deutschlands als führender EU-Partner.

Bei der Unterstützung der Ukraine-Flüchtlinge übernahmen die Deutschen Minderheiten in der Republik Polen, aber auch in anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks eine tragende Rolle.

Gerade junge Menschen der Deutschen Minderheit engagieren sich für die Völkerverständigung. Mit zahlreichen verschiedenartigen Projekten setzen sie sich neben der Flüchtlingshilfe vor allem

für das spielerische Erlernen der deutschen Sprache sowie für den Erhalt und die Weitergabe der deutschen Kultur ein. Seitens der EU gibt es Unterstützung, während der polnische Staat die Hilfen in den vergangenen Jahren stark zurückgefahren hat. Allen Vorträgen war zu entnehmen, dass große Hoffnungen auf dem Ausgang der Wahlen am 15. Oktober liegen.

Das Engagement der Jugend, aber auch derjenigen, die allen Widerständen zum Trotz ihre bisherige erfolgreiche Arbeit fortsetzen, weckt weitere Hoffnung und Zuversicht. Hervorgehoben wurde auch, dass die Verständigung und gute Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Organisationen und Kommunen, die seit der politischen Wende gewachsen sei, unbedingt fortgesetzt werden müsse.

Manuela Rosenthal-Kappi
Ein ausführlicher Tagungsbericht
erscheint in Folge 42



Alenstein am 7. Oktober: LO-Sprecher Stephan Grigat eröffnet die Veranstaltung

Foto: MRK

Wir gratulieren...



ZUM 107. GEBURTSTAG

Wiskandt, Helene, geb. Rade, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 103. GEBURTSTAG

Reinhardt, Anni, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, Stallupöhnen, am 9. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Putzek, Herbert, aus Soltmahnen, Kreis Lötzen, am 9. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Pikies, Gertrud, geb. Niedenthal, aus Neuhoof, Adlig Wolla, Kreis Lötzen am 8. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dieckmann, Margarete, geb. Kebbedies, aus Taabern, Kreis Mohrunen, am 18. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Seutter, Gerda, geb. Kahlau, aus Taplacken, Kreis Wehlau und aus

Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Thiel, Liselotte, geb. Noll, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Mensak, Herbert, aus Salza, Kreis Lötzen, am 3. Oktober
Murner, Edith, geb. Tempel, aus Eckersdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Krüger, Artur, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Schenk, Christel, geb. Hamers, aus Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grubert, Karl, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Milani, Maria-Theresia, geb. Schliebenow, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Weiß, Helmut, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dusella, Robert, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Fahl, Hans, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Galensa, Irma, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Glembotzki, Emil, aus Schwansee, Kreis Lötzen, am 18. Oktober
Hüttmann, Ernst, aus Lötzen, am 3. Oktober
Klages, Ursula, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Labeschautzki, Heinz, aus Ebenrode, am 17. Oktober
Pohlentz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrunen, am 19. Oktober
Sulz, Brigitte, geb. Palluck, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Wasselowski, Klara, geb. Krauss, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brock, Gerda, geb. Olomski, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Donde, Eva, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Gehlhaar, Charlotte, geb. Teschner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Jankuhn, Jürgen, aus Weinsdorf, Kreis Mohrunen, am 16. Oktober
Karweik, Elfriede, geb. Czwalinna, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Kruska, Gertrud, geb. Bahro, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 5. Oktober
Lehmann, Elisabeth, geb. Artischewski, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Pogodda, Lieselotte, geb. Dierks, aus Treuburg, am 14. Oktober
Polkowski, Ruth, geb. Rogowski, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Pretorius, Ortwin, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Schwamborn, Betty, geb. Cytrich, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Schwulera, Elsbeth, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Truglowski, Erich, aus Koschainen, Kreis Mohrunen, am 14. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Döbler, Anita, geb. Syperrek, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Eggert, Otto, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Fritzenkötter, Margot, geb. Böhm, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober
Mintel, Gerhard, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Prix, Irmgard, geb. Bajorat, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Riedel, Gerda, geb. Kirchbrücher, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Wegner, Ilse, geb. Milewski, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 17. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Feyerabend, Günther, aus Lötzen, am 6. Oktober
Klappschweit, Dieter, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Krupps, Leonhard, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Kuhlmann, Waltraud, geb. Kowalzik, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. Sbresny, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Benten, Erna, geb. Birk, aus Karnitten, Kreis Mohrunen, am 19. Oktober

Breuer, Gertrud, geb. Koslowski, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Buchholz, Ingeborg, geb. Glowatz, aus Mulden, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Fenske, Annemarie, geb. Hagel, aus Sentken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Müller, Eva, geb. Bähr, aus Mohrunen, am 18. Oktober
Schippel, Klaus, aus Prostken, Kreis Lyck, am 19. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Böckler, Doris, geb. Schwirrat, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Bolte, Helga, geb. Milewski, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Czypperreck, Otto, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Hammermeister, Dieter, aus Neidenburg, am 17. Oktober
Harms, Rudolf, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 17. Oktober
Hedden, Gertraud, geb. Napiwotski, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Kallweit, Heinz, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Klimmek, Sigrid, aus Neidenburg, am 13. Oktober

Kollak, Hannelore, geb. Echinger, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Kümmerer, Brigitte, geb. Karau, aus Mohrunen, am 14. Oktober
Mahnken, Grete, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. Oktober
Mantel, Hildegard, geb. Pfeiffer, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Meier, Irene, geb. Meißner, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Moyseszik, Elke, geb. Dresen, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Mroß, Hans-Georg, aus Lyck, am 16. Oktober
Neumann, Manfred, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Rogalla, Erika, geb. Mossakowski, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Schöneberg, Siegfried, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 14. Oktober
Skubich, Fritz, geb. Ebenfelde, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Turowski, Prof. Dr. Gerd, aus Ortelsburg, am 17. Oktober
Walscheck, Richard, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Warich, Gertrud, geb. Sembrowski, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Warnat, Wolfgang, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Weber-Schnabel, Hella, geb. Weber, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Döring, Georg, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Fritsch, Monika, geb. Malinka, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Goldbach, Angelika, geb. Sauerbier, aus Treuburg, am 18. Oktober
Harter, Gisela, geb. Wischnewski, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Hölzner, Barbara, geb. Gogarn, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Oktober

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Neubert, Reinhard, aus Mohrunen, am 17. Oktober
Roehr, Annelie, geb. Jakobowitz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Schmidt, Frank, aus Neidenburg, am 17. Oktober
Schröder-Schäfer, Marianne, geb. Wietoska, aus Königsberg, am 10. Oktober
Steinbeck, Dagmar, geb. Schedler, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 18. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fiedrich, Horst, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Rosin, Dietmar, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 18. Oktober



ZUR EISERNEN HOCHZEIT

Lieder, Siegfried, aus Sandau, OT Russen, Kreis Ebenrode und Ehefrau Ursula, geb. Storm, am 27. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AF-03-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Einladung zum nächsten Treffen

Ansbach - Unser nächstes Treffen findet am Samstag, 14. Oktober um 15 Uhr in der Orangerie in Ansbach statt.

Herr Gunnar Adolph berichtet mit einem Power-Point-Vortrag über „Die letzte Fahrt des Kleinen Kreuzers Königsberg“.

Die deutsche Kolonialgeschichte, die Situation in Deutsch-Ostafrika und das Ende des Kreuzers im Rahmen der Kämpfe gegen die Engländer wird beleuchtet.



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Tellerkauf

Bremen – 61 westdeutsche Städte hatten sich während des Ersten Weltkrieges zur „Ostpreußenhilfe“ für kriegszerstörte ostpreußische Städte zusammengeschlossen, so auch die Stadt Bremen für die östlichste Stadt im Deutschen Reich, Schirwindt im Kreis Schloßberg.

Die Königliche Porzellan-Manufaktur (KPM) fertigte Porzellanteller mit den Wappen der kriegszerstörten ostpreußischen Stadt und deren Patenstadt im Deutschen Reich, um den Wiederaufbau durch deren Verkauf zu unterstützen.

Schon seit Langem wollte die Landesgruppe Bremen einen solchen Teller besitzen, um damit die ideale Verbundenheit Bremens mit den hier lebenden Ostpreußen zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorstand hatte vor längerer Zeit erfahren, dass es einen Sammler gibt, der zwei Schirwindt-Teller in seiner Sammlung hatte.

2014 konnte mit ihm zunächst eine Ausleihe der Dublette vereinbart werden, um damit eine kleine Ausstellung zum Wiederaufbau Schirwindts beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel zeigen zu können.

Über einen Erwerb konnte aber erst in diesem Jahr nach dem Tod des Sammlers verhandelt werden. Der geforderte Preis ließ den Vorstand aber zunächst von einem Kauf Abstand nehmen. Warum sollte derart viel Geld ausgegeben werden, wenn ein solcher Teller vielleicht im Staatsarchiv oder im Bremer Landesmuseum vorhanden ist?

Nachfragen bei beiden Stellen ergaben, dass ein solcher Teller nicht im Bestand dieser Häuser ist. Mehr noch. Von beiden Häusern hieß es, dass es begrüßt würde, wenn ein solcher Teller in einem Bremer Archiv vorhanden sei.

Der Vorstand stimmte deshalb dem Kauf zu und die Abwicklung des Erwerbs erfolgte in diesem Sommer in Bremerhaven. Seither verfügen die Bremer Ost- und Westpreußen über diese Kostbarkeit.



Neu erworbener Schirwindt Teller Die Landesgruppe Bremen ist nun im stolzen Besitz eines Tellers der Königlich Preussischen Porzellan-Manufaktur, welcher nach dem Ersten Weltkrieg im Auftrag der Stadt Bremen gefertigt wurde, um durch den Verkauf dieser Teller den Wiederaufbau der Stadt Schirwindt (Kreis Schloßberg) nach dem Krieg zu finanzieren.



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Tag der Heimat

Wetzlar – „Flucht, Vertreibung und Verlust der Heimat sind in Europa leider wieder Realität. Knapp acht Jahrzehnte nach Kriegsende wiederholt sich Geschichte mit allen schrecklichen Folgen – und es wird deutlich, dass Frieden, Freiheit und Demokratie in keiner Weise eine Selbstverständlichkeit sind“, erklärte und mahnte Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte der hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, als Ehrengast des von Kreisverband und Ortsverband Wetzlar des Bundes der Vertriebenen e. V. gemeinsam in der Stadthalle veranstalteten Tages der Heimat 2023. Und dessen Motto „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ beschreibe als Folge des von Russland völkerrechtswidrig vom Zaun gebrochenen Krieges gegen das Nachbarland Ukraine leider eine aktuelle Situation, die man sich in Europa als täglich schlimme Realität eigentlich nicht mehr vorstellen können.

Michael Hundertmark, stellvertretender Vorsitzender sowohl des BdV-Kreis- wie des BdV-Ortsverbandes Wetzlar, begrüßte namens des Kreisvorsitzenden Manfred Hüber (Leun) neben der Landesbeauftragten und zahlreichen Ehrengästen insgesamt 150 Teilnehmer einer dreistündigen Veranstaltung, die von der heimischen Blaskapelle „Egerländer Maderln & Freunde“ (Leitung Heike Schlicht), dem Männerchor des Gesangsvereins „Harmonie“ Dutenhofen (Leitung Jörg Rainer Becker), der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen (Leitung Regina Homm) und der Gesangsgruppe „Stimme der Hoffnung“ der Deutschen aus Russland (Leitung Lilli Mohrland) musikalisch und tänzerisch mitgestaltet wurde. Für die Organisation des Tages der Heimat zeichnete wie seit vielen Jahren Kuno Kutz (Hüttenberg), BdV-Ortsverbandsvorsitzender Wetzlar und Vorsitzender der

Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, verantwortlich.

„Tage der Heimat“ sind laut Ziegler-Raschdorf mit ihrer mittlerweile 70-jährigen Tradition leider nicht mehr überall in Deutschland selbstverständlich. Daher danke sie den aktiven Orts- und Kreisverbänden der Vertriebenen in Hessen, die diese Tradition weiterführen. Gerade auch in Kreis und Stadt Wetzlar, die mit ihrer schon vor vielen Jahrzehnten übernommenen „Patenschaft für das ostdeutsche Lied“ deutschlandweit eine große Besonderheit darstelle.

Tage der Heimat – „Heimat gilt es zu beschützen“ – seien keinesfalls „verstaubte Relikte von gestern“, sondern angesichts der aktuellen Entwicklungen notwendig, um an das bittere Schicksal der von Flucht und Vertreibung Betroffenen damals wie heute zu erinnern. „Geschichte verjährt nicht, die Traumatisierung der Betroffenen auch nicht“, so die Landesbeauftragte. Es sei kaum noch vor-

stellbar, was die betroffenen Menschen, die Haus, Hof, Angehörige und Eigentum verloren hatten, damals gefühlt und erlitten haben. Daher erklärte sie die Vermittlung des Wissens über diese Ereignisse gerade an die junge Generation zur wichtigen Aufgabe von Politik und Gesellschaft. „Flucht und Vertreibung sind ein besonderer Teil der deutschen Geschichte, deshalb muss die Thematik auch Teil des Geschichtsunterrichts sein.“

Es gelte, an das Schicksal der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu erinnern und deren Kulturgut zu erhalten. Hessen, das als erstes Bundesland und noch vor dem Bund einen vor nun zehn Jahren Gedenktag zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung jeweils am dritten Sonntag im September festgelegt habe, nehme diesen Auftrag sehr ernst: „Die gesamte Thematik erfährt bei uns eine besondere Wertschätzung.“ Und deshalb stelle Hessen – wie kein anderes Bundesland – dafür umfangreiche politische und finanzielle Mittel zur Verfügung, für die kulturelle sowie die vertriebenenpolitische Arbeit der Verbände auf allen Ebenen.

Zumal die Vertriebenen einen großen Anteil am Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg hatten. Dazu gehörte leider auch die Erfahrung vieler Heimatvertriebenen, dass sie bei dem Neuanfang, dem sie sich fernab ihrer verlorenen Heimat stellen mussten und auch wollten, keineswegs immer mit offenen Armen begrüßt wurden. Zumal auch viele Menschen im westlichen Nachkriegsdeutschland vor dem Nichts standen. Im Rückblick darf festgehalten werden, dass zusammengewachsen ist, was zusammengehört.

Denn rund ein Viertel aller hessischen Bürger sind selbst oder als Familienangehörige der nächsten Generationen indirekt von Flucht und Vertreibung betroffen (gewesen). So habe sich alleine die Einwohnerschaft der Stadt Wetzlar durch den Zuzug der Flüchtlinge in den ersten Jahren nach dem Krieg auf 30.000 verdoppelt.

In Übereinstimmung mit Michael Hundertmark wies Ziegler-Raschdorf auf die schon 1950 verabschiedete „Charta der Heimatvertriebenen“ als unumstrittenes Dokument der Zeitgeschichte, Manifest und Bekenntnis zur Menschlichkeit mit unveränderter Gültigkeit als Richtschnur aller Vertriebenenverbände bis in die Gegenwart hinein. In Sinne der Charta setzen sich die Heimatvertriebenen für ein friedliches Europa und für unveräußerliche Menschenrechte ein und sprechen sich gegen jede Art und Form von Vergeltung und Gewalt aus.

Ihr Referat beim Tag der Heimat in Wetzlar war zugleich eine Art Abschiedsrede der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, denn ihre Amtszeit endet nach 15 Jahren mit dem Ablauf der Legislaturperiode des hessischen Landtages. Ziegler-Raschdorf hofft – und geht eigentlich davon aus –, dass es auch unter der künftigen Landesregierung eine oder einen Landesbeauftragte(n) geben wird, der oder die ihr im Amt nachfolgt.

Auch in den Grußworten des Landtagsabgeordneten Matthias Bürger und des Kreisbeigeordneten Stefan Aurand (für Stadt und Kreis) wurden das Unverständnis über die aktuelle Krisensituation in Europa und zugleich die nach wie vor wichtige Arbeit der Vertriebenenverbände als „bedeutende gesellschaftliche Säule im Hessenland“ hervorgehoben. Das Motto „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ treffe leider die aktuelle Wirklichkeit, so Bürger. „Kriege werden dann geführt, wenn jemand glaubt, daraus Vorteile erzielen zu können.“ Und wenn sich ein Krieg in diesem Sinne „loht“, dann werden andere Autokraten desgleichen tun.

„Wir wollen und müssen für den Frieden arbeiten, wenn es in irgendeiner Weise geht“, pflichtete Stefan Aurand bei. Er nannte die Zahl von 4000 Ukrainern, die derzeit im Lahn-Dill-Kreis eine vorübergehende Bleibe gefunden haben, 1700 davon seien privat unter-

gebracht. Und schließlich wies die vor anderthalb Jahren aus Russland nach Deutschland gekommene Olga Martens als Vertreterin der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auf die „Bitterkeit und Verzweiflung“ von vielen hunderttausend Deutschen hin, die heute noch in Russland leben (müssen). Zugleich dankte Martens für die Aufnahme der Russlanddeutschen und auch ihr persönliches Willkommen in Deutschland. „Der BdV vermittelt Heimatrechte ein und sprechen sich gegen jede Art und Form von Vergeltung und Gewalt aus.“

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Zogen einst fünf wilde Schwäne

Anklam – „Ein Ostpreuße – ein Original. Zwei Ostpreußen – ein Rudel Patrioten. Drei Ostpreußen – mindestens ein Fest!“ Mit diesem Zitat von Robert Budzinski eröffnete der Landesvorsitzende Manfred Schukat sichtlich erfreut das nunmehr 26. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Und es wurde ein Fest – aber was für eins: 700 Landsleute und Freunde der Heimat füllten am 16. September 2023 das mit strahlenden Sonnenblumen und bunten Fahnen aller ostpreußischen Heimatkreise, vieler Städte und Dörfer, festlich geschmückte Volkshaus in Anklam. Die Maximal-Bestuhlung reichte knapp aus, kein Platz blieb leer. Und das, obwohl das Landestreffen nun von Rostock, Schwerin und Neubrandenburg in das kleine Anklam ver-

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen



Politisches Seminar

Deutsch-Polnische Beziehungen nach zwei Legislaturperioden PiS-Regierung. Von Reparationsforderungen bis zur Minderheitenpolitik

4. bis 5. November 2023 in Münster

Nach einem hoffnungsvollen Aufbruch in den 1990er Jahren sind die deutsch-polnischen Beziehungen seit einiger Zeit an einem schwierigen Punkt. Der Umgang der Warschauer Regierung mit der deutschen Minderheit, die Problematik des Deutschunterrichts in der Republik Polen, die Gefährdung des Rechtsstaates oder auch die polnischen Reparationsforderungen belasten das zwischenstaatliche Verhältnis wie auch die Situation der Deutschen vom Frischen Haff bis zum Riesengebirge. Hochkarätige Referenten aus Diplomatie, Wissenschaft und Minderheit beleuchten in diesem Seminar engagiert, aber auch mit der gebotenen Sachlichkeit, die unterschiedlichen Facetten der derzeitigen Situation. Der Versand des endgültigen Programms erfolgt nach der Anmeldung.

Anmeldung/Auskunft: kontakt@junge-ostpreussen.de

Bund Junges Ostpreußen / Regionalverband West

Förderhinweis: Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.



Heimatkreisgemeinschaften



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldap – Fotokalender 2024

12 Kalenderblätter mit Motiven aus Stadt und Kreis Goldap, überwiegend von farbigen, historischen Postkarten mit den dazu passenden Kalendersprüchen.

A4 Format, Ringbindung, ab sofort lieferbar, Kosten: 10,95 Euro zuzüglich Versand.

Bestelladresse: verkauf@goldap.de, Tel. 04142-3552 oder 04141-7977537 (nur Mittwochnachmittag), Postadresse: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Str. 44a, 21680 Stade



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Bericht unseres Kreistreffens 2023 vom 23. bis zum 24. September in Verden/Aller

Unser diesjähriges Kreistreffen fand wie schon so oft in den letzten Jahren bei angenehmen spätsommerlichen Temperaturen statt. Wir konnten eine stattliche Anzahl von 60 Landsleuten und deren Nachkommen begrüßen. Erstmals in diesem Jahr legten wir die sonst



Kranzniederlegung: Die traditionelle Kranzniederlegung der Heimatkreisgemeinschaft Preußisch Eylau fand im Bürgerpark an der Erinnerungsstätte in Verden statt

üblichen zwei Feiern, den Empfang im Rathaus, bzw. jährlich wechselnd im Kreishaus und die Feier zur Ehrung unserer Verstorbenen, der Kriegsopfer und auf der Flucht umgekommenen Landsleute, zu nur einer Veranstaltung zusammen. Die traditionelle Kranzniederlegung fand im Bürgerpark an der Erinnerungsstätte statt. Sogar zu diesem frühen Termin waren schon viele unserer Landsleute und zahlreiche Gäste der Stadt und des Landkreises erschienen. Pfarrer Hermann aus Verden hielt eine kurze Ansprache und betete im Gedenken an die zahlreichen Verstorbenen das Vaterunser. Begleitet wurde die Zeremonie von einem Trompetensolo. Die Sonne schien durch die schon herbstlich gefärbten Blätter der alten Bäume. Es war ein sehr stimmungsvoller, bewegender aber auch tröstlicher Augenblick.

Leider mussten wir in diesem Jahr unser Treffen wieder ohne den Partner aus dem nördlichen Teil unseres Kreises begeben, und eine Woche vor unserem Kreistreffen mussten auch die Freunde aus Landsberg und den Gemeinden ebenfalls ihr Kommen absagen. Ein unvorhergesehener Schadensfall an einem gerade eröffneten Gebäude war eingetreten und die amtlichen Vertreter konnten sich deshalb nicht auf eine mehrtägige Reise nach Verden begeben.

Die anschließende Feierstunde nutzte die Kreisvertreterin zum Bedanken an die zahlreichen Landsleute, welche die weite Anfahrt nach Verden auf sich genommen hatten und appellierte an alle ehemaligen Bewohner der gemeinsamen Heimat, ihre Erinnerungen und Erlebnisse aufzuschreiben, damit sie nicht in Vergessenheit geraten und an die nächste und übernächste Generation weitergegeben werden können. Wir wollen nicht die Letzten sein, die von diesem Land etwas wissen. Arno Surminski, der ostpreußische Schriftsteller, wurde zitiert: „Bevor die letzten Zeugen verstummen, sollten sie aufschreiben, was sie zu sagen haben“.

Aber auch der wirklich gelebten Partnerschaft mit der Stadt und dem Landkreis Verden wurde gedacht, die sich zu einer Freundschaft auf Augenhöhe entwickelt hat. Deshalb ist geplant, für die Bürger der Stadt und dem Landkreis, aber auch für interessierte Landleute und deren Nachkommen und Freunde, im nächsten Jahr, also 2024, eine zehntägige Reise unter der Leitung der Kreisgemeinschaft nach Ostpreußen durchzuführen.

Auch Pfarrer Holger Hermann gedachte mit netten Worten der Freunde aus Landsberg und Pr. Eylau. Sie fehlten in dieser Stunde, hatte doch der Posaunenchor aus

Dörverden, der die Feier musikalisch begleitete, die Nationalhymne ihrer Länder bereits fleißig geübt.

Die Mitgliederversammlung, die im Anschluss an den Umtrunk mit dem traditionellen Pillkaller stattfand, nahm nicht zu viel Zeit in Anspruch, weil einstimmig der seit 2014 bestehende Vorstand für die nächsten vier Jahre wieder gewählt wurde. So blieb genügend Zeit für die zahlreichen Besucher, sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und Neues aus der Heimat zu erfahren. Es gab zahlreiche Bildertafeln und ausgelegte Informationen zu einzelnen Ortschaften und Fragen zu Familienforschungen. Einige Mitglieder unserer Kreisgemeinschaft beschäftigten sich sehr intensiv mit diesem Thema und teilen Ihre Erfahrungen gerne mit interessierten Besuchern.

Der Sonntag wurde intensiv vor allem zum Besuch im Heimatmuseum genutzt durch eine große Anzahl interessierte Besucher, die zum Teil auch bereits für detaillierte Anfragen und nach vorheriger Anmeldung Einblick in unser Archiv nehmen konnten.

So blicken wir gerne auf dieses gut besuchte Treffen zurück und freuen uns heute schon auf die nächste geplante Veranstaltung am 21. und 22. September 2024 in Verden.

Evelyn v. Borries



Verein der Deutschen in Memel/Klaipėda

KURŠIS - 30 Jahre dem Symbol des Kurischen Haffs

Vor 30 Jahren begann seine Fahrten im Kurischen Haff der wohl bekannteste heutige Kurenkahn Litauens „Kuršis“. Eduardas Jonušas (1932–2014) brauchte dafür mit Helfern fast drei Jahre. „Kuršis“ wurde nach alten Zeichnungen aus dem Jahr 1875 aus dem Museum Bremerhaven und nach alter Technologie gebaut. Das Boot ist elf Meter lang und 3,3 Meter breit. Sein Kapitän Aurelijus Armonavičius mit Frau Sofija ist in der Bundesrepublik – aus mehreren Dokumentationen – ein bekanntes Gesicht. Aurelijus hatte sich über soziale Medien an die Öffentlichkeit gewandt mit der Bitte zu helfen, da er warme regenfeste Jacken für die

Gäste der „Kuršis“ benötigte. Der Verein der Deutschen in Klaipėda freut sich, dass er helfen konnte. Das passte gut mit dem 30. Jubiläum des Kurenkahns zusammen. Am 24. August übergaben die Vereinsmitglieder, vertreten von allen drei Generationen, der Familie Sofija uns Aurelijus Armonavičius 14 warme Jacken. Der dankbare Kapitän lud die Vertreter des Vereins dafür für eine Hafffahrt mit „Kuršis“ ein und probierte dabei die Jacke aus. Wir freuen uns, dass die Jacken oft in Einsatz kommen und damit noch mehr Menschen die Fahrt mit den historischen Kurenkahn genießen können. Wir wünschen dem Kahn „Kuršis“, seinem Kapitän und den Gästen noch viele weitere tolle warme Fahrten.

Rasa Müller

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 43/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 43/2023 (Erstverkaufstag 27. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 17. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rins@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Reisebericht: Studienreise nach Ostpreußen

Seit 1990 organisierte der ehemalige Bürgermeister von Disen, Louis Ferdinand Schwarz, ein gebürtiger Ostpreuße, Reisen in den heute russischen Teil, das Gebiet um die alte Hauptstadt Königsberg. Da dies aus bekannten Gründen derzeit nicht mehr möglich ist, wurde alternativ eine Reise in den südlichen Teil Ostpreußens, ins Ermland und nach Masuren, durchgeführt.

Zirka 30 Teilnehmer nahmen das Angebot in Anspruch, um sich auf dieser Studienreise einen Einblick über die ehemaligen deutschen Ostgebiete zu verschaffen. Der zentrale Übernachtungsort war der 4000 Einwohner zählende Touristikort Nikolaiken.

Von dort aus wurden die bekanntesten Sehenswürdigkeiten des Ermlandes und von Masuren, dem Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen, wie es im Ostpreußenlied besungen wird, erkundet. Namentlich beispielhaft zu nennen sind hierbei die Marienburg, der ehemalige Hauptsitz des Deutschen Ritter-



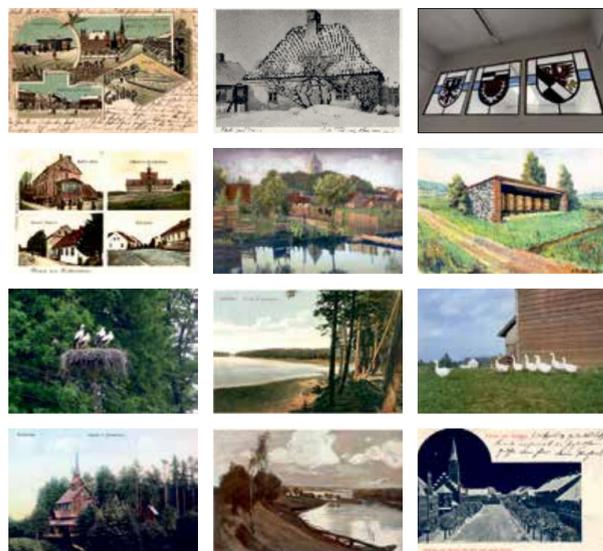
Diesmal ging es leider nicht nach Königsberg: Die Teilnehmer der Studienreise ins südliche Ostpreußen

ordens, die Fahrt auf dem Oberländer Kanal mit seiner weltweit einzigartigen Schleusentechnik, der Fraunburger Dom mit der Grabstätte von Nikolaus Kopernikus, ein Treffen mit der Deutschen Minderheit, der Wallfahrtsort Heilige Linde, die Schiffsfahrten auf dem Löwentin – und Spirdingsee, dem größten Binnensee Polens, die Besichtigung der Wolfsschanze, dem ehemaligen Führerhauptquartier, vor allem bekannt durch das At-

tentat auf Adolf Hitler durch Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die Fahrt durch die Johannisburger Heide, dem größten Waldgebiet Ostpreußens sowie eine Stakenbootsfahrt auf dem schönsten Fluss Ostpreußens, der Kruttina.

Alles in allem eine eindrucksvolle Reise mit bleibenden Eindrücken die man zur Nachahmung empfehlen kann.

Antonius Recker

GOLDAP
Kalender 2024

Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. © 2023

Goldap Kalender 2024 12 Kalenderblätter mit Motiven aus Stadt und Kreis Goldap, überwiegend von farbigen, historischen Postkarten mit den dazu passenden Kalendersprüchen.

Forum
Baltikum

Donnerstag, 26. Oktober, 15 Uhr, 10,- Euro, der Filmclub zeigt den Farbfilm „Der König und ich“ (1956). Die Vorlage für diesen Film war das gleichnamige Musical. Anmeldung unter Telefon (04121) 89870 oder unter E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

U-BOOT B-413

Star des Königsberger Museums der Weltmeere

Weiterentwicklung eines deutschen Unterwasser-Boots – Das Museums-U-Boot lockt besonders viele Besucher an

VON WOLFGANG KAUFMANN

Zu den beeindruckendsten Exponaten des Königsberger Museums der Weltmeere im alten Königsberger Hafen zählt das U-Boot B-413. Es handelt sich um eine diesel-elektrisch angetriebene Einheit der sogenannten Foxtrott-Klasse, die auf der Zulu- und Romeo-Klasse basiert, die beide Weiterentwicklungen des revolutionären deutschen U-Boot-Typs XXI aus dem Jahr 1944 waren. Die Umwandlung des Kriegsschiffes B-413 mit zehn Torpedorohren und 80 Mann Besatzung zu einem Ausstellungsstück erfolgte auf Befehl des Oberkommandeurs der russischen Marine, Flottenadmiral Wladimir Kurojedow. Die offizielle Übergabe an das Museum erfolgte am 1. Juli 2000. Zu diesem Zeitpunkt lag die Indienststellung von B-413 bereits 32 Jahre zurück.

Am 8. Januar 1969 war das neu gebaute U-Boot der 96. U-Boot-Brigade der sowjetischen Rotbanner-Nordflotte mit Sitz in Poljarny zugeteilt worden. Seine erste Mission unter dem Kommandanten Kapitän 2. Ranges A. N. Trusow dauerte vom 14. Juni bis 23. September 1969. Während dieser 101 Tage lief B-413 unter anderem in die Häfen von Havanna auf Kuba und Conakry in der westafrikanischen Republik Guinea ein. Außerdem operierte es im Golf von Mexiko, also quasi vor der Haustür der Vereinigten Staaten, was heftige Reaktionen in der US-Presse auslöste.

Heftige Reaktionen aus den USA

Vom 8. April bis 2. Mai 1970 nahm das Boot am bis dahin größten Manöver der Marinegeschichte „Okean-70“ unter Beteiligung aller vier Flotten der UdSSR-Seestreitkräfte teil. Dabei wurde es auch zu der Such- und Rettungsaktion im Zusammenhang mit der Havarie des Atom-



Im Königsberger Hafen: Das U-Boot B-413

Foto: pa

U-Bootes K-8 abkommandiert. Die K-8 sank allerdings am 12. April 1970 in der Biscaya, wobei 52 sowjetische Seeleute ums Leben kamen. B-413 blieb bis zum 6. Oktober in See, womit seine zweite große Fahrt 181 Tage dauerte.

Noch länger, nämlich 197 Tage, währte die dritte Patrouille vom Dezember 1971 bis Juni 1972, die das Boot nun im Mittelmeer absolvierte. Dieser Rekord sollte jedoch nicht lange Bestand haben, denn im Laufe der nächsten Mission vom 12. September 1973 bis zum 8. Oktober 1974 blieb B-413 sagenhafte 392 Tage auf See. Diesmal fungierte der Kapitän 2. Ranges B. N. Pogorelow als Kommandant. Während der Fahrt, die ins Mittelmeer führte, war das Boot Teil der 69. U-Boot-Brigade, zu der auch eine schwimmende Basis und die Schwesterboote B-31, B-105, B-116, B-130, B-409 und B-440 gehörten. Das lange Verweilen im Operationsgebiet resultierte unter anderem aus dem Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges zwischen einer Gruppe arabischer Staaten und Israel, denn die Führung in Moskau erwog zunächst ein Eingreifen auf Seiten Syriens und Ägyptens.

Zwischen 1975 und 1977 gehörte B-413 erneut zur Nordflotte der sowjetischen

Marine, bevor es in der Marinewerft Kronstadt generalüberholt wurde. Anschließend nahm das Boot im September 1980 Versuche mit scharfen Torpedos vor, welche die hohe Kampfkraft der Foxtrott-Klasse belegten. So erzielte B-413 Treffer in die Antriebsanlage des Kreuzers „Murmansk“.

Es folgten 1981 Übungen in der Barentssee und der Ostsee. Dabei kam es am 6. September zu einer Havarie: Aufgrund fehlerhafter Standortberechnungen rammte B-413 in 80 Metern Tiefe ein Wrack auf dem Meeresgrund vor der Küste der Fischer-Halbinsel unweit von Murmansk.

Dadurch wurde die hydroakustische Station am Bug beschädigt.

Havarie in der Barentssee

Von Juli 1982 bis September 1986 operierte B-413 meist im Mittelmeer und lief in diesem Zusammenhang wiederholt libanesischen, tunesischen und syrischen Häfen an, um dort Reparaturen durchzuführen. Während seiner letzten Mittelmeer-Mission zwischen Januar und Dezember 1987 machte das Boot in dem jugoslawischen Adria-Hafen Tivat Station.

1988/89 unternahm B-413 eine 181 Tage lange Reise in den Zentralatlantik, wonach es dann im Juni 1990 durch den Weißmeer-Ostsee-Kanal in die Werft von Libau [Liepāja] im Südwesten Lettlands überführt wurde. Dort erfolgten umfangreiche Reparaturen, die sehr lange dauerten, weil die nun russische Marine immer wieder Probleme hatte, die entsprechenden Rechnungen zu bezahlen.

1994 zog sich die Flotte der Russischen Föderation aus Libau zurück. Kurz zuvor ließ sie B-413 nach Kronstadt schleppen, wo die Instandsetzungsarbeiten weitergingen. Während dieser wurde das schon recht betagte Boot am 23. Dezember 1993 der 25. U-Boot-Brigade der 4. Schiffsausbildungsdivision zugeteilt. Vier Jahre später wandte sich die russische Kulturministerin Natalja Dementjewa an Premierminister Wiktor Tschernomyrdin und schlug die Verbringung von B-413 in das Museum der Weltmeere in Königsberg vor – eine Anregung, die von der russischen Marine im September 1999 aufgegriffen wurde.

Nachdem B-413 Museumsschiff geworden war, erlangte es 2016 den Status eines „Objektes des kulturellen Erbes Russlands von föderaler Bedeutung“. Außerdem belegt das Boot in der Rangliste der beliebtesten Ausstellungsstücke in den russischen Museen regelmäßig vordere Plätze.

PENNSYLVANISCH

Renaissance einer deutschen Sprache in den USA

Die mennonitische Religionsgemeinschaft ist die am stärksten wachsende in den Vereinigten Staaten von Amerika

Der Pälzylvanier Michael Werner erklärt in seinem „Reise(ver)führer Hiwwe wie Driwwe“, wie pfälzisch die USA sind und weshalb es dieses Erbe zu schützen lohnt. Menschen, die sich kleiden wie im 18. Jahrhundert, die mit der Pferdekutsche zum Einkaufen fahren und die in ihren Haushalten weitgehend auf Elektrizität und andere Segnungen der Moderne zu verzichten versuchen, würde man in Europa als Auslaufmodell einstufen.

Im Falle der mennonitischen Religionsgemeinschaft der Amish in den USA ist diese Einschätzung weit von der Wahrheit entfernt: Den Nachfahren überwiegend Pfälzer Wiedertäufer, die im 18. Jahrhundert nach Nordamerika ausgewandert, gehört die Zukunft. Laut einer Studie der Ohio State University sind die Amish eine der am schnellsten wachsenden Religionsgemeinschaften der USA.

Von Germantown bei Philadelphia in Pennsylvania aus sind sie in fast alle Staaten des Mittleren Westens weitergewandert und auch in Kanada sehr stark geworden. Der Bauernmarkt von St. Jacob bei Waterloo in Ontario Kanada wurde von Amish gegründet und ist heute der größte des Staates.

Die Sprache der Amishleute ist heute noch das Pennsylvanisch, das sie aus der Pfalz ab 1685 mitgenommen haben in die Neue Welt. Noch ein Prozent der Bevölke-

rung von Pennsylvania spricht diese Sprache, die in den letzten Jahren eine Renaissance erlebt. „Hiwwe wie Driwwe“ heißt heute eine Zeitung, eine Webseite, eine Facebook-Seite, einen Twitter- und einen YouTube-Kanal sowie noch vieles mehr, was mit dem Themenkomplex Pennsylvania. Auswanderung der Pfälzer im 18. Jahrhundert zu tun hat. Lutheraner, Reformierte, Old Order Amish und Old Order Mennoniten haben diese Sprache einst in

die USA mitgenommen, aber als Muttersprache sprechen sie heute nur noch die Amishleute.

2018 wurde im Landtag von Rheinland-Pfalz die 90-minütige Kinoproduktion mit dem Titel „Hiwwe wie Driwwe – Pfälzisch in Amerika“ mit Douglas Madenford vorgestellt. Der Film verdrängte aufgrund des großen Zuspruchs auch amerikanische Blockbuster aus den Programmen und stieg schon in der Premie-

renwoche direkt auf Rang 37 der deutschen Kinocharts auf.

Im September 2020 präsentierte Michael Werner „Hiwwe wie Driwwe“ beim „Heemet Fescht“ in Kutztown, im Zentrum des pennsylvaniadeutschen Sprachgebiets. Kutztown beheimatet auf einem ehemaligen Bauernhof das „Pennsylvania German Cultural Heritage Center“. Das zur Universität Kutztown gehörende Center gibt Studenten die Möglichkeit, sich wissenschaftlich mit Sprache und Kultur der Pennsylvaniadeutschen zu beschäftigen und auch Pennsylvaniadeutsch zu lernen.

Folgeprodukt des Auswandererfilms

2021 erschien zum Film das gleichnamige Buch von Michael Werner als Reiseführer durch das pfälzische Pennsylvania. Wieso hatte sich bei den deutschen Auswanderern des 17./18. Jahrhunderts in Nordamerika eine neue deutsche Sprache gebildet, die bis heute gesprochen wird, während heutige deutsche Auswanderer in den USA schon oft nach sechs Monaten zum Englischen übergehen? Wieso heißen unter den Amishleuten ihre amerikanischen Nachbarn heute noch „Engländer“? Mit Fragen wie dieser und rund 50 weiteren Geschichten über die Kultur der Nachfahren kurpfälzischer Amerikauswanderer will das Buch von Werner zum Besuch des Pennsylvania Dutch Country westlich von Phila-

delphia verführen. Dass die Beziehung zu den Landsleuten in den USA heute in Rheinland-Pfalz immer präsenter wird, zeigte auch vor Kurzem eine Anfrage der AfD im Wissenschaftsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags, wo der Staatssekretär im Wissenschaftsministerium einen weiteren Ausbau der universitären Kontakte von „hiwwe zu driwwe“ bestätigte. Besonders die Universität Kaiserslautern, an der sich mit dem Pfalz-Institut eine der federführenden Kultureinrichtungen befindet, beschäftigt sich mit der Auswanderung in die USA. Deren kürzlich verstorbener ehemaliger Direktor, Roland Paul, hatte sich um die Kulturkontakte zwischen den beiden Welten hervorragende Verdienste erworben, wie auch der Pälzylvanier Michael Werner in seinem Reise(ver)führer mehrmals bestätigt. Paul hatte auch die Pfälzer Herkunft von Ex-US-Präsident Donald Trump, die dieser zunächst nicht wahrhaben wollte, aus den Archiven ermittelt.

Michael Werner, „Hiwwe wie Driwwe. Der Pennsylvania Reise(ver)führer“, Agiro Verlag, Neustadt a.d. Weinstraße, 2021, Taschenbuch, 240 Seiten, 17,90 Euro



Scheinbar aus der Zeit gefallen: Amishleute benutzen wie ihre Vorfahren Pferdekutschen als Fortbewegungsmittel

Foto: imago/Agfotostock

WIEDERBELEBTE TRADITION

Kulturgut Stettiner Ware

Einst in vielen Haushalten, dann vergessen, jetzt nach alter Handwerkskunst hergestellt

VON TORSTEN SEEGERT

Sie gilt als pommersches Kulturgut: Stettiner Ware, auch Pommersche Ware oder „Stettiner-god“ genannt. Die braune Töpferware mit ihrer zumeist weißen oder grauweißen Zinnglasur der Gebrauchsfächen wurde einst in ganz Pommern hergestellt. Doch mit der beginnenden maschinellen Porzellanfertigung im 19. Jahrhundert und der industriellen Produktion von Emailgeschirr im 20. Jahrhundert wurde auch die Stettiner Ware mit ihren bunten volkstümlichen Motiven immer weiter verdrängt, bis sie schließlich vor etwa 100 Jahren nur noch als Auftragsarbeit hergestellt wurde.

Wiederentdeckt in den 1970er Jahren in Dänemark, war sie zunächst Teil einer musealen Betrachtung. Ausgelöst durch das Interesse des dänischen Bildhauers und Keramikers Anker Nørregaard (1905–1984) an der Erforschung des „Stettiner-god“ des 18. und 19. Jahrhunderts, brachte ihn die Suche nach dessen Herkunft in Kontakt mit dem in der DDR lebenden Volkskundler Wolfgang Rudolph (1923–2014). Nach einem schriftlichen Austausch kam es sogar zu einem Treffen im dänischen Bakkebollestrand.

Im Anschluss reiste Rudolph nach Mittel- und Ostpommern, um die noch aus deutscher Zeit in Stettin und Stolp befindliche magazinierte Irdenware zu untersuchen. Dabei stellte er fest, dass auch die bei Ausgrabungen in Köslin und Stolp gefundenen Scherben mit der „Stettiner Ware“ in Stralsund, Anklam sowie den Altbeständen in Stettin und Stolp sowie in Skandinavien identisch waren.

Einst in ganz Pommern populär

Feldforschungen ergaben zudem, dass im östlichen Vorpommern noch bis in das 20. Jahrhundert hinein „weiß gebrannt“ wurde – und das an allen Orten, die bereits 300 Jahre zuvor durch Ludwig Wilhelm Brüggemann in seinen Beschreibungen Pommerns benannt wurden. Auch konnten sogar Nachfahren der „Weißtöpfer“ aus Pölitz, Pyritz und Greifenhagen ausfindig gemacht werden. Diese bestätigten den Umschlag der Pommernkeramik über den „Töpfermarkt“, der früher



Neue Pommern-Keramik mit traditionellen Mustern: Üblich sind zum Beispiel die Dekore Welle, Perlenkette, Rohrkolben und Pustelblume. Historische Stücke gibt es im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald und im Kulturhistorischen Museum Stralsund

auf der Stettiner Silberwiese stattfand. Von hier ging die Stettiner Ware einst mit den „Pötterschippern“ nach Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Dänemark, Schweden und Finnland.

Beide Forscher publizierten umfassend zu dem Thema. Nørregaard veröffentlichte seine Erkenntnisse in dem Buch „Stettiner-gods - en pommersk kulturarv“ (1981) und Rudolph publizierte seine Studie auf Bitten des dänischen Schiffahrtsmuseum mit dem Titel „Pötter-Schiffer – ein Beitrag zum maritimen Kulturaustausch im südlichen Ostseeraum während des 18. und 19. Jahrhunderts“ (1981/82).

Die Erforscher der Geschichte der Stettiner Ware hatten die Fragen zu Produktion, Datierung, Dekorwandel, Vermarktung und Verbreitung klären können. Durch Ausstellungen, wie „Stettiner Keramik und Stralsunder Fayencen“ in

den Jahren 1990 und 1991 in Kiel, rückte die Keramik auch wieder in das öffentliche Bewusstsein.

Impulse aus Anklam

Eine wesentliche Rolle zur Wiederbelebung der Keramik kam dann der 1994 gegründeten Graphik- und Designschule Anklam zu. Bedingt durch Ausbildungen zum Keramikmaler oder Textildesigner gab es auch hier ein großes Interesse an traditioneller Gestaltung. Zu den Wegbereitern des „Stettiner Guts“ wurde schließlich die Keramikerin Daniela Schulz. Sie erforschte nicht nur deren Formen und die Gestaltungsmuster, sondern gründete auch die Pommersche Keramik Manufaktur.

Wie schwierig die Neuauflage des pommerschen Kulturgutes jedoch war, zeigten die örtlichen und personellen Wechsel. Nach dem Verkauf der Herstel-

lungsfirma wird die Töpferei heute durch Susi Erler fortgeführt. Gemeinsam mit Liane Schwengbeck, die von Anfang an dem „Stettiner Gut“ wieder Leben einhauchte, hält man am pommerschen Handwerk fest – mit einem Unterschied: höherer Qualität. Der verwendete Ton ist feiner, die Glasur beschränkt sich nicht mehr nur auf die Gebrauchsfäche, sondern überzieht die gesamte Keramik, auch wird sie höher gebrannt.

Die Gestaltungsmuster sind traditionell geblieben. Sie reichen von der Pustelblume, über den Rohrkolben und die Perlenkette bis hin zur Welle und ergänzen sich durch die Sonderelemente des springenden Hirsches und des Täubchens. Exklusiv ist übrigens auch der Erwerb. Die Alltagskeramik ist nur vor Ort in der Mellenthiner Werkstatt zu erwerben. Ein Mitbringsel mit Tradition von der Ur-laubsinsel Usedom.

ES WAR EINMAL

Schloss Henningsholm

Die glanzvolle Zeit eines Anwesens in der Buchheide im Südosten von Stettin

Immer wieder tauchen Postkarten auf, die repräsentative Gebäude in Pommern zeigen. Das Schloss Henningsholm ist so ein Objekt. Äußerst prunkvoll zeigt es sich auf alten Abbildungen, aber wenig ist zur Geschichte des Gebäudes zu lesen. Es lag im Südosten von Stettin in der Buchheide in Hohenkrug [Struga] am Flüsschen Plöne. Die Aufnahme ist von zirka 1900.

1260 wurde das Anwesen als Hennekenhof in den Landbüchern des Zisterzienserordens erwähnt. 1299 ist der Begriff Hensenhof bereits aufgeführt. Weitere Dokumente aus dem 16. Jahrhundert sprechen von Heidereitershof, Wohnort des Försters, der sich zunächst im Auftrag des Zisterzienserordens, später des Herzogs von Pommern, um Wald und Wild kümmerte. Der Name Henningsholm erscheint nur in Aufzeichnungen aus dem 18. Jahrhundert und stammt wahrscheinlich von dem Namen des Inspektor Hennings, der sich um die Landreform Pom-

mern verdient gemacht hat. Auf der Grundlage der Volkszählung von 1791 in Pommern hatte das damals bescheidene Anwesen Henningsholm elf Einwohner.

1872 zeigte eine weitere Volkszählung: ein Haus und 34 Einwohner.

Im Laufe der Jahre gab es wechselnde Eigentümer. Unter ihnen waren der Bau-

inspector Rottenberg, ein Herr Schreiber, von dem um 1884 Viktor von Dewitz den Besitz kaufte. Er stammte aus einer alten pommerschen Adelsfamilie. Dieser baute auf seinem neuen Anwesen einen Palast mit einem Glasdach und einem wunderschön angelegten Park.

Am 29. März 1932 wurden durch Brandstiftung, die nie richtig aufgeklärt werden konnte, Teile der Innenräume des Schlosses stark beschädigt. In der Beilage der „Danziger Volksstimme“ Nr. 76 erschien dazu ein Bericht: „Das Rätsel um Schloss Henningsholm“.

Während des Zweiten Weltkriegs blieb das Schloss verschont. Nach dem Krieg wurden jedoch Teile des Inventars aus Schloss und Wirtschaftsbetrieb nach Russland gebracht. Das Schloss selbst wurde abgerissen, und das Material wurde teilweise von den Siedlern verwendet oder für den Wiederaufbau Warschaws abtransportiert. *Brigitte Stramm*



Es gibt nur noch Abbildungen: Das Schloss Henningsholm in seiner ganzen Pracht

MELDUNGEN

Erntemarkt, Ölmühle und Sturmschäden

Gollnow – Ein Auftragsrückgang sorgt bei IKEA Industry in Gollnow für erste Entlassungen. Betroffen sind 130 von etwas über 760 Mitarbeitern, die bisher Möbel für den IKEA-Konzern hergestellt haben. Zudem ist die Einstellung neuer Arbeiter ausgesetzt und die Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen wurde beendet. *TS*

Stralsund – Die Brauer der Störtebeker Braumanufaktur nehmen an einem mit 4,5 Millionen Euro durch das Bundesbildungsministerium geförderten Forschungsprojekt teil. Ziel ist es, bisher ungenutzte Reststoffe für die Lebensmittelindustrie nutzbar zu machen – zum Beispiel zur Herstellung veganer Lebensmittel. *TS*

Kolberg – Sturm und Regen beherrschten Anfang der letzten Woche Hinterpommern. Betroffen waren vor allem die Küstenkreise von Swinemünde, Cammin, Greifenberg und Köslin. Die Feuerwehr beseitigte unter anderem umgestürzte Bäume, die bei Windgeschwindigkeiten von bis zu 90 km/h zu Fall kamen. *TS*

Pasewalk – Der Industriepark Berlin-Stettin, in dem sich bereits die Firmen Birkenstock und Topregal angesiedelt haben, soll besser in die regionale Infrastruktur eingebunden werden. Dazu ist der Aus- und Neubau der Kreisstraße 70 und die Anbindung des Gewerbestandortes an die Bundesstraße 104 vorgesehen. *TS*

Neustettin – Bis zum 9. November wird die Bahnstrecke Neustettin-Belgard-Kolberg auf etwa neun Kilometer erneuert. Die Gleisbauarbeiten umfassen unter anderem den Wechsel von Schwellen, den Austausch von Weichen sowie die Erneuerung eines Bahnübergangs. In dem dafür vorgesehenen Zeitraum verkehrt ein Schienenersatzverkehr. *TS*

Torgelow – Im Angesicht des Krieges in der Ukraine und möglicher Einsätze in Litauen wurde am vergangenen Wochenende die Verlegung eines Bataillons in mehreren Marscheinheiten trainiert. Es waren etwa 600 Soldaten und 80 Fahrzeuge des Jägerbataillons 413 der Ferdinand-von-Schill-Kaserne Torgelow im Einsatz. *TS*

Stettin – Am 6. Oktober wurde bekannt, dass der 1850 errichtete Klinkerbau der Stettiner Ölmühle an der Straße von Grabow nach Frauendorf von der Stadt Stettin an einen Investor verkauft wurde. Vorangegangene Versuche, das Baudenkmal einer sinnvollen Nutzung zuzuführen, waren gescheitert. *TS*

Greifswald – Mit einem Erntedankmarkt, einem verkaufsoffenen Sonntag und Live-Musik klang die Woche in der pommerschen Universitätsstadt aus. Auf dem historischen Markt boten Händler zwischen 10 und 17 Uhr regionale Spezialitäten, Filz- und Holzartikel sowie Blumen, Obst und Gemüse an. *TS*

Stralsund – Schüler der Burmeister-Schule sorgen für frischen Glanz im Zoo Stralsund. In diesem Jahr führte die Schule ihre Auftaktveranstaltung für das „Produktive Lernen“ in dem Tierpark durch. Ziel ist es, Schule und Betriebspraxis im Zoo miteinander zu verbinden. *BS*

„Die innere Sicherheit ist nicht in guten Händen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Solange es geht (die Augen und der Kopf mitmachen, der Inhalt stimmt), kaufe ich Ihre Zeitung“

Ralf Borntreger,
Rutesheim



Ausgabe Nr. 39

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KEIN GROSSER WURF
ZU: GUTE FAHRT ZWISCHEN USEDOM UND WOLLIN (NR. 39)

Der Autor stellt sich die Frage, ob mit dem Bau des reinen Autotunnels in Swinemünde „verkehrstechnisch der ganz große Wurf gelungen ist“.

Ich meine: nein! Das hätte man besser machen können.

Die Europäische Union trägt nun 85 Prozent der Baukosten eines rein innerpolnischen Straßenbaus, also auch der deutsche Steuerzahler ist wesentlich an diesem Autotunnel beteiligt. Jedoch hat man, trotz Einwürfen während der Planungszeit von deutscher Seite, keinen Einfluss auf den Planungsverlauf genommen im Sinne zwischenstaatlicher Absprachen und Verträge.

Zum einen fehlt ein Eisenbahngleis durch den Tunnel, der überbordende Lkw- und Containertransportverkehr wird – erwartungsgemäß – auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze zu erheblichen Straßenverkehrsstörungen mit dem Zwang zu weiteren Straßenausbauten führen. Insbesondere dann, wenn der von polnischer Seite beabsichtigte Bau des Großcontainerschiffhafens in Swinemünde vollendet ist.

Für den reinen innerörtlichen Verkehr einer polnischen Stadt mag die ausgeführte Tunnelausgestaltung ausreichen. Für einen vermehrten Lkw-Verkehr, dazu noch grenzüberschreitend, ist der „Swine-Tunnel“ nicht ausreichend.

Hier hat deutsches Verhandlungsgeschick (Land Mecklenburg-Vorpommern und Bundesverkehrsministerium), aber auch die EU versagt. Warum finanziert die EU einen solchen kleinen, unsicheren Nur-Auto-Tunnel?

Björn-Thorsten Geertz, Hamburg

DOM ST. MARTIN IST IM BILD
ZU: VOLKSFEST DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN (NR. 39)

Über den Artikel über das Volksfest in Mainz habe ich mich sehr gefreut, denn

Mainz ist meine zweite Heimat nach Ostpreußen geworden.

Ich bin zwar kein Katholik, aber die Geschichte von Mainz interessiert mich. Leider ist Ihnen bei der Bildunterschrift ein gravierender Fehler unterlaufen: Das abgebildete Gebäude im Hintergrund zeigt den Dom St. Martin in Mainz, nicht die Peterskirche. Reinhard Kayss, Mainz

ARROGANZ GEGENÜBER GÄSTEN
ZU: AM FALSCHEN ENDE GESPART (NR. 39)

Nicht nur Hotels sparen sich inzwischen den Zeitungsservice, diverse Kurorte gehen inzwischen dazu über, ihre Lesesäle ganz abzuschaffen. Briefe an die Kurverwaltungen Wangerooze und Braunlage mit der Bitte, doch ein paar überregionale Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ oder „Die Welt“ anzubieten, blieben ohne jede Antwort.

In Westerland und Wenningstedt auf Sylt wurden die Lesesäle ganz abgeschafft. Meines Erachtens ist das eine Mischung aus Rücksichtslosigkeit und Arroganz gegenüber den Kurtaxe zahlenden Gästen. Eine Werbung wiederzukommen (das gilt auch für die angesprochenen Hotels) ist das nicht. Man sollte sich als Gast nicht alles gefallen lassen, die Mängel ansprechen und unter Umständen auch konsequent sein, indem man zukünftig woanders bucht.

Hans-Otto Biedenkapp, Grünberg

NICHTS RASCHT MEHR!
ZU: AM FALSCHEN ENDE GESPART (NR. 39)

Genüsslich frühstücken und dabei eine gute Zeitung lesen, mag nicht besonders gesund sein; gleichwohl eröffnet diese Zeremonie den Tag mit wohliger Energie. Das Ersatz-Lesen auf dem Tablet zieht zwar in alle Gesellschaftsschichten ein. Es entbehrt jedoch des haptischen Anteils am Leseschmaus. Nichts raschelt mehr! Dafür muss „gewischt“ werden.

Es gibt Hotels, die sich der Besonderheit vorrätiger Tageszeitungen bewusst sind. Hier meine Weiterempfehlungen für drei deutsche Hotels, in denen ich in diesem Jahr nächtigte: *Kaiserhof* in Eisenach Nähe Hauptbahnhof, *motel-one* in Wiesbaden am Hauptbahnhof, *Straßberger Tor* in Plauen (Vogtland) nahe der schönen Innenstadt und gut mit ÖV zu erreichen.

Univ.-Prof. Günter H. Hertel,
Kesselsdorf bei Dresden

EIN ERSTREBENSWERTES ZIEL
ZU: „DIE INNERE SICHERHEIT IST BEI FAESER NICHT IN GUTEN HÄNDEN“ (NR. 38)

Ich teile Ihre Auffassung, dass die innere Sicherheit bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser nicht in guten Händen ist. Leider trifft dies auch für die Sicherheit an den Landesgrenzen hinsichtlich des Zuzugs illegaler Asylsucher zu. Ich beschreibe, welches Ziel seitens der deutschen Politik und weltweit erstrebt werden sollte, nämlich die Verminderung der Anzahl der zuwandernden Menschen.

Benno Koch, Harsefeld

ALTERNATIVEN FÜR RÜGEN-GAS
ZU: LNG-DEBATTE, DELFINE UND BALLONFAHRER (NR. 28)

Sie müssen sich darüber im Klaren sein, dass die Bundesregierung hartnäckig darauf fixiert ist, den Hafen von Mukran (auf der Insel Rügen) zu einem LNG-Terminal zu machen, was aus technischer, finanzieller oder ökologischer Sicht nicht vertretbar ist. Dabei gibt es Alternativen.

Die erste Alternative befindet sich westlich des Rostocker Hafens. Diese Variante würde die Zerstörung des Tourismussektors auf Rügen verhindern; die Gasversorgung Ostdeutschlands durch das küstennahe Gasleitungsnetz gewährleisten; die Versorgung deutscher Verbraucher mit günstigerem Gas aufgrund geringerer Kapitalkosten im Vergleich zum geplanten LNG-Terminal im Hafen von

Mukran sicherstellen; so gestaltet sein, dass ein Schiff zur Lagerung von LNG vom Ufer aus nicht sichtbar ist.

Die zweite Alternative liegt etwa 22 Kilometer östlich von Binz. Diese Variante ist technisch möglich, wird jedoch gewisse Auswirkungen auf die Umwelt haben. Die dafür erforderliche 42,8 Kilometer lange Offshore-Pipeline nach Lubmin wird mindestens 100 Millionen Euro kosten, sodass deutsche Gasverbraucher rund 80 Cent/Gigajoule mehr zahlen müssten als bei der ersten Alternative. Insgesamt wäre diese Lösung technisch möglich, jedoch wirtschaftlich weniger sinnvoll.

Die negativen Auswirkungen des derzeit geplanten LNG-Terminals im Hafen von Mukran könnten hauptsächlich zweierlei Art sein: erstens schwerwiegende negative Auswirkungen auf den Tourismussektor Rügens und zweitens schädliche Folgen für die Umwelt.

Es ist bekannt, dass das Gebiet des Stralsunder und des Greifswalder Bodens als europäische Vogelschutzgebiete anerkannt ist. Es besteht das Risiko erheblicher negativer Auswirkungen, wenn die Pipeline durch diese Gebiete verlegt wird. International werden solche Praktiken im Hinblick auf die negativen Umweltauswirkungen strikt vermieden.

Was die Auswirkungen auf das Laichen von Heringen betrifft, so könnte die geplante Pipeline zwischen dem Hafen von Mukran und Lubmin zwar außerhalb der Laichzeit verlegt werden, die Gebiete, in denen Heringe laichen, könnten jedoch während des Aushubs und der Installation der Pipeline beschädigt werden, was zu langfristigen schädlichen Auswirkungen auf den Heringsbestand führen könnte. Diese Risiken müssen im Detail untersucht werden, und die Bedeutung dieser Ergebnisse sollte nicht unterschätzt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass das LNG-Terminal Lubmin mit einer kleineren Kapazität für den Einsatz in Notsituationen aufrechterhalten werden kann.

Dhananjay Kumar Das, LNG Alliance,
Houston/Texas

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

NATUR

Es muss nicht gleich ein Löwe sein

Wenn Wildschweine uneingeladen zu Besuch kommen – In Kleinmachnow hat man sich an die tierischen Nachbarn längst gewöhnt

VON SILVIA FRIEDRICH

Die Gegner, mit denen es die Einwohner zu tun haben, sind bis zu 200 Kilogramm schwer, können 150 Zentimeter hochspringen, im Galopp bis zu 40 Kilometer die Stunde rennen und auch über längere Strecken sehr gut schwimmen. Die Rede ist von Wildschweinen, den schlaun Vorfahren unserer Hausschweine.

Die Löwenposse, die sich in Kleinmachnow bei Berlin im Sommer abspielte und bei der man irrtümlich auf Löwenjagd ging, weil man ein Wildschwein mit dem Savannenbewohner verwechselt hatte, brachte den Ort kurz in die Schlagzeilen. Geblieben ist, dass alle Einheimischen weiterhin „Seite an Borste“ mit den Schweinen leben müssen.

Da können schon mal in der Nacht ein paar Schüsse fallen. Ortsansässige wissen dann, dass die Jäger wieder unterwegs sind. Jedoch nicht in unmittelbarer Nähe, denn Schussabgaben innerhalb des Ortes sind aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten und nur mit Ausnahmegenehmigung erlaubt. Allerdings werden Wildschweine von den Jagdpächtern in den dafür geeigneten Flächen und zu den vom Bundesjagdgesetz erlaubten Zeiten reichlich bejagt. Die von der Gemeinde gegebenen Hinweise, welche Dinge man selbst tun kann, um das Schwarzwild fernzuhalten, sind bekannt: jede Fütterung vermeiden, Eigentum durch starke Zäune schützen, keine Essensreste im Garten kompostieren, Fallobst aufsammeln und keine Grünabfälle öffentlich entsorgen.

Auch die Verhaltensmaßregeln beim plötzlichen Zusammentreffen mit den Borstenviechern kennt man: ruhig verhalten, anderen Weg nehmen, Tiere nicht bedrängen, Fluchtmöglichkeit lassen. Wenn die Schweine in Panik geraten, kann es passieren, dass sie ihr Gegenüber umrennen, was keinen Angriff darstellt, sondern eine angstvolle Flucht. Eine große Gefahr sehen die Schweine in freilaufenden Hunden. Treffen sie mit solchen zusammen, kann es zu schweren Verletzungen kommen, wohlgermerkt der Hunde. Die Tier-



Erschnüffelt Essbares in den Siedlungen der Menschen: Wildschwein in Kleinmachnow

Foto: pa

klinik Düppel in Berlin-Zehlendorf kann ein Lied davon singen.

„Klein-Machnow ist ein reizend gelegenes Dorf, das sich an einem vom Teltelfließ gebildeten See hinzieht“, schwärmte bereits Theodor Fontane auf seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ und ist damals sicher höchst selten einem wilden Schwein begegnet, was sich in der heutigen Zeit komplett geändert hat. Mit dem Dorf, das der Dichter durchwanderte, hat der Ort heute nur noch wenig zu tun.

Nachts mit dem Besen unterwegs

Rund 600 Jahre, bis ins 20. Jahrhundert hinein, bestimmte die Ritterfamilie derer von Hakes die Geschichte Kleinmachnows am südwestlichen Rande Berlins. Zu ihren Zeiten war noch viel Platz für jedes Wild in der waldreichen Umgebung. Wäh-

rend der Teilung Deutschlands war die Ansiedlung an drei Seiten von der Mauer umgeben. Viele West-Berliner wussten nicht, dass sich hinter dem „Schutzwall“ dieser Ort verbirgt. Doch dann änderte sich alles. Alteigentümer kamen zurück und forderten ihre ehemals verlassenen und enteigneten Häuser zurück, viele Familien zogen in diese, auch schon immer bei Künstlern beliebte, grüne Oase.

Die Gemeinde wuchs von 11.600 im Jahre 1990 auf mehr als 20.500 Einwohner heute an. Fast jedes bebaubare Stück Land wurde erobert und Flächenraum mehr und mehr versiegelt. Grünflächen verschwanden auf diese Weise und somit auch der Lebensraum der Wildtiere. Füchse, Waschbären, Marder, Biber und natürlich das Schwarzwild sind hier häufig anzutreffen, weil besonders Letzteres noch immer uralten Wildwechsellern folgt

und sich erst einmal nicht daran stört, dass da nun Häuser im Wege stehen. Milde Winter, gute Nahrungsmöglichkeiten und keine natürlichen Feinde sorgen dafür, dass die Bachen mehrfach im Jahr Junge bekommen, oft bis zu sieben Frischlinge pro Wurf. Aber eine Wildschweinplage gebe es nicht, meint Berlins Wildtierexperte Derk Ehlert, denn es werde sehr viel geschossen.

Das Kuriositätenkabinett des Miteinanders von Mensch und Wildschwein am Rande Berlins ist prall gefüllt. Zu gerne stürzen die Schweine zur Abholung bereitgestellte Mülltonnen um und durchwühlen die Inhalte, gerne nachts um 2 Uhr. Hausbesitzer sind dann schon mal müde mit dem Besen unterwegs und fegen alles wieder zusammen. Die Schweine sind sogar in der Lage, abgeschlossene Mülltonnen durch mehrfaches Hinwerfen

aufzubrechen, um an die Inhalte zu kommen. Ihren starken Rüsseln hält nur wenig stand. Verärgerte Nachbarn nutzten auch schon eine Schreckschusspistole, um dem Treiben der Borstentiere ein Ende zu setzen, was erstens nicht erlaubt ist und zweitens den anderen Nachbarn einen gehörigen Schrecken einjagt. Andere wiederum bemühten Topf und Schlagwerkzeug, um die Schweine zu vertreiben.

Tiere lassen sich nicht austricksen

So etwas strapaziert natürlich die gute Nachbarschaft. Die Wut mancher Bürger trieb schon makabre Blüten. 2022 versuchte ein Wilderer eine hochtrachtige Bache per Armbrust zu erschießen, traf sie und überließ das Tier schwerstverletzt seinem Schicksal, bis der Jagdpächter es zum Glück fand und von seinen Qualen erlöste. Diese strafbaren Handlungen erfolgten bereits dreimal im Gebiet, der oder die Täter sind noch nicht ermittelt.

Wer sich keinen geeigneten, wildschweinsicheren Zaun hat machen lassen, wird immer wieder von den Tieren heimgesucht. Die Flächen sind oft so gründlich durchwühlt, dass der Garten komplett zerstört ist und neu angelegt werden muss. Keine Blumenzwiebel, kein Engerling, keine Eichel ist vor ihnen sicher. Da hilft nur Abschotten und Tür und Tor unter Verschluss halten. Alle im Handel angebotenen Dinge wie Wildschwein-Repells, ein unschädliches Vergrämungsmittel, das um das Grundstück ausgestreut wird, akustische Wildschweinschrecks oder Ultraschall-Vertreiber helfen meistens wenig bis gar nicht. Die Tiere sind sehr schlau und erkennen, ob es sich um eine echte Gefahr handelt.

„Bürger, die ins Grüne ziehen, müssen auch eine Bereitschaft entwickeln, mit der Situation Wild umzugehen“, heißt es auf der Internetseite der Gemeinde Kleinmachnow. Richtig! Und es hat ja auch sein Gutes, am Rande einer Millionenstadt in idyllisch grüner Umgebung zu wohnen und die Natur mit allen Vor- und Nachteilen zu genießen, und sei es auch nur vom stabilen, hohen und wildschweinsicheren Zaun aus.

ARCHÄOLOGIE

Mit Wort und Kamm gegen Läuse

Ein Accessoire aus Elfenbein begeistert die Archäologen – auch wegen des eingravierten Spruchs

Am Tell Lachisch, 44 Kilometer südwestlich von Jerusalem, finden seit einigen Jahren wieder Ausgrabungen statt. Lachisch war in der Bronzezeit eine bedeutende Stadt und wichtige Festung, die im biblischen Buch Josua und in altägyptischen Dokumenten aus dieser Zeit erwähnt wird. Die vor Ort tätigen Mitarbeiter des Grabungsteams von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Hebräischen Universität möchten mehr über die Umbruchperiode um die Mitte des zweiten Jahrtausends v. Chr. in der Levante herausfinden. Für Schlagzeilen in der internationalen Presse sorgte unlängst ein Läusekamm aus Elfenbein aus Tell Lachisch.

Bei einer genaueren Untersuchung des Utensils aus der Zeit um 1700 v. Chr. wurden außer winzigen Überresten von Läusen 17 eingravierte Buchstaben einer frühen Alphabetschrift entdeckt. Eingegritzt wurde seinerzeit in den Kamm ein Bannspruch gegen die lästigen Parasiten: „Möge dieser Stoßzahn die Läuse in Haar und Bart ausröten.“

Vermutlich gehörte der Elfenbeinkamm einem eher wohlhabenden Besitzer, was einen Hinweis darauf darstellt, dass auch diese Bevölkerungsschicht nicht von der Läuseplage verschont blieb. Die Inschrift ist nach Angabe der Forscher ein Beleg aus der frühesten Phase der Alphabetschrift und der erste vollständige Satz in kanaanitischen Sprache, der bisher in Israel entdeckt wurde.

Die Alphabetschrift wurde von den Kanaanitern um 1800 v. Chr. unter ägyptischem Einfluss entwickelt. In einer weiteren Entwicklungsphase entstand daraus in der Levante die phönizische Konsonantenschrift. Bislang galt eine um 1450 v. Chr. datierte Keramikscherbe mit alphabetischen Buchstaben aus dem Tell Lachisch als eines der frühesten Beispiele aus Israel für die Verwendung der Alphabetschrift.

Aus derselben Epoche liegen vom Fundort außerdem Belege für die hieratische, kursiv geschriebene ägyptische Hieroglyphenschrift vor. Die Verwendung verschiedener Schriften unterstreicht die

Bedeutung der kanaanitischen Stadt Lachisch in der Bronzezeit.

Der Tell ist eine fast rechteckige Erhebung in der Landschaft, die durch wie-



Der Läusekamm aus Tell Lachisch

derholte Besiedlung entstand. Er war bis zu 40 Meter hoch und umfasste eine Fläche von rund 7,3 Hektar. Lachisch wurde mehrfach zerstört und wiederaufgebaut, bevor die Festung um 1130 v. Chr. niedergebrennt und vorübergehend aufgegeben wurde. Nach dem Wiederaufbau entwickelte sich Lachisch zur größten und bedeutendsten Garnison- und Residenzstadt nach Jerusalem im jüdischen Gebiet mit einem massiven Befestigungssystem und einem großen Palast.

Der Prophet Jeremia erwähnt Lachisch als eine der letzten Städte, die vor Jerusalem im Jahr 701 durch den assyrischen König Sanherib zerstört wurde. Archäologen aus den USA und Israel gelang es, die Belagerungsrampe der Assyrer zu rekonstruieren, mit deren Hilfe sie die Festung stürmten. Unter den Ausgrabungsfunden sind besonders die zahlreichen Schriftdenkmäler aus verschiedenen Epochen hervorzuheben. Der Tell Lachisch dürfte für die Nachwelt also noch viele interessante Entdeckungen bereithalten.

Dagmar Jestrzemska

JUBILÄUM

Thüringen feiert Erfinder

Vor 300 Jahren, am 16. Oktober 1723, wurde Georg Heinrich Macheleid geboren, der als der Erfinder des Thüringer Porzellans gilt und die „Aelteste Volkstedter Porzellanmanufaktur“ gründete. Neben Macheleid (1723–1801) sollen auch Wolfgang Hammann und Johann Gotthelf Greiner unabhängig von dem Wissen aus Meißen das Rezept aufgrund eigener Experimente entschlüsselt haben. Doch am Anfang stand ein Wettlauf um die erste fürstliche Konzession: Am 8. September 1760 reichte Macheleid seine Proben beim Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt ein mit der Bitte um Genehmigung für eine Porzellanfabrik in Sitzendorf. Das fürstliche Privileg mit Produktionsrecht und Versorgungsgarantie mit fürstlichem Holz erging am 4. Oktober 1760 an Macheleid – der offizielle Geburtstag des Thüringer Porzellans. Zum Jubiläum findet bis zum 15. Oktober in einigen Thüringer Orten eine Festwoche statt. www.thueringer-porzellan.de tws

● FÜR SIE GELESEN

Rat für gesunde Ernährung

In dem Buch „Heimische Superfoods“ weist Barbara Rias-Bucher darauf hin, dass wir in Deutschland genug gesunde Nahrungsmittel haben und nicht auf moderne neue „Superfoods“ aus der ganzen Welt angewiesen sind. Der Mensch hat sich von jeher mit Früchten und Gemüse aus der Natur ernährt. Auch Getreide, Öle, Fisch und Fleisch sind wichtige Bausteine für einen gesunden Körper. Heimische Superfoods sind vorwiegend pflanzliche Lebensmittel mit Inhaltsstoffen, die bei Krankheiten vorbeugend und/oder heilend wirken können.

Die Autorin erklärt, was heimische Superfoods sind und warum man Produkte aus der Heimat verwenden sollte. Äpfel, Beeren und Quitten helfen beispielsweise beim Abnehmen, Gemüse und Kräuter beim Entwässern. Der Leser erhält viele Tipps. Das Buch enthält zahlreiche Rezepte mit gesunden Gerichten. Es ist für Menschen mit einem Interesse an gesunder Ernährung sehr zu empfehlen, weil es umfangreiche Zusatzinformationen enthält. Am Ende steht eine informative Liste mit den Top Superfoods für jeden Tag, wie Äpfel, Artischocken, Haferflocken, Kohl, Kräuter, Beeren, Nüsse, Olivenöl und Möhren.

Rias-Buchers Fachgebiet ist die vollwertige und vegetarische Ernährung. Auf ihrem eigenen Hof beschäftigt sie sich mit ökologischem Pflanzenbau, „nachhaltigem“ Wirtschaften und Selbstversorgung. Sie gibt als ehemalige Redakteurin Kochbücher und andere Ratgeber heraus. *Angela Selke*



Barbara Rias-Bucher: „Heimische Superfoods“, Mankau Verlag, Murnau 2023, broschiert, 222 Seiten, 17,95 Euro

Dinge am Meer sammeln

Im Zeitalter der Handy-Apps zur Erkennung von jeder Art von Pflanzen, Steinen, ja, selbst Turnschuhen wirkt Frank Rudolphs Buch „Was finde ich an Meer und Strand“ etwas angestaubt, aber für Urlauber der Nord- und Ostsee ist es trotzdem eine Bereicherung. Besonders mit Kindern kann man den Strand nach Fundstücken absuchen und die nötigen Informationen über Quallen, Krebse, Muscheln und vieles mehr nachschlagen.

Im vorderen Teil werden die Nord- und Ostsee sowie der Spülsaum beschrieben. Danach beginnt ein Verzeichnis der Naturfundstücke mit einer Abbildung, einer ausführlichen Beschreibung, der Angabe der Verbreitung und der Häufigkeit eines möglichen Fundes. Rudolph selbst hat Zoologie und Paläontologie studiert und sammelte bereits als Kind Fossilien an heimischen Kiesgruben und Steilküsten. Heute arbeitet er ehrenamtlich am Naturwissenschaftlichen Museum in Flensburg mit und ist Herausgeber des „Geschiebesammlers“. *A.S.*



Frank Rudolph: „Was finde ich an Meer und Strand“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, Taschenbuch, 180 Seiten, 12 Euro

SACHBUCH DER WOCHE



FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN

Fischer, Fischer, welche Fahne weht?

Eine Hommage an die Küstenfischerei in West- und Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg und dem übrigen Norddeutschland

Günter Spurgat hat schon viele Bücher geschrieben. Alle handeln von der Küste und vom Wasser. In seinem neuen Sachbuch hat er sich der Küstenfischer angenommen und bedauert ihren Rückgang im Zuge der

modernen Fischereindustrie mit ihren großen Netzen und der Hochseefischerei. Viele historische Bilder und Zitate von Fischern bringen dem Leser die Welt der Küstenfischer zwischen 1800 und 1945 etwas näher. *CRS*



Günter Spurgat: „Sie lebten vom Meer“, Books on Demand, Norderstedt 2023, gebunden, 338 Seiten, 19,50 Euro

GESELLSCHAFT

Die Gefahr des Autoritarismus

Ben Shapiro warnt vor einer höchst aggressiv sowie kompromisslos vorgehenden linken Elite und liefert Rezepte für eine konservative Alternative

VON WOLFGANG KAUFMANN

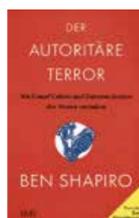
Wer glaubt, dass der um sich greifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Irrsinn nicht mehr steigerungsfähig ist, sollte das Buch „Der autoritäre Terror“ lesen. Darin beschreibt der kalifornische Rechtsanwalt, Moderator und Autor Benjamin Shapiro die Zustände in den USA, die vielfach noch haarsträubender sind als das, was wir aus der Bundesrepublik kennen. Shapiro, der als Chefredakteur der konservativen Nachrichtenseite „The Daily Wire“ Bekanntheit erlangte, geht mit schneidender Präzision und enormer Angriffslust vor, wie man sie bei deutschen Systemkritikern meist vergeblich sucht. Für ihn steht fest, dass der Autoritarismus „eine ernsthafte Gefahr für die Vereinigten Staaten“ darstelle. Dieser Autoritarismus gehe jedoch nicht von der politischen Rechten, sondern von der „sich antifaschistisch gebenden Linken“ aus.

Eine höchst aggressive und völlig kompromisslos auftretende linke Elite aus Social-Media-Unternehmern, Konzernchefs, Universitätsprofessoren, linken Politikern, Angehörigen der Hollywood-Schickler und Vertretern der Establishment-Medien fordere die bedingungslose Unterwerfung unter ihr Wertesystem und habe es bereits geschafft, große Bereiche des Lebens in den USA zu dominieren und teilweise bis zur Unkenntlichkeit zu verformen. Dabei ignoriere sie ganz bewusst die Bedürfnisse der

im Moment noch schweigenden Mehrheit des amerikanischen Volkes.

Shapiro zeigt dies an einer Vielzahl von oftmals bedrückenden, manchmal aber auch zum Lachen reizenden Beispielen, wobei besonders die aus den Bereichen der sogenannten Wissenschaft und der Unterhaltungsindustrie eindrucksvoll belegen, dass die sozialautoritären Linken den amerikanischen Traum inzwischen in einen Albtraum verwandelt haben.

Shapiro belässt es nicht bei seiner Diagnose, sondern macht auch Vorschläge für eine Therapie. Für uns Europäer sind insbesondere die Rezepte, „wie man sich von den Amis entfremdet“, bedeutsam: Schluss mit der Abhängigkeit von den Internetkonzernen, die sich bis auf ganz wenige Ausnahmen in den falschen Händen befinden und der Kontrolle der US-Regierung unterliegen! Und ebenso Schluss mit der falschen Strategie, nach den Regeln der autoritären Linken zu spielen, die aus den USA herüberschwappen. Die Konservativen müssen von der Verteidigung zum Angriff übergehen. Dazu gehört vor allem der Aufbau alternativer Institutionen mit möglichst vielen Beteiligten.



Ben Shapiro: „Der autoritäre Terror. Wie Cancel Culture und Gutmenschentum den Westen verändern“, Langen Müller Verlag, München 2022, gebunden, 324 Seiten, 28 Euro

DEUTSCHES SCHICKSAL

Von Überlebenden des Krieges

„Spiegel“-Redakteure, Wissenschaftler und Forscher widmen sich einem Kapitel der deutschen Geschichte, das kaum noch präsent ist

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

In vielen Familien sind die leidvollen Erfahrungen der im Zweiten Weltkrieg in Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Soldaten noch präsent. Sie ruhen auf den Erzählungen der Väter, Großväter oder Urgroßväter, die während ihrer Gefangenschaft der Willkür des Gegners ausgeliefert waren und viel Elend überstanden hatten.

Die Erinnerungen verblassen und werden mit der Zeit schemenhaft, doch sie prägen die Familien bis heute. Der Sammelband „Kriegsgefangene. Die vergessenen Soldaten des Zweiten Weltkriegs“ des „Spiegel“-Buchverlags widmet sich mit einem übergreifenden Ansatz in 21 packend geschriebenen Aufsätzen dem derzeit kaum mehr präsenten Thema. Grundlage der Kapitel sind jeweils Zeitzeugenberichte, Feldpostbriefe, Berichte von Angehörigen oder Protokolle des US-Nachrichtendienstes von abgehörten Gesprächen deutscher Gefangener.

Die Autoren sind „Spiegel“-Redakteure und Historiker. Im Mittelpunkt steht vor dem Hintergrund von Einzelschicksalen die deutsche Geschichte. Insgesamt waren im und nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 35 Millionen Soldaten eine Zeit lang in Gefangenschaft, davon mehr als elf Millionen Deutsche. Die letzten Gulag-Häftlinge kehrten erst Mitte der 50er Jahre aus der Sowjetunion zurück.

So grausam wie behauptet sei die Behandlung der deutschen Soldaten in den alliierten Rheinwieslagern nicht gewe-

sen, ist die Schlussfolgerung im Kapitel „Der Mythos vom geplanten Tod“. Ein weiterer Schwerpunkt betrifft den Umgang mit den Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft. Sie wurden zu Hunderttausenden nach Deutschland deportiert und als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Mit Massenmorden an Tausenden Italienern übte die Wehrmacht ab 1943 Rache nach der Aufkündigung der „Achse Berlin-Rom“. In Lemberg wurden im „Stamm lager 328“ der Wehrmacht mehr als 100.000 sowjetische Militärinternierte zu Tode gehungert.

Das Buch bietet mit seinen Schlaglichtern eine Übersicht über ein kaum überschaubares Themenfeld. Neben den Berichten über unmenschliche Bedingungen und Verbrechen an Kriegsgefangenen sowohl in deutschem und als auch in alliierterem Gewahrsam werden Schicksale wenig bekannter Gefangenengruppen wie Wissenschaftlern und Soldatinnen aufgegriffen. Einzelne Kapitel sind mit Zusatzinformationen versehen. Den Abschluss bildet ein Kompendium mit Infos zu einzelnen Regionen und Schauplätzen weltweit.



Felix Bohr/Eva-Maria Schnurr (Hg.): „Kriegsgefangene. Die vergessenen Soldaten des Zweiten Weltkriegs“, Spiegel-Buchverlag/DVA, München 2023, gebunden, 235 Seiten, 22 Euro

STUDIE

Getriebene der weltpolitischen Verwerfungen

Das 20. Jahrhundert war ein Zeitalter von Flucht und Vertreibung, in dem Millionen Menschen aufgrund von Krieg und Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten. Jakob Schönhagen entwirft nun ein Bild der internationalen Flüchtlingspolitik von 1945 bis 1975

VON PETER STEINBACH

Karl Marx hat einmal bemerkt, dass es sich bei der Wiederholung historischer Tragödien oftmals um nicht mehr als eine „lumpige Farce“ handle. Das mag für Elitenkonflikte, bei denen es um den Sturz der Mächtigen geht, durchaus gelten. Wenn es jedoch um Flucht und Vertreibung geht, liegt eine derartige Deutung neben der Sache.

Vertreibung und Flucht, Zwangsumsiedlungen und Bevölkerungsaustausch stellen menschliche Tragödien dar und wirken traumatisch nach. Sie stehen für eine Entwurzelung, die irreversibel ist, nicht selten neue Kriegsereignisse in sich birgt und Individuen als Opfer der Inhumanität bis in die dritte Generation hinein belastet. Deshalb galt der Status des Vertriebenen in Deutschland nach 1945 als übertragbar auf die nachfolgenden Generationen, gleichsam als Manifestation einer Verantwortung und einer Leiderfahrung, die nicht einfach abgeschüttelt werden konnten. Heute werden Flucht und Vertreibung wie ein administratives Problem behandelt. Es geht um Quoten und Hilfen, um Verteilung und „Deckelung“.

Objekte der internationalen Politik

In seiner unlängst erschienenen Studie widmet sich der Freiburger Historiker Jakob Schönhagen der Geschichte der internationalen Flüchtlingspolitik. Schönhagen macht darin unter anderem deutlich, in welchem Maße Flüchtlinge „Objekte“ der internationalen Politik blieben, die „Aufnahmegesellschaften“ hingegen erstaunlich von Pflichten und Verantwortung befreit wurden. Beim Lesen der Gesamtdarstellung geht der Blick in die Kriegsjahre zurück, als die Alliierten die Verantwortung für die zwölf Millionen Vertriebenen der Politik und der Bevölkerung zuschrieben. Diese hätten die Voraussetzungen der „deutschen Katastrophe“ zu tragen und deshalb den Vertriebenen Dach und Unterkommen zu verschaffen. Eine internationale Verantwortung wurde allmählich nur für die „Displaced Persons“, die Zwangs- und Fremdarbeiter, die überlebenden KZ-Häftlinge und die Kriegsgefangenen übernommen.

Der Gedanke unteilbarer Menschenrechte und menschlicher Würde, die Einsicht in das individuelle Leiden konnten sich erst mit der Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 durchsetzen. Die Vertriebenen und Ausgesiedelten fühlten sich in der Regel nicht aufgenommen, sie blieben isoliert und spürten die Ablehnung der Zufluchtsgesellschaft, die sich lange der Einsicht verweigerte, dass der Entwurzelte beheimatet werden muss. Heute sprechen wir von Integration durch Arbeit, Sprache, Bildung und gegenseitigem Verständnis. Beheimatung wird nicht ohne Aufnahmebereitschaft gelingen, sie ist keine Selbstverständlichkeit, denn die Bevölkerung in den Zufluchtsgeländen fühlt sich nicht selten durch Integrationsmaßnahmen benachteiligt.

Fluchtbilder wecken Erinnerungen an eine Wirklichkeit, die nach wie vor auch in der Erinnerungsgeschichte der Deutschen spürbar bleibt. Diese lässt sich nicht durch abstrakte Begriffe angemessen erfassen und lebensgeschichtlich verstehen, schon gar nicht, wenn man nicht in der Lage ist, kollektive Konsequenzen politischer Fehlentwicklungen auf das immer individuelle menschliche Leiden zu beziehen, das sich in Erinnerungen der damaligen Jüngsten an die Flucht niederschlägt.



Not, von der die Welt mehr hätte lernen können: Deutsche Flüchtlinge aus dem Osten 1945

Foto: pa

Schönhagen lenkt nun den Blick auf die Flüchtlingsgeschichte in den Jahrzehnten zwischen 1945 und 1975. Er konzentriert sich auf das politische Handeln von Regierungen, Organisationen und Administrationen. Das wirkt politologisch, abstrakt, zuweilen distanziert und lebensfern. Bei erzwungener Flucht, Entlassung und Entheimung, bei erzwungener Vertreibung und Umsiedlung handelt es sich um Gewalttaten, nicht um eine kategorial zu begreifende Variante der Bevölkerungspolitik von Nationalstaaten und auch nicht um eine vertraglich verhandelte ethnische Säuberung. Im Kern geht es bei einer Auseinandersetzung mit der Flüchtlingspolitik darum, die Folgen kollektiver Gewaltanwendung zu beleuchten, die Vertreibungen begleitet. Es geht um die Auseinandersetzung mit einer Gewaltaktion, die im Zuge von Hilfsmaßnahmen politisch entschärft und humanitär gemildert wird, dabei aber oft dem Kalkül und der Logik des Kalten Krieges folgt.

Grundlagen der Hilfsbereitschaft

Eines der Ergebnisse der Studie ist die Einsicht in die keineswegs selbstverständliche Hilfsbereitschaft, die sich weniger an der individuellen Not orientiert, sondern vielmehr politische Zweckmäßigkeitsabwägungen anstellt. Inzwischen hat sich die Weltöffentlichkeit an Massenflichtbewegungen gewöhnt, unterscheidet vielleicht politische Verfolgung von wirtschaftlich bedingter Migration – und verliert dabei den Blick für die Folgen der Entwurzelung von (Bürger)kriegsflüchtlingen. Mitleid könne man nicht lernen, schrieb Theodor Fontane, um dann festzustellen, „... aber verlernen“. Wenn sich die Welt in den vergangenen Jahrzehnten augenscheinlich an den Exodus von Menschen gewöhnt hat, denn ist das eine Folge der fragilen Empathie all jenen gegenüber, die im 20. Jahrhundert durch Kriege und Bürgerkriege, durch Unsicherheiten, Verluste und eine ungeheure Brutalität geprägt wurden, und die in der Folge alle rhetorischen Selbstverpflichtungen auf Humanität und Zivilität als eine schwache Besänftigung des Weltgewissens ausweist und somit zugleich Lügen straft.

Überraschend an der Arbeit ist die zeitliche Begrenzung bis zum Jahr 1975. Denn dadurch werden die jüngsten flüchtlings- und integrationspolitischen Kontroversen ausgeblendet, die seit den achtziger Jahren an Brisanz gewannen. Eine gravierende Lücke einer Analyse „verschlungener Wege der internationalen Flüchtlingspolitik“ stellt auch der Verzicht auf die deutsche Nachkriegsgeschichte da, die mit Flucht, Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten und der Massenflucht aus der SBZ und DDR lange Zeit die deutschen Vorstellungen von Flucht, Entheimung und notwendiger neuer Beheimatung prägten.

Reflektiert wird hingegen die „Vorgeschichte“ nach dem Ersten Weltkrieg, als in Europa etwa 13 Millionen Menschen zur Flucht aus Russland und zur Umsiedlung aus der Türkei und Griechenland gezwungen waren. Vor allem die Situation im sowjetischen Machtbereich zeigt, wie diktatorische Systeme ethnisch begründete Konflikte verschärften und Volkstums-kämpfe zu einem die europäische Ordnung belastenden und die Kriegsgefahren vergrößern Problem machten. In jener Zeit der Bürgerkriege sind auch die Ursprünge der modernen Flüchtlingshilfe zu suchen. Alles zusammen führt diese Zeit den Autor zu seiner leitenden Frage: „Wie, warum und unter welchen Bedingungen entwickelte sich die anfangs als transitorisch wahrgenommene Flüchtlingsproblematik zu einem als ‚Weltpolitik‘ verstandenen Phänomen, das die internationale Gemeinschaft mit einer global ausgreifenden Politik zu lösen versuchte?“

Zeitalter der Vertreibungen

Im Zentrum der Studie stehen allerdings die Fluchtbewegungen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg ereigneten und „alle bis dahin gekannten Dimensionen“ übertrafen hätten. Die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen helfen zunächst bei der Rückführung der „Displaced Persons“, schließlich auch denen, die ihre „Repatriierung“ in Stalins Herrschaftsbereich aus Furcht vor Repressalien ablehnen, weil sie nicht in die sowjetisch beherrschten Staaten und ihre ihnen politisch fremd gewordenen Heimatgebiete

zurückkehren wollen. Sie werden durch Ansiedlungsprogramme unterstützt, die jedoch bereits in den fünfziger Jahren weitgehend eingestellt werden.

Wegen der politischen Erklärungen, um die Außenpolitiker nie verlegen sind, werden ausgerechnet die deutschen Erfahrungen mit Flucht, Vertreibung und Aussiedlung sowie mit der Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone und aus der DDR auf der internationalen Bühne in jenen Jahren kaum diskutiert. Für die Weltpolitik handelt es sich dabei weiterhin um ein deutsches Problem, um eine spezifische Weise. Dabei zeigt sich, dass nicht nur die Aufarbeitung des Nationalsozialismus einen gewissen „Sonderweg“ markiert, sondern auch die Bewältigung der Folgen einer Entheimung und Integration von mehr als zwölf Millionen Menschen.

In den fünfziger Jahren scheint Flucht vor allem eine Folge neuer Staatsbildungen zu sein. Das zeigte sich nach der Unabhängigkeit von Bangladesch, nach der Separation von Pakistan und Indien sowie noch einmal nach dem Ende des Vietnamkrieges. Allerdings entsteht dabei allmählich auch eine sich über die Ziele der Flüchtlingsorganisationen hinwegsetzende weltbürgerliche Solidarität, die die menschlichen Dimensionen der Entrechtung, der Flucht und der Vertreibung erschließt und die Öffentlichkeit darüber informiert.

Zeitgeschichte



Jakob Schönhagen
Geschichte der internationalen Flüchtlingspolitik 1945 – 1975
 Wallstein Verlag 2023, gebunden,
 432 Seiten
 ISBN: 978-3-8353-5369-5
 46 Euro

Diese Aspekte werden in der Geschichte der internationalen Flüchtlingspolitik allerdings nur gegen Ende gestreift. Im Zentrum der auf breiter Literaturgrundlage erarbeiteten Studie stehen die außen- und interessenpolitisch geprägten Antriebskräfte, die um Aushandlungen bemühten Institutionen, die „situativen“ Praktiken, die Regierungen, Expertengruppen und Organisationen, die die Flüchtlingspolitik als außen- und innenpolitisches Problem begreifen. Die Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge werden in „unzähligen Lagern, Einreisezentren und internationalen Asylbehörden“ aufgefangen, die „rund um den Globus“ entstehen, aber nicht im notwendigen und humanitär gebotenen Maß integriert.

Angesichts der tiefen Einschnitte, die jede Flucht bedeutet, hilft es nicht, sich bewusst zu machen, dass Menschen immer in Bewegung waren. Gewiss: Sie handeln, reisen, entdecken, erschließen und wandern, suchen neue Chancen, um der Not zu entkommen. Mobilität kann neue Lebenschancen eröffnen, kann Aufstieg, Wohlstand und neue Verwurzelung nach sich ziehen. Doch gilt das nicht für erzwungene Mobilität, die Sicherheit nimmt, Leben umstürzt und die Zukunft unsicher macht. Bereits im Alten Testament wird davon erzählt. Ganze Völker werden in Gefangenschaft und Knechtschaft geführt, zur Zwangsarbeit gezwungen. Wer entkommen will, muss Risiken eingehen und Gefahren entgehen, muss fliehen, sich in den Zufluchtsgeländen durchsetzen, neu beheimaten, sich integrieren. Zurück bleiben die Erinnerungen an Flucht, Vertreibung, Rettung. Sie werden wichtiger Bestandteil der kollektiven Erinnerung und oft mit dem Versprechen verbunden, aus der Geschichte zu lernen, Formen eines zivilisierten Zusammenlebens zu entwickeln und so eine erneute Vertreibung zu vermeiden.

Lehren der „deutschen Not“

All dies bewusst war dem ersten deutschen Vertriebenenminister Hans Lukaschek. Dieser war dem Kreisauer Kreis verbunden, sollte im Breslauer Wehrkreis als Beauftragter dem Umsturz unterstützen und war insofern nach 1945 historisch unbelastet. Lukaschek fühlte sich als Anwalt der Vertriebenen und Ausgesiedelten, der Flüchtlinge. Er leistete einen der ersten wichtigen Beiträge zur Integration der aus dem Osten Vertriebenen, denn in seiner Amtszeit wurden das Lastenausgleichsgesetz und das Bundesvertriebenengesetz verabschiedet.

Hätte die internationale Flüchtlingspolitik sich daran orientiert und soziale Integrationsziele ähnlich konsequent verfolgt wie die – zeitlich oft befristeten – Schutzziele, wäre sie erfolgreicher und für die Menschen hilfreicher gewesen. Deshalb darf auch die Erinnerung an die deutsche Flucht und Vertreibung nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Geraten diese jedoch aus dem Blick und aus dem Gedächtnis, schwindet die Erfahrung an eine Not, die man noch mit Erika von Hornstein in den fünfziger Jahren als spezifisch „deutsche Not“ bezeichnet hatte und die, wie sich seitdem gezeigt hat, exemplarisch die menschliche Vertreibungs- und Flüchtlingsnot beschrieb.

● Prof. Dr. Peter Steinbach lehrt Politikwissenschaft und Geschichte an den Universitäten Passau, Karlsruhe und Mannheim sowie an der FU Berlin. Er ist Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

● AUFGESCHNAPPT

Seit Langem beklagen Kritiker, dass Deutschland mit seinen Entwicklungshilfen in muslimisch geprägten Ländern auch den Terror gegen den Westen mitfinanziert. Julian Reichelt, früherer Chefredakteur von „Bild“, twitterte im August: „Deutschland zahlte in den letzten zwei Jahren 370 MILLIONEN EURO (!!!) Entwicklungshilfe an die TALIBAN (!!!!!).“

Entwicklungshilfeministerin Svenja Schulze (SPD) schickte daraufhin eine Unterlassungserklärung an Reichelt, auf die der Journalist mit einer „negativen Feststellungsklage“ gegen Schulze reagierte.

Das Landgericht Berlin entschied nun, dass Reichelts Aussagen durch die Meinungsfreiheit gedeckt sind (Az. 270410/23). Bei der Äußerung, so das Gericht, habe es sich in erster Linie um ein wertendes Urteil, nicht um eine Tatsachenbehauptung gehandelt. Denn unabhängig von der konkreten Höhe sei es unstrittig, dass Deutschland mit seinen Zahlungen an Afghanistan Leistungen erbringt, die ansonsten von den Taliban erbracht werden müssten. *neh*



Die aktuelle Lage

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Historiker Gérard Bökenkamp räumt auf „Achgut.com“ (3. Oktober) mit der Illusion auf, dass der Abschied von Nation und Nationalstaat einen Fortschritt für Freiheit und Demokratie bedeute:

„Dass wir die Gefahren, die von Clans in unserer Gesellschaft ausgehen, so lange unterschätzt haben, liegt darin, dass wir uns kaum mehr in Gesellschaften hineinversetzen können, die sich nicht an Nation und Individuum orientieren, sondern an Stamm und Sippe. Die Abschaffung der Nationen bedeutet nicht die Befreiung des Individuums, sondern sein Ende. Nationalstaat, Demokratie und Freiheit sind keine Gegensätze, sondern sich gegenseitig bedingende und gegenseitig stabilisierende historische Kräfte.“

Der Publizist Ralf Schuler moniert, nachdem die AfD-Vorsitzende Alice Weidel aus Sicherheitsgründen einen Auftritt zum Tag der Deutschen Einheit absagen musste, in der Schweizer „Weltwoche“ (5. Oktober) den heuchlerischen Ton, wenn es um Gewalt gegen Politiker geht:

„Es ist nicht nur Weidel, die seit Langem Personenschutz in Anspruch nehmen muss, es sind auch viele andere AfD-Politiker, deren Autos plötzlich brennen, bei denen Familienmitglieder bedroht oder die Kinder in der Schule beschimpft werden ... Es gehört zu den ungunstigen Entwicklungen im öffentlichen Diskurs in Deutschland, dass beim Einfordern von Rechts-treue und Rechtsstaatlichkeit mit unterschiedlichem Maß gemessen wird, wenn es gegen die AfD geht. Motto: Ist eigentlich falsch, trifft aber die Richtigkeit.“

Für Larissa Fußer sagt die Schändung des Brandenburger Tors und die laschen Reaktionen darauf viel über das heutige Deutschland aus. Auf „Appollo News“ (3. Oktober) stellt sie fest:

„Die Klimaaktivisten und ihre Unterstützer halten ihr eigenes Anliegen offenbar für so entscheidend, dass sie es für legitim erachten, dafür das wichtigste deutsche Nationalsymbol zu beschädigen. Diese Hybris ist kennzeichnend für die Mitglieder der Klimabewegung. Die Gleichgültigkeit der Politiker wiederum ist wohl charakteristisch für das heutige Deutschland.“

Der frühere EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker erteilt einer baldigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine im Gespräch mit der „Augsburger Allgemeinen“ (5. Oktober) eine klare Absage:

„Wer mit der Ukraine zu tun gehabt hat, der weiß, dass das ein Land ist, das auf allen Ebenen der Gesellschaft korrupt ist. Trotz der Anstrengungen ist es nicht beitragsfähig, es braucht massive interne Reformprozesse.“

● WORT DER WOCHE

„Die Sonne gehört zwar allen, aber die Rechnung für die Empfangsgeräte kommt aus China.“

Der Publizist Gabor Steingart, auf „Focus online“ (6. Oktober) zur wachsenden Abhängigkeit Deutschlands und Europas von der chinesischen Solarindustrie

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein ideelles Hinterland der Hamas

Wie Deutschland mit falscher Toleranz und „Hilfsgeldern“ seinen Beitrag zum Terror gegen Israel leistet

VON REINHARD MOHR

Die Älteren erinnern sich noch an das Wort von der „klammheimlichen Freude“, die ein linker „Stadtindianer“ namens *Mescalero* im Frühjahr 1977 zum Ausdruck brachte, nachdem Generalbundesanwalt Siegfried Buba von einem Terrorkommando der RAF auf offener Straße erschossen worden war. Immerhin entspannt sich daraufhin eine intensive Debatte über die moralische Qualität dieser Haltung, die am Ende doch nicht ganz frei von Skrupeln gewesen war.

Am vergangenen Sonnabend jedoch, als blutrünstige Terroristen der Hamas Israel überfielen und hunderte Frauen, Kinder und Männer abschlachteten, freuten sich in Berlin-Neukölln Dutzende Palästinenser ganz offen und rückhaltlos, verteilten arabische Süßigkeiten, riefen „Yallah Intifada“ und schwenkten palästinensische Fahnen. Arabische Jugendliche warfen Pflastersteine auf Polizisten, und die „Junge Welt“, in der DDR einst das offizielle Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ), überschrieb ihren aktuellen Bericht mit der Titelzeile „Gaza schlägt zurück“. Das „na endlich“ konnte man deutlich durchhören.

Wo Terror gegen Zivilisten zu Widerstand erklärt wird

Zum „heldenhaften Widerstand“ gehört unter antifaschistischen deutschen Linken offensichtlich auch, dass jüdische Frauen entführt, vergewaltigt und noch als Leichen durch die Straßen Gazas geschleift werden; Massaker an 260 internationalen Teilnehmern eines Musikfestivals; die Schändung von Kindern. Auf dem Gelände dieses „Festivals for Peace“ wurden Frauen neben den Leichen ihrer Freunde vergewaltigt.

Nackte Barbarei.

Obwohl zu Wochenbeginn die Zahlen der Opfer des Terrors bereits bei 900 Toten und 2600 Verletzten lagen, beklagte man in der Montagsausgabe der „Jungen Welt“ allerdings nur die „einseitige Empörung“ in deutschen Medien: „Für Schlichtdenkende hat die Hamas ‚angefangen‘. Dass der Krieg eine Folge der Tatsache ist, dass Israel seit Juni 1967 palästinensisches Gebiet besetzt hält, kann man mit genug bösem Willen oder einem Übermaß an Dummheit und Gleichgültigkeit auch ignorieren.“ „Angefangen“? Hier weht der eiskalte Hauch des Stalinismus durch die Redaktionsräume des Kommunistenblät-

chens in Berlin-Mitte, eine menschenverachtende Rechtfertigung für wahllosen Massenmord an unschuldigen Zivilisten wie zu Zeiten der Pogrome an den russischen Kulaken.

Die Bundesregierung fiel zunächst nur durch ihre routinierten Solidaritätserklärungen à la „Wir stehen fest an der Seite Israels“ auf – von praktischer Hilfe, die ja angeblich zur „deutschen Staatsräson“ zählt, hörte man auch am Tag darauf noch nichts.

Vor dem Brandenburger Tor versammelten sich am Sonntag immerhin 2000 Menschen, um gegen „diesen verbrecherischen Massenmord“ zu demonstrieren. Berlins Regierender Bürgermeister sprach ebenso eindringlich wie der israelische Botschafter und die Botschafterin der Vereinigten Staaten. Eine Hauptforderung: Schluss mit der milliardenschweren Finanzierung palästinensischer Institutionen, deren undurchsichtige Geldflüsse womöglich auch bei der Hamas ankommen. Der Historiker Michael Wolffsohn wies in der „Welt“ darauf hin, dass eben auch durch deutsche Steuergelder Antisemitismus und offene Judenfeindschaft gefördert würden:

„Die Hamas-Dschihad-Krieger verhalten sich in diesem Krieg genau so, wie sie durch ihre Schulbücher seit Jahrzehnten programmiert werden: Juden mordend. Daran sind Deutschland, die EU und die UN alles andere als unschuldig. Seit jeher finanzieren sie jene Schulbücher mit Anleitungen zum Judenmord. Nicht nur in palästinensische Schulbücher fließt deutsches Geld, auch in palästinensische und befreundete Organisationen, die zumindest indirekt palästinensischen Terror massiv unterstützen.“

Vor den Synagogen des Landes wurden derweil die Polizeikräfte verstärkt, während gleich nebenan, so wie in der pittoresken Rykestraße in Berlin Prenzlauer Berg, nach Kräften gebrunched und gelunched wurde wie an jedem anderen friedlichen Sonntag. Man lässt sich da nicht aus der Ruhe bringen. Von den professionellen „Israelkritikern“, Anhängern der „Zwei-Staaten-Lösung“ und Mitgliedern der Boykottbewegung BDS kam vor allem eines: dröhnendes Schweigen.

Kein Wunder, ist doch das Ziel von Hamas, Islamischem Dschihad, PFLP und anderen palästinensischen Extremistengruppen nichts anderes als die Vernichtung Israels. Weitere Boykottaufrufe würden sich dann erübrigen. An Israels Stelle entstünde ein palästinensisch-islamistischer Staat, dessen Vorbild der Iran wäre: ein Terrorstaat.

Zum „heldenhaften Widerstand“ gehört unter antifaschistischen deutschen Linken offensichtlich auch, dass jüdische Frauen entführt, vergewaltigt und noch als Leichen durch die Straßen Gazas geschleift werden



Zahlreiche Beiträge der PAZ finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de